

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Bushs blutige Bilanz

Ein Amokläufer ist am Ende seiner Strecke angekommen: Der dümmste und gefährlichste USA-Präsident seit 1945 – und da gibt es wahrlich einige Konkurrenz – schwimmt jetzt nur noch als „lame duck“ auf dem Washingtoner Politteich. Lahme Ente – so nennen die Amerikaner nämlich ihre abgewählten und damit kraftlos gewordenen Staats- und Regierungschefs, die ein letztes Gnadenvierteljahr im Weißen Haus zubringen dürfen. Mit diesem Domizil ist George W. Bush bestens bedient, gehörte er doch eher in eine Zelle des Haager Untersuchungsgefängnisses.

Dieser Mann ist ein professioneller Luntenleger. Als oberster Vollstreckungsbeamter der wirklichen Machthaber seines Landes hat er die Welt gleich an mehreren Ecken angezündet. Als „Antwort“ auf den vermutlich vom eigenen Geheimdienst „angeregten“ 11. September 2001 ließ er Iraker und Afghanen massenhaft abschlachten und hetzte erst jüngst seinen georgischen Lieblingskötter Saakaschwili auf Südossetien, um einen kurzen Stellvertreterkrieg der NATO gegen Rußland auszulösen. Die im Schatten dieses Konflikts vereinbarte Stationierung auf Moskau und Minsk zielender USA-Offensivraketen löste dort die Alarmstufe aus.

Bushs blutige Bilanz hat dazu geführt, daß Washingtons Stern weltweit so tief wie nie zuvor gesunken ist. Auch im eigenen Land bekam die Statue des Präsidenten erhebliche Risse. Die Hälfte der Nation wandte sich schon frühzeitig vom höchsten Repräsentanten ab, der nur dank eines massiven Wahlschwinds im durch Bruder Jeff verwalteten Bundesstaat Florida in sein Amt gelangt war.

Doch die Ära George W. Bushs, der nach den Kriterien des Nürnberger Prozesses als Kriegsverbrecher zu betrachten ist, gehört bereits der Geschichte an. So wenden wir uns dem nächsten Kapitel zu: dem erst im neuen Jahr erfolgenden Amtsantritt des am 4. November zu wählenden Präsidenten. Auch wenn kein spektakulärer Wechsel ins Haus steht, dürften die Karten neu gemischt und andere Akzente gesetzt werden. Da die Abstimmung erst geraume Zeit nach unserem Redaktionsschluß stattfindet, können wir das Ergebnis weder vorausahnen noch unterstellen. Im September sah es zunächst so aus, als ob Barack Obama mit seinem außenpolitisch erfahrenen „Running Mate“ Joe Biden den Titel für die Demokraten holen würde. Umfragen trauten ihm deutlich mehr Wahlmänner, von denen die Kür des Präsidenten vollzogen wird, zu als seinem republikanischen Gegenspieler John McCain. Dann lag dieser in der Meinungsgunst kurze Zeit vorn. Bis zuletzt blieb die Entscheidung

offen. Obama ist als Persönlichkeit keineswegs mit einer so trivialen Figur wie George W. Bush zu vergleichen. Auch die Demokraten als Partei sollten nicht – vor allem, was ihre Wählerbasis betrifft – mit den Republikanern in einen Topf geworfen werden. Bushs und McCains Partei steht – jedenfalls in der Innenpolitik – deutlich weiter rechts. Beide großbürgerlichen Formationen aber gehören zu einem politischen Wechselbad: Haben sich die einen den Unmut der Wähler zugezogen, machen sich die anderen warm. Das strategische Ziel variiert dabei kaum. Mit den Demokraten – im Süden der Vereinigten Staaten bilden sie traditionell das Rückgrat der rassistischen Reaktion – verbinden sich weiter nördlich vor allem mittlere und ärmere Bevölkerungsschichten, Angehörige der Minderheiten und jene, welche in Europa für Parteien wie die SPD votieren würden. Ihr machtpolitisches Hinterland ist die zweite Reihe des USA-Monopolkapitals, wobei dessen sonst die Republikaner unterstützende erste Reihe dann umschaltet, wenn sich ein Sieg der Gegenpartei abzeichnet. Die republikanische Grand Old Party (GOP) wird vor allem von der Öl- und Rüstungsindustrie sowie maßgeblichen Bank- und Börsenkreisen getragen. Zwei Drittel der Konzernanwälte stehen in ihrem Lager.

Diesmal ist Barack Obama als erster schwarzer Präsidentschaftskandidat mit echten Wahlchancen auch durch die amerikanische Linke unterstützt worden. Für sie stellte er trotz seines zwiespältigen Auftretens eine gewisse Alternative dar. Allerdings zählen Experten aus Spitzenkreisen des Kapitals längst zu seinen engsten Beratern. Ein Flügel der Imperialisten geht davon aus, daß sich Washingtons Politik mit einem sympathischen, jungen und dynamischen Präsidenten besser verkaufen ließe als durch Leute vom Schlage Bushs, dessen Prestige bei der Mehrheit der Staats- und Regierungschefs – von Freundin Angela abgesehen – fast auf Null gefallen war.

Eine Entscheidung für den ehemaligen Bomberpiloten und Vietnamesenmörder John McCain wäre eine direkte und fatale Fortsetzung des bisherigen Kurses. Ein einziger Unterschied zu George W.: Der 72jährige besitzt einen deutlich höheren Intelligenzquotienten. Doch das ist ja wohl keine Kunst. An McCains Seite steht mit Sarah Palin als Frauenstimmenfängerin ein weibliches Double des abgewrackten Amokläufers. Man bedenke: Bei Ausfall des Präsidenten hätte sie die Hand am atomaren Drücker. Doch zurück zu Bush: Als Atheist sage ich zu seinem Abgang: Na Gott sei Dank!

Klaus Steiniger



### INHALT

	Seite
Wenn Flaggschiffe sinken ...	2
Das Volk hat Angst	2
Ein Löffel Teer in einem Honigfaß	3
„Heute weiß ich, was Kapitalismus ist“	4
Atem der Geschichte	5
Brief aus Überlingen	6
Lehrer dreier Generationen	7
Wo man den Unrechtsstaat suchen muß	8
Wissenstest für Eingeborene	8
Niedriglöhne stürzen ab	9
Konkretes zu einer Bildungsoffensive	9
Holterdiepolter	10
Steinmeiers Stallgeruch	10
Gewerkschafter haben im „RotFuchs“ das Wort	11
Aus Klassenkämpfern wurden zahnlose Tiger	12
Vorpommern als Endlager	13
Kampf um die Freie Heide	14
Schreibtischregenten und Vorbilder	14
Jungs Kriegsvölkerrecht	15
Eine Gänsekeule für den „RotFuchs“?	15
Von der Palastschändung zur Schloßlüge	16
■ Oktoberrevolution	RF-Extra I
■ Das Weite Land	RF-Extra III
Impressionen einer Reise nach Santiago	17
Die Republik als Axarquia	18
Großartiges Grenzlandtreffen in Mala Upa	19
Ein Dorn im Auge: Paraguays Lugo	20
Siegeschancen in El Salvador	20
Julius Rosenberg, Kommunist und Kundschafter	21
Beijing schafft Schulgeld ab	22
Einkreisungsstrategie der USA	22
Chancenloser Mineralsekretär	24
Strafsache Harbart	25
Ästhetik des Widerstands	26
Frielings „Zeitzeugen“-Wettbewerb	26
Das wechselvolle Leben der Inge von Wangenheim	27
Peter Hacks: Irrtümer	27
Archie im Kaukasus	28
Leserbriefe	29
Anzeigen/Impressum	32

## Wenn Flaggschiffe sinken ...

Vor aller Welt muß der Kapitalismus eingestehen, daß er am Ende seines herkömmlichen Lateins ist. Noch kann er enorme Warenmengen produzieren und modernste Technologien entwickeln lassen, um seine Fassade wie bisher grell anzustreichen. Doch das Herzstück – sein auf Börsenspekulation, vagabundierendem Kapital und ungedeckten Schecks beruhendes Währungs- und Finanzsystem – erleidet einen heftigen Infarkt. Nach den von der Bush-Administration ins staatliche Rettungsboot gezogenen Immobiliengiganten Fannie Mae und Freddy Mac, deren Außenstände insgesamt 5 Billionen Dollar betragen, führten die viertgrößte USA-Investbank Lehman Brothers und Merrill Lynch den Reigen der Bankrotteure an, dem sich unverzüglich auch der amerikanische Versicherungskonzern Nr. 1 – AIG – anschloß. Unter den Gezeichneten erkannte man die bisherigen Investbanken Morgan Stanley und Goldman Sachs, die sich eiligst in normale Geschäftsbanken umwandeln mußten.

Man fragt sich unwillkürlich, ob die Vereinigten Staaten, deren Regierung für die Ertrinkenden über Nacht 700 Milliarden

Dollar bereitstellte, was im Repräsentantenhaus zunächst auf wahltaktisch bedingten Widerstand stieß, damit nicht schon halben Weges bei Marx und Lenin angekommen sind. Die Klassiker haben sich bekanntlich für die Verstaatlichung der Bank- und Versicherungsriesen ausgesprochen. Doch gemacht: Hier wird nicht wirklich und dauerhaft nationalisiert. Man wendet nur die alte Hausregel des Kapitalismus an, Gewinne zu privatisieren, Verluste aber zu vergesellschaften.

In der BRD, deren Finanzinstitute bis zum Hals im amerikanischen Hypothekensumpf stecken, greift die Desasterseuche ebenfalls um sich. Vorsorglich schluckte die Commerzbank die Dresdner Bank, während die Deutsche Bank nach der Postbank griff. Die aus Krankheitsgründen erfolgende weitere Konzentration des Kapitals wird als „Gesundungsprozeß“ ausgegeben. Doch es bleibt dabei: Wenn Amerika hüstelt, bekommt die BRD eine Lungenentzündung. Die akute Insolvenzgefahr für die gigantische Hypo Real Estate, deren einstweiliges Überleben die Merkel-Regierung nur mit einer 50-Milliarden-Bürgschaft ermög-

lichte, spricht Bände. Übrigens: 26 Mrd. stammen aus Steuermitteln.

Immer mehr Geldhäuser der BRD leisten den Offenbarungseid. Nach Einführung des Terminus „schwächelnde Konjunktur“ ist nun von „Abschwung“ die Rede. Wann erfolgt der Abgang?

Immerhin: Einige Flaggschiffe des Kapitalismus sind bereits gesunken ... Überdies nimmt man eine leckgeschlagene Bank nach der anderen vorübergehend in „staatliche Obhut“. Die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mußte nicht nur die Leinen zu ihrer stark defizitären und inzwischen nach Amerika verkauften privaten Tochter IKB kappen, sondern geriet auch noch in den Strudel der unter Atemnot leidenden BRD-Landesbanken.

Allen wird vorerst geholfen. Retter ist jedoch nicht, wie vorgespiegelt, der Staat, sondern der Bürger. Zur Finanzierung sämtlicher Notoperationen greift man in seine Tasche.

Das, was wir jetzt erleben, ist der Anfang vom Ende des Kapitalismus, auch wenn sich sein Untergang noch lange hinziehen mag.

K. S.

## Das Volk hat Angst

*Vor ein paar Tagen besuchte ich einen 92jährigen Genossen aus meiner Basis-Organisation der Linkspartei in einem Altenheim. Dieser geistig rege Mann sieht sich als Zeitzeuge in der Verantwortung, die heutige Entwicklung nicht nur aufmerksam zu verfolgen, sondern sie auch mit seinen Erfahrungen aus vier verschiedenen deutschen Staaten zu vergleichen. Er schreibt auf, was ihn bewegt. Und so hat er mir ein paar Zeilen mitgegeben, die von der „Schweriner Volkszeitung“ nicht veröffentlicht wurden.*

**Ursula Marek, Schwerin**

Ich befand mich 1945 als Kriegsgefangener in Minsk. Die belorussische Hauptstadt war zu 90 Prozent zerstört. Ihre Einwohner lebten zum Teil in Höhlen und Bretterbuden.

Wir Gefangenen waren im Moor eingesetzt. Der Torf wurde mit Loren nach Minsk befördert. Dabei kam es oft zu Entgleisungen. Um den Betrieb am Laufen zu halten, wurde eine Reparaturbrigade gebildet, der ich angehörte. Zwei unserer Leute schickten wir oft zum Betteln um Essen los. Auch ich war einmal dabei. Wir kamen zu einer primitiven Holzhütte, traten ein und sahen ein älteres Ehepaar beim Kascha-Verzehren. Sofort bekam jeder von uns einen Löffel, und wir mußten mittun. Unser Kochgeschirr wurde anschließend auch noch mit Pellkartoffeln gefüllt. Dann zeigte uns der Mann ein Fotoalbum, in dem sich eine Aufnahme befand, die seinen Sohn als Rotarmisten in Berlin zeigte. „Er war vor-

her hier auf Urlaub und hat uns erzählt, wie gut und schön Ihr gewohnt und gelebt habt. Nun sagt mir doch: Was wolltet Ihr eigentlich hier?“ fragte er. Wir sahen uns an, senkten beschämt die Köpfe, denn eine Antwort wußten wir nicht.

Diese Worte des Russen haben sich in mein Gedächtnis eingebrannt und lassen mich nicht mehr los. Viele von uns – auch ich – haben damals geschworen, alles, aber auch alles zu tun, damit so etwas nie wieder geschehen kann.

Doch mit dem Kosovo-Konflikt fing alles wieder an. Ich habe damals auf dem Marienplatz gegen die Teilnahme deutscher Soldaten an neuen Kriegsabenteuern gesprochen. Es nützte nichts. Zwei meiner Enkel waren wieder dabei.

Als Jungsozialist habe ich in den Jahren vor dem Machtantritt der Faschisten gesungen:

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren,  
mit Flint und Speer nicht kämpfen wir.  
Es führt zum Sieg der Völkerscharen  
des Geistes Schwert, des Rechts Panier.  
Daß Friede waltet, Wohlstand blüht,  
daß Freud und Hoffnung hell durch-

glüht,  
der Arbeit Heim, der Arbeit Leben,  
das ist das Ziel, das wir erstreben.

Das war nicht nur ein Lied, das war damals auch das Programm der SPD. Dafür waren wir Jungsozialisten zu jedem Einsatz bereit. Heute? Quo vadis, SPD?

Vor einigen Tagen erhielt ich die Feldpostkarte eines meiner Enkel aus Sarajevo.



Ein zweiter Enkel kam vor kurzem aus Afghanistan. Man fragt sich unwillkürlich: In welchem Land, wo Krieg geführt wird, sind eigentlich keine Deutschen? Hat unser Blutzoll im vergangenen Jahrhundert noch nicht gereicht? Wieder ziehen unsere Enkel in den Kampf. Wozu, was sollen sie dort? Angeblich geht es um die Verteidigung unserer Demokratie. Doch in Wahrheit geht es den Herrschenden dieses Landes allein um den Erhalt ihrer Macht, um ihre Profite. Es seien Vertreter des Volkes, wird behauptet. Wer glaubt das noch, wenn er die leeren Platzreihen bei den Bundestagssitzungen sieht? Oder wenn bei einer Wahl nur noch 35 % ihre Stimme abgeben? Wenn eine Partei auch nur 20 % des möglichen Votums erhält, dann heißt es triumphierend: Wir haben die Mehrheit, wir vertreten das Volk! Was ist da noch Demokratie? Das Volk hat Angst, merkt das denn keiner? Auch ich habe Angst: Nicht für mich, aber um meine Enkel und Urenkel.

**Franz Werner, Schwerin**

# Ein Löffel Teer in einem Honigfaß

## Zu einem bemerkenswerten Dokument des Ältestenrates der PDL

**A**nregungen zum Umgang mit der „Geschichte“ hat der Ältestenrat der „Partei Die Linke“ (PDL) veröffentlicht. Es ist eine Stellungnahme gegen die sich steigernde antikommunistische Hetze. Zu lesen ist: „Grundsätzlich haben wir es ja mit analogen Widersprüchen, Gebrechen und Gefahren des Kapitalismus zu tun wie die sozialistische Bewegung im vorigen Jahrhundert. Sie haben sich sogar weiter zugespitzt, dabei in mancher Hinsicht eine neue Qualität angenommen, selten eine bessere.“ Die Verfasser bekennen sich zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zu Karl Marx und Friedrich Engels, zu August Bebel und Rosa Luxemburg. Dies beziehe sich auch auf weitere Vorkämpfer des Sozialismus: „Bei den letzteren dürfte das besonders auch für jene gelten, die wie Lenin entgegen allen Verleumdungen einen bleibenden Beitrag zum heute nicht minder aktuellen wissenschaftlichen Sozialismus geleistet haben.“ Solche Worte waren von prominenter Seite der Linkspartei selten zu hören. Das Dokument enthält zudem Aussagen über die Oktoberrevolution, die Sowjetunion, die DDR und die alte BRD, die man zu unterschreiben gewillt ist. All das jenen ins Stammbuch, von welchen es in einem Dichterwort heißt: „Die über Nacht sich umgestellt, / die sich zu jedem Staat bekennen, / das sind die Praktiker der Welt, / man könnte sie auch Lumpen nennen.“

Wo von „Fehlentscheidungen“ und „Reformunwilligkeit“ die Rede ist, liegt die Tücke im Detail. Daß sie zu den Ursachen unserer Niederlage gehören, kann nicht bezweifelt werden. Kein Marxist darf Lenins Mahnung vergessen: „Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen.“ (LW, 31/42) Fehlerverdrängung ist kein marxistischer Stil. Sie zu benennen und präzise mit dem Blick auf die Zukunft zu analysieren ist Pflicht. Hier gibt es keinen Dissens. Dies vorausgesetzt, sind allerdings auch kritische Bemerkungen am Platze. Was hat die Verfasser veranlaßt, die Befreiung der Völker Europas vom Faschismus, einschließlich unseres Volkes, sowie den revolutionären Akt der Gründung der DDR im Jahre 1949 mit den Vorgängen von 1989/90 in einem Atemzug zu nennen? Warum werden vor allem die zuletzt genannten „Ereignisse“ als „denkwürdig“ und „damit aktuell“ beschrieben? Es ist wohl die Scheu, die „Wende“ als das zu benennen, was sie sozialökonomisch und weltpolitisch war: Konterrevolution. Nun höre ich sofort den Einwand, 1989 hätte es doch eine Mas-

senbeteiligung bei der Beseitigung der DDR gegeben. Das ist wahr. Aber ist es den Genossen des Ältestenrates, die ihre Worte sorgfältig zu wählen wissen, etwa unbekannt, daß es in Deutschland schon andere Beispiele für Konterrevolutionen mit Massenbeteiligung gegeben hat? Natürlich ist zu berücksichtigen: Wer Ende 1989 politische Verantwortung trug, der war gezwungen, in tobender See, zwischen Scylla und Charybdis zu kreuzen. Und nach wenigen Wochen war nur noch zwischen Pest und Cholera zu „wählen“. Fast zwei Jahrzehnte später darf man jedoch erwarten, die Illusion, Deutschland einig Vaterland habe dazumal als ein Hybrid aus Kapitalismus und Sozialismus oder wenigstens als Kapitalismus mit starken sozialistischen Versatzstücken kreierte werden können, sei ad acta gelegt. Es geht auch nicht um den Trugschluß, Revolution und Reform schlossen sich wechselseitig aus. Es reicht, auf die Leninsche NÖP, das NÖS-Projekt in der DDR, Schul- und Hochschulreformen zu verweisen. Das sozialistische Kuba hätte sich ohne umfassende und anfangs sehr schmerzhaft Reformen nicht behaupten können. Es ist richtig, wenn der Ältestenrat darauf verweist, Reformstau habe bewirkt, daß die Staaten des sozialistischen Lagers bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution ins Hintertreffen gerieten. Das war in der Tat die letztlich entscheidende Ursache der Niederlage. Nur eine gewaltige, von der Elbe bis zum Gelben Meer gemeinsam unternommene Kraftanstrengung zur Entwicklung der modernsten Produktivkräfte, getragen von sozialistischem Internationalismus und gerichtet auf den schrittweisen Übergang zu einem sozialistischen Typus intensiv-erweiterter Reproduktion mittels tiefgreifender Reformen, hätte den Sturz in den Abgrund aufhalten können. Es geht dabei immer um den Klassencharakter der jeweiligen Umgestaltung. Und weiterhin geht es um die Abgrenzung gegenüber dem Sozialreformismus, der eben nicht auf die Dialektik von Reform und Revolution setzt, sondern in schroffem Gegensatz zum Marxismus die Reform zur alleinigen Lösung der Welträtsel und zum Garanten schmerzfreien gemächlichen Heraufdämmerns des demokratischen Sozialismus verklärt. Was staatsmonopolistisches Reformertum anbetrifft, erleben wir ja gerade jetzt, nach dem Ausbruch der erneuten Weltwirtschaftskrise, Atemberaubendes. Ausgerechnet die Bush-Administration, die stets im Sinne des „Neoliberalismus“ jegliche Eingriffe des Staates in die Wirtschaft verteuflerte, verstaatlicht große Investment-Banken und Versicherer. Wenn das keine Reform ist! Hoffentlich kommt keiner der Obe-

ren der Linkspartei auf die verwegene Idee, die ...zig Milliarden Dollar schwere Abwälzung der Pleite von Fannie Mae, Freddie Mac und AIG auf die Steuerzahler als hoffnungsvollen Silberstreifen am Horizont zu interpretieren. Ganz sicher ist das bei einigen nicht. Es ist zweifellos oft kompliziert, die klassenmäßige Ausrichtung von Reformschritten richtig zu bestimmen. Was kann schon im Kapitalismus getan werden, um tatsächliche Fortschritte im Interesse der ausgebeuteten Mehrheit zu erreichen, und was nicht? Daß hierbei Fehler auftreten und mancher gute Ansatz sich ins Gegenteil verkehrt, ist in den schwierigen Kämpfen unserer Zeit kaum zu vermeiden. Doch Lenin war völlig im Recht, als er betonte, „die ewigen Schwankungen nach der Seite des Reformismus“, das „Unvermögen, revolutionär zu denken und zu handeln“, stärkten „faktisch den Einfluß der Bourgeoisie“ und ordneten die Arbeiterklasse „dem bürgerlichen Reformismus“ unter. (LW, 31/270–271)

Fazit: Es lohnt sich, die Stellungnahme des Ältestenrates der Linkspartei sehr aufmerksam zu studieren. Man findet das Dokument auch im Internet. ([www.die-linke.de/partei/geschichte/anregungen\\_zum\\_umgang\\_mit\\_der\\_geschichte/](http://www.die-linke.de/partei/geschichte/anregungen_zum_umgang_mit_der_geschichte/))

Hinzugefügt sei: Wer in die Jahre kommt, darf sein Leben resümieren. Es ist kein Fehl daran, als aufrechter Linker im Gedächtnis der künftigen Generation verbleiben zu wollen. Es lohnt sich, darüber nachzudenken, warum immer Blumen auf Marx' Grab liegen und weshalb Jahr für Jahr Zehntausende in Friedrichsfelde Karl und Rosa ehren. Lehrreich ist es auch, dazu Überlegungen anzustellen, warum Gleiches von den Gräbern Eduard Bernsteins und seinesgleichen nicht berichtet wird.

Der Ältestenrat hat politisch und weltanschaulich eine gute Linie gezogen. Es wäre schön, bald mehr in der Art zu lesen, vor allem wenn es dann hieße: Die Konturen der Grenzziehung sind noch deutlicher. **Prof. Dr. Götz Dieckmann**

*Ohne Diskussionen, Dispute und Meinungsstreit ist keine Bewegung, auch keine Arbeiterbewegung, möglich.*

**Lenin (1913), Werke 19/487**

## Ein 43jähriger, den so manches an der DDR störte: „Heute weiß ich, was Kapitalismus ist“

Heute würde die DDR ihren 59. Geburtstag feiern. Das ist ein Tag, an dem ich nachdenke über meine eigene politische Gedankenwelt und darüber, wie sie sich in den vergangenen Jahren geändert hat. Ich wurde 1965 in der DDR geboren und wuchs wie so viele meiner Generation mit widersprüchlichen Gefühlen ihr gegenüber auf. Mich störte die erstarrte Dogmatik der politischen Agitation, die unbestreitbare Intoleranz im Umgang mit Andersdenkenden, deren Kritik oft helfende Kritik war. Kirchlich engagiert wie ich war, erlebte ich es am eigenem Leib, wie mir von Lehrern in der Schule die Kette mit dem Kreuz vom Hals gerissen wurde. Als älter werdender junger Erwachsener fühlte ich täglich die Erstarrtheit im Lande. Es wurde Zeit für Veränderungen. Davon war ich überzeugt.

Als sie dann in Form einer Kolonisierung meiner Heimat tatsächlich kamen, erging es mir wie so vielen: Ich war entsetzt, wütend und völlig vor den Kopf gestoßen. Tagtäglich erleben wir nun den Raubtierkapitalismus in übelster Form. Wir erleben Politiker, deren ekelhafte Selbstbeweihräucherung jede inszenierte Selbstdarstellung der SED weit in den Schatten stellt. Ihre dümmlichen Sprechblasen und verlogenen Phrasen erreichen immer mehr ein Maß an Unerträglichkeit, daß es mir manchmal fast körperliche Schmerzen bereitet, diesen selbsternannten „Eliten“ überhaupt noch zuzuhören.

Heute lebe ich in einem Land, das wieder Krieg führt. Ich erlebe Armut und schamlosen Reichtum, der sich von der Armut ernährt. Ich erlebe ein Maß an politisch gewollter Massenverdummung in Schule und Medien, wie es sie seit der Nazizeit wahrscheinlich nicht mehr gegeben hat. Nachdem ich das kostenlose Gesundheitssystem der DDR nutzen konnte, weiß ich nun, was eine Zwei-Klassen-Medizin ist. Und dann empört mich die Diskriminierung ostdeutscher Lebensleistungen sowie deren Ungleichstellung heute, daß es keine Übertreibung ist, hier eine Form von „Rassismus“ zu erkennen. Die Menschen, mit denen ich in der DDR lebte, wurden nach dem Anschluß 1990 enteignet und beraubt. Die Ostdeutschen sind heute die Bevölkerung in Europa, der am wenigsten von dem Territorium gehört, auf dem sie lebt. Die Verbrechen der Treuhänder und der Regierung Kohl stellen das wahrscheinlich dunkelste Kapitel in der deutschen Geschichte nach der Nazizeit dar. Noch nie wurde ein Land in Friedenszeiten so deindustrialisiert wie Ostdeutschland nach der sogenannten Wende. Ich lebe plötzlich in einem Agrarland!

Oft habe ich mich gefragt, wie das möglich war, ohne daß die betroffenen Menschen sich im Zorn erhoben. Ich denke, daß die Bürger, die 1989 gegen die in meinen

Augen unbestreitbaren Mißstände in der DDR demonstrierten, ein Maß an Selbstbewußtsein entwickelt hatten, das den Plänen Kohls und seiner Mittäter – ob sie nun Breuel, Waigel oder Köhler hießen – gefährlich hätte werden können. Es mußte demontiert werden. Hierfür wurde eine Kampagne über das Unwertsein des Lebens in der DDR losgetreten, die die Menschen in Ostdeutschland tatsächlich völlig verunsicherte. Jeder Lebensschritt in der DDR wurde herabgesetzt, als nutzlos abgetan, als vergeudete Mühe hingestellt. Ich bin überzeugt davon, daß dies keine zufälligen Unhöflichkeiten waren, sondern ein geplantes psychologisches Programm zur Zerstörung jedes ostdeutschen Selbstwertgefühls. Viele ehemalige DDR-Bürger hatten oft schon das Empfinden, sich entschuldigen zu müssen, weil sie mal ein Pionierhalstuch trugen. Die Herrenmenschenallüren vieler Westdeutscher ihren östlichen Nachbarn gegenüber taten ihr übriges. Jetzt konnte man an das gigantische Konjunkturprogramm für die Alt-BRD gehen, das man „deutsche Einheit“ nannte.

Es berührt mich merkwürdig und macht mich wütend, wenn ein politisches System, welches es nach 1945 nicht geschafft hat, auch nur einen Nazi-Richter zu verurteilen, heute ostdeutschen Biographien Zensuren erteilen will oder gar über Schuldfragen urteilen möchte. Politiker, deren Staat sogar vielen ungewandelten Nazis neue Karrieren bot und einen Hans Filbinger bis zum Ende hofierte, sollten lieber schlicht den Mund halten.

Warum ist der Haß der heutigen Machthaber in Wirtschaft und Politik auf alles Ostdeutsche und besonders auf die DDR so hysterisch, ja schon geradezu pathologisch? Das habe ich mich oft gefragt. Vergleicht man die Kritik an Nazi-Regime mit der Hetze gegen die DDR, dann wird man den Verdacht nicht los, daß die Nazis, mit ihr verglichen, fast noch gut wegkommen. Warum aber? Es hat etwas gebraucht, bis ich es begriffen hatte. Der Grund ist, daß die Hitler-Regierung nie die Eigentumsverhältnisse in Frage stellte! Die Konzerne, Banken und Großgrundbesitzer behielten ihre Reichtümer und verdienten sogar blendend unter dem Hakenkreuz. Die DDR aber jagte diese zum Teufel – ein Alptraum für die Täter in Nadelstreifen damals wie heute, gleich ob sie nun in Frankfurt am Main oder im Berliner Regierungsviertel und den Parteizentralen sitzen.

Übrigens: Um einem Mißverständnis vorzubeugen, will ich hier noch anfügen, daß dieser Abschnitt nicht die DDR in die Nähe der Hitler-Diktatur rücken soll, wie das die Geschichtsfälscher à la Guido Knopp heute gerne tun.

Alle diese genannten Eindrücke haben mich heute zum Freund der DDR werden lassen, und es ist wohl eine Tragik mei-

nes Lebens, daß ich das erst nach ihrem Ende aus vollem Herzen geworden bin. Ich übersehe nicht ihre Mängel und wirklichen Deformationen. Dennoch stehe ich zu ihr als dem besseren deutschen Staat. Nun, da ich weiß, was Kapitalismus ist, würde ich wahrscheinlich jeden Satz aus meinen ehemaligen Staatsbürgerkundebüchern unterschreiben. Aber ich kann das auch, wenn ich den „RotFuchs“ lese und bedanke mich für diese wundervolle, wenn auch manchmal etwas zu abgehobene Lektüre. Heute wäre die DDR 59 Jahre alt geworden. Es war mir ein Bedürfnis, dies zu schreiben, wie es mir ein besonderes Anliegen war, gestern abend schon die Fahne mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz aus dem Fenster zu hängen.

Ulrich Guhl, 7. Oktober 2008

### Nicht zu spät

MOZ Sonnabend/Sonntag, 4./5. Oktober 2008

#### Verschiedenes

Ich habe auf Grund der weltweiten militärischen Einsätze der Nato und Bundesrepublik Deutschland meinen Antrag auf Opferrente in Halle/Sa. zurückgezogen. Schmidt, Fürstenw., Fr.-Engelsstr. 14, Tel./Fax 03361/301419

Wir fanden heute in der „Märkischen Oderzeitung“ – unserem Lokalblatt – eine Annonce, die „RotFuchs“-Leser vermutlich interessieren könnte.

Ingrid und Hajo Jahn, Grünheide

Am 5. November begeht der namhafte Historiker, standhafte Kommunist und „RotFuchs“-Autor

### Dr. Kurt Gossweiler

Berlin, seinen 91. Geburtstag.

Er hat sich als antifaschistischer Widerstandskämpfer, Lehrer an einer Antifa-Schule in der Sowjetunion und namhafter Faschismus-Forscher der DDR große Verdienste erworben. Bis ins hohe Alter verfolgt er leidenschaftlich und engagiert die politische Entwicklung in Deutschland und der Welt.

Wir gratulieren herzlich.



# Atem der Geschichte

## Drei vergilbte Fotos aus der Schatztruhe meines Vaters

*Unser treuer Leser Manfred Wulf aus Glauchau hat das 85. Lebensjahr überschritten. Er ist ein kampfgestählter Kommunist aus einer traditionsreichen revolutionären Arbeiterfamilie. Heute gehört er der Linkspartei an. Genosse Wulf hat uns drei bereits vergilbte Fotos historischen Charakters aus der Hinterlassenschaft seines Vaters zugesandt. Der war einer der Führer des legendären mitteldeutschen Aufstands.*

*Ein erläuternder Auszug aus dem Begleitbrief:*

**A**uf dem ersten Bild ist Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs enger Freund und Mitstreiter Leo Jogiches mit dem ebenfalls zu 15 Jahren Haft verurteilten Erich Mühsam in der bayerischen Festung Landsberg zu sehen.

Auf dem nächsten spricht mein Vater (links von den Kindern), der mit den Kommunisten Bernard und Wilhelm Koenen verbunden war, zu russischen Arbeitern in Merseburg. Die Polizei, die schnell zur Stelle war, konnte ihn nicht ergreifen, weil er von Kundgebungsteilnehmern verborgen wurde.

Das dritte Bild bedarf keines Kommentars: Es zeigt Arbeiter, Soldaten und Matrosen, die den Opfern der deutschen Novemberrevolution die letzte Ehre erweisen.

Der Verrat in Hamburg, Berlin und anderen Zentren der deutschen Arbeiterbewegung führte dazu, daß die herrschende Klasse ihren Haß durch den Einsatz des Militärs mit aller Brutalität austoben konnte. Ich frage mich: Warum singt heute eigentlich niemand mehr das mir und anderen alten Genossen so vertraute Lied „In Leuna sind viele gefallen, in Leuna floß Arbeiterblut“?

**Manfred Wulf, Glauchau**



Käthe Kollwitz zeichnete einen ermordeten Revolutionär im Berliner Leichenschauhaus, ohne zu diesem Zeitpunkt (März 1919) zu wissen, daß der Tote Leo Jogiches war.

# Brief aus Überlingen

## Ein am Bodensee lebender früherer DDR-Bürger schüttet sein Herz aus

Ich bin eingetragenes Mitglied im „RotFuchs“-Förderverein und lese sehr aufmerksam jeden Artikel der Zeitschrift. Lange habe ich gezögert, mich mal zu Wort zu melden, doch die politische Entwicklung riß mich aus dem Schlaf.

Ich bin in Klötze, einer kleinen Kreisstadt des früheren Bezirks Magdeburg, aufgewachsen und zur Schule gegangen. Dort habe ich auch einen Beruf gelernt. Ich hatte eine behütete Kindheit und einen Staat, der mein Weiterkommen förderte, bis ich eines Tages mit ihm in Konflikt geriet.

Der Reihe nach: Ich stamme aus einer kinderreichen Arbeiterfamilie und habe an die DDR geglaubt.

Doch es kam leider eine Zeit, in der Hin-



weise auf Mängel, Kritik und sogar Verbesserungsvorschläge immer weniger Gehör fanden. Fehler im Sozialismus konnte und durfte es nicht geben. Informationen darüber wurden nicht mehr entgegengenommen. Angesichts solcher Übersinnlichkeit in der Bewertung der Gesellschaftsordnung zog bei vielen Menschen Gleichgültigkeit ein.

Doch weiter zu mir: 1969 stieß ich durch Zufall zur Arbeitsgemeinschaft „Junge Verkehrshelfer“. Dies hat mein Leben stark beeinflusst. Mit vielen Genossen der VP unterhalte ich noch heute freundschaftliche Kontakte. 1973 wurde ich Vorsitzender der AG und mit 17 Jahren VP-Helfer. Bis 1989 habe ich Verkehrsunterricht an Schulen gegeben. Ich erhielt die Verdienstmedaille des MdI in Bronze und Silber sowie viele Belobigungen und Auszeichnungen. 18 Monate diente ich bei der 11. VP-Bereitschaft.

Später absolvierte ich ein Kulturstudium und wurde 1982 Mitarbeiter beim Rat des Kreises Klötze. Dort habe ich allerdings sehr schnell den Unterschied zwischen Theorie und Praxis kennengelernt. Man operierte bewußt mit falschen Zahlen. Die Volkskunstkollektive und deren Förderung standen oft genug nur auf dem Papier. Ich weigerte mich, diesen Schwindel mitzumachen und wandte mich an übergeordnete Stellen der Partei und des Staates. Leider ohne Erfolg. Das untergrub mein Vertrauen in den Sozialismus. So fiel ich in Ungnade und wurde aus der Partei ausgeschlossen.

1984 wandte ich mich wegen der frisierten Zahlen, von denen ich Kenntnis hatte, an die K 1 und die entsprechende Abteilung des MfS. Zusammen mit Genossen, die an meiner Seite standen, haben wir dann ab 1985 in verschiedenen Betrieben versucht, gefälschte Prozentzahlen aufzudecken. Die Berichte mit den tatsächlichen Ergebnissen wurden zwar weitergeleitet, aber nichts tat sich. Das ging so bis zum November 1989. Da fiel die Mauer, und der Kapitalismus schluckte uns.

Wenn man zurückblickt, erinnert man sich daran, was den DDR-Bürgern damals alles versprochen wurde: volle Geschäfte, Reisen, blühende Landschaften, Demokratie! Ich glaube, daß sich viele von ihnen heute an den überfließenden Schaufenstern die Nase plattdrücken. Früher fehlten die Bananen, heute können sich manche nicht mal ein ordentliches Brot leisten, geschweige denn eine Reise. Fehlende Schulbildung, mangelhafte Gesundheitsversorgung, ein Minus an Arbeitsplätzen sowie verweigerte Mitbestimmung im Betrieb kennzeichnen die Lage. Heute haben wir eine Kanzlerin, die alle Vorzüge des Sozialismus nutzte, ihre Ausbildung in der DDR erhielt, solche Möglichkeiten aber dem Volk der BRD vorenthält.

Angesichts des hier Geschilderten bin ich der Meinung, daß mit der Linkspartei, auch wenn sie bereits teilweise verbürgerlicht ist, immerhin eine Chance besteht, in Richtung gesellschaftlicher Veränderungen voranzukommen. Auch wir als „RotFüchse“ sollten trotz unterschiedlicher Meinungen auf andere Linke zugehen, wo immer das möglich ist. Es wäre für Deutschland gut, weil ja die SPD in ihre bourgeoise Verräterrolle zurückfällt.

Wie auch viele andere DDR-Bürger lebe ich mittlerweile in Süddeutschland. Wenn ich Menschen hier politisch überzeugen will, hören sie entweder darüber hinweg oder bezeichnen mich als Ewiggestrigen. So etwas macht mich ärgerlich. Diese Bundesrepublik und ihre Politiker haben es geschafft, nicht nur Verdrossenheit und Unmut, sondern auch Pas-

sivität und Gleichgültigkeit zu erzeugen. Obwohl viele Leute inzwischen zu den Hartz-IV-Empfängern gehören und für einen Euro jobben müssen, sind sie der Meinung, an den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen könne man ohnehin nichts ändern. Das ist für mich geistige Sklaverei.

Und wenn den Herrschenden alles andere nicht mehr hilft, dann müssen eben die „Stasi“ oder irgendwelche Aussagen von Leuten herhalten, die begründen, was die DDR doch für ein diktatorischer Staat gewesen sei. Ihre Diktatur bestand darin, daß sie den Menschen Arbeit, billige Wohnungen, hohe Bildung und gesundheitliche Fürsorge garantierte. Auch die Achtung der Menschenrechte, die Bestrafung von Kriminellen und Spekulanten gehörten zu ihrer Verfassungswirklichkeit.

Gerhard Schulz, Überlingen

Der Vorsitzende des RF-Fördervereins, **Botschafter a. D. Rolf Berthold**, spricht über das Thema

### Chinas sozialistischer Weg

am **5. Dezember um 14 Uhr** in **Wismar**, Technologie- und Gewerbezentrum im Alten Holzhafen 10, und  
am **6. Dezember um 10.30 Uhr** in **Stralsund**, Gartensparte „Erholung und Frieden“, Heinrich-Mann-Straße 54.

Veranstalter sind die RF-Regionalgruppen Mecklenburg-Vorpommern Nord-West und Nördliches Vorpommern.

Der Marxistische Bildungskreis bei der Regionalgruppe **Rostock** hat am **13. November um 15 Uhr** im Mehr-generationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, den Historiker

**Prof. Dr. Heinz Karl**,

Berlin, zu Gast.

Er spricht über das Thema

### Die Machtfrage in der Novemberrevolution 1918 in Deutschland

(mit Bezug auf den 90. Jahrestag der KPD-Gründung)

# Lehrer dreier Generationen

## Hermann Duncker bereitete 1918 die Gründung der KPD mit vor

Im Jahr 1953 besuchte ich die Zentralschule für kulturelle Massenarbeit des FDGB-Bundesvorstandes in Grünheide bei Erkner. Während des Lehrgangs beging ich meinen 20. Geburtstag und verlobte mich kurz darauf mit Ingeborg. Im Jahr darauf heirateten wir, konnten also im August 2004 unseren 50. Hochzeitstag feiern.

Aber auch andere Ereignisse und Episoden aus dieser Zeit sind mir beim Betrachten damals gemachter Fotos gegenwärtig. Schließlich fielen in diese Zeit für uns bedeutsame Ereignisse, so Stalins Tod und der 17. Juni 1953.

Darüber und über in diesem Jahr gemeinsam Erlebtes ließe sich manches berichten, aber ich will mich auf etwas konzentrieren, das mein Handeln als Gewerkschaftsfunktionär und später in anderen Bereichen recht maßgeblich mit geprägt hat: meine Begegnungen mit Hermann Duncker.

Einiges wußte ich vom Hörensagen und aus Veröffentlichungen über ihn. 1949 war er Direktor der FDGB-Hochschule in Bernau bei Berlin geworden. Die Frau eines langjährigen Freundes arbeitete dort als Lehrerin. Von ihr und aus Schriften hatte ich Kenntnis über diesen erprobten Klassenkämpfer, der bereits nach seinem Universitätsstudium in Leipzig bei Rosa Luxemburg und Franz Mehring das ABC eines sozialistischen Journalisten erlernt hatte. Wie Wilhelm Pieck in einem Artikel zum 75. Geburtstag von Hermann Duncker schrieb, hatte dieser dann sehr rasch erkannt, daß sein Platz in der politischen Bildungsarbeit war.

So begann er bereits 1905 seine Tätigkeit im Arbeiterbildungsverein Leipzig, später als Wanderlehrer der KPD und als Propagandist, u. a. an der Zentralen Parteischule in Fichtenau bei Berlin und der Bezirksparteischule Groß-Thüringen in Elgersburg. Unvergessen ist natürlich auch die herausragende Rolle von Hermann und Käte Duncker bei den Vorbereitungen zur Gründung der KPD im Dezember 1918, an denen sich beide gemeinsam mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring, Wilhelm Pieck und anderen Genossen beteiligten. Gleiches gilt für Hermanns Wirken an der „Marxistischen Arbeiterschule“ (MASCH), wo er zusammen mit Johann Lorenz Schmidt, Jürgen Kuczynski, Alfred Kurella, Ludwig Renn und Hilde Benjamin tätig war. Hermann Duncker bildete und erzog Tausende Genossinnen und Genossen zu standhaften Marxisten-Leninisten.

Nun sollte also auch ich als junger Gewerkschaftsfunktionär im Mai 1953 eine Begegnung mit diesem hervorragenden Menschen haben. Erwartungsvoll saßen wir im Hörsaal, eng aneinander gedrängt, denn wir hatten noch weitere Stühle in den Saal stellen müssen, um Kollegen aus der benachbarten FDGB-Schule in Grünheide die Teilnahme zu ermöglichen.

Eine gewisse Unruhe machte sich breit, als der Gastreferent nicht erschien. Dabei waren wir doch alle auf seinen Vortrag zum Thema „Kommunistische Moral“ gespannt. Der Direktor unserer Schule hatte bereits wiederholt sein Büro aufgesucht, um telefonisch in Erfahrung zu bringen, ob etwas dazwischengekommen sei.



Foto: Bernd Fischer

Unsere verhalten geführten Gespräche verstummten, als Hermann Duncker schließlich den Raum betrat. Leicht nach vorn gebeugt schritt er zum Rednerpult. Zu jener Zeit war er fast 79.

Leise und mit verhaltener Stimme begann Genosse Duncker zu sprechen. Sinngemäß sagte er: „Entschuldigt, wenn ich Euch warten ließ ..., aber es ist etwas Unerwartetes eingetreten ...“ Einen kurzen Moment hielt er inne, um dann fortzufahren: „Meine liebe Käte ist gestorben. Eigentlich hätte ich ja absagen müssen, aber ich denke, sie hätte es mir nicht verziehen, wenn ich deshalb den Vortrag über kommunistische Moral bei euch nicht halten würde.“

Ergriffen blickten wir nach vorn auf den Mann am Rednerpult und schämten uns unserer Tränen nicht. Wieviel Kraft mußte es ihn gekostet haben, trotz des gerade erst erlittenen Verlustes zu uns zu kommen. Eigentlich hatte er mit wenigen Sätzen schon alles gesagt.

Wir erlebten dann einen Vortrag, der uns sehr zu Herzen ging. Dabei bewunderten wir Hermanns Gabe, kaum einen Blick in seine wenigen Notizen zu werfen. Es war ohnehin nicht zu übersehen, daß ihm seine Augen schon erhebliche Probleme bereiteten. Tief bewegt nahmen wir die Worte eines Lehrers, der schon der Generation unserer Großväter und

Väter marxistische Kenntnisse vermittelt hatte, in uns auf.

Damals ahnte ich nicht, daß ich sechs Jahre später diesen wohl einzigartigen Menschen nochmals erleben sollte. Seit 1958 arbeitete ich im Berliner Energieversorgungsbetrieb BEWAG und war neben meiner fachlichen Aufgabe ehrenamtlich als Vorsitzender des Zentralen Ausschusses für Produktionsberatung des Gesamtunternehmens tätig. Über unsere diesbezüglichen Erfahrungen hatte ich auf Delegiertenkonferenzen der damaligen Industriegewerkschaft Energie, Post und Transport berichtet. Ich wurde auch als Delegierter zum 5. FDGB-Kongreß gewählt, der Ende Oktober 1959 in Berlin tagte.

Während der Beratungen wurde Hermann Duncker, der im Präsidium saß, das Wort erteilt. Er hielt eine Rede, die in die Geschichte des FDGB eingegangen ist.

Mir sind die wichtigsten Ratschläge des inzwischen 85jährigen im Gedächtnis geblieben. „Jeder kann alles lernen, wenn genügend Zeit und Ausdauer darauf verwendet, wenn die richtigen Lehrmethoden gefunden und praktiziert werden“, sagte er. „Jeder kann sich in alles hineinarbeiten, wenn er die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Sache erkennt, um die es geht. Und jeder ist für den materiellen und kulturellen Fortschritt im Sozialismus mit verantwortlich und unerlässlich.“

So erlebte ich Hermann Duncker ein zweites Mal und seine Worte gingen mir wie so manchem anderen Delegierten der 6,1 Millionen Gewerkschaftsmitglieder buchstäblich unter die Haut.

Erlebnisse wie die hier kurz geschilderten beeinflussten mich nachhaltig in meiner eigenen propagandistischen Arbeit an der Betriebsschule für Marxismus-Leninismus und bei Vorträgen, die ich als Direktor der Betriebsakademie der BEWAG zehn Jahre lang vor künftigen Meistern hielt. Dabei war mir bewußt, welche Bedeutung Hermann Duncker gerade auch diesen Einrichtungen beigemessen hatte.

Es ist sicher verständlich, daß ich besonders erfreut war, als ich 1974 vom Bezirksvorstand des FDGB Berlin mit der Hermann-Duncker-Medaille ausgezeichnet wurde.

Wer heutzutage – aus welchen Gründen auch immer – abfällig über kommunistische Moral redet, sollte sich das Leben Hermanns und vieler Genossen, bei denen Wort und Tat übereinstimmten, vor Augen führen. Das erklärt auch, warum es die mit der Konterrevolution zum Zuge gekommenen neuen Machthaber so eilig hatten, die Berliner Hermann-Duncker-Straße in Karlshorst nach dem Gutsbesitzer von Treskow zurückzubenennen.

Herbert Nieft

# Wo man den Unrechtsstaat suchen muß

Prof. v. Arnim analysiert die Machtstrukturen der BRD

Seit 18 Jahren wird früheren DDR-Bürgern durch Staat und Medien der Bundesrepublik eingeredet, sie hätten 40 Jahre lang in einem Unrechtsstaat gelebt. Diese Lüge erhält man hartnäckig aufrecht, obwohl sie namhafte Juristen wie Prof. Dr. Erich Buchholz und Dr. Friedrich Wolff in ihren Schriften nachhaltig widerlegt haben.

Mag jeder für sich selbst entscheiden, wie er sein Leben in der DDR bewertet. Schließlich gehört diese historische Periode der Vergangenheit an, so daß sich eine Bilanz ziehen läßt.

Doch in was für einem Staat leben wir eigentlich heute?

Der Professor für öffentliches Recht und Verfassungslehre an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Hans Herbert von Arnim, gibt uns in seinem Buch „Das System – Die Machenschaften der Macht“ einen aufschlußreichen Einblick in sonst verborgenes. Etwas sei faul in der BRD, stellt der Gelehrte fest. Das tatsächliche Funktionieren des Staates werde sorgfältig verdeckt, die treibenden Kräfte, Motive und Absprachen sowie die Hintergründe und ursächlichen Zusammenhänge der Politik blieben den Bürgern verborgen. Diese These unterstreicht der Professor in seinem 400 Seiten starken Werk durch zahlreiche Belege.

Er zeigt, daß Verfassungsnormen und Verfassungswirklichkeit weit auseinander klaffen. Amtsträger und Parteipolitiker orientierten sich nicht, wie vom Grundgesetz vorgeschrieben, am Gemeinwohl, sondern rangelten lediglich um Macht, Posten und Pfründe. „Sie leben nicht für die Politik, sondern von der Politik“, konstatiert von Arnim.

Um dies vor ihren Wählern zu verbergen, schufen sie sich ein Schattensystem, das mit wesentlichen Normen des offiziellen Systems unvereinbar sei. Die ansteckende Korruption habe sich unter Berufspolitikern der BRD ständig weiter ausgebreitet.

Es sei übrigens nicht verwunderlich, daß es für diese Kaste keine eigenständige Berufsausbildung gäbe. Die Techniken der Macht, zu denen die Minimierung möglicher Angriffsflächen für politische Gegner ebenso gehöre wie die Beherrschung eines inhaltslosen Jargons und das Reden mit gespaltener Zunge, könne man weder offen benennen noch offiziell lehren.

Dies alles erkläre auch, warum das Eigeninteresse der „politischen Klasse“ zur Verhinderung von Elementen direkter Demokratie führen müsse. Die Parteien widersetzten sich z. B. der Aufnahme des Plebiszits ins Grundgesetz, weil damit die „parlamentarische Selbstbedienung“ vom Volk wirksamer kontrolliert werden könnte.

Prof. v. Arnim zieht das Resümee, die Demokratie in der BRD sei notwendigerweise fiktiv. Das Volk habe seine Entscheidungsbefugnisse an Berufspolitiker abgetreten. Die Willensbildung verlaufe daher von oben nach unten statt in umgekehrter Richtung.

Es ist bedauerlich, daß v. Arnim seiner Schilderung nur positive Beispiele aus der Schweiz und den USA entgegenzustellen vermag. Hätte er das politische System der DDR gekannt und unvoreingenommen untersucht, dann wäre er dazu in der Lage gewesen, überzeugende Erfahrungen aufzugreifen.

Staatsfunktionäre und Parlamentarier erhielten in der DDR für ihre politische Tätigkeit eine gründliche Ausbildung. Sie absolvierten in der Regel entsprechende Hochschulen und Universitäten. Bei ihren Entscheidungen hatten sie sich streng nach den gesetzlichen Vorschriften zu richten und stets im Interesse der Bürger zu handeln. Deren weitgehende Mitwirkung war bei der Vorbereitung von Gesetzgebungsakten, im Planungs- und Produktionsprozeß der Betriebe und Genossenschaften, im gesamten Erziehungswesen und in der Justiz sowie bei der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie in vielen anderen Bereichen garantiert.

Die DDR-Abgeordneten – von den Gemeinden, Kreisen, Städten und Bezirken bis zur Volkskammer – waren der Bevölkerung in der Regel genauestens bekannt. Sie wurden von allen Blockparteien und Massenorganisationen aufgestellt. Regelmäßig mußten sie auf Einwohnerversammlungen über ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen. Ein Schattensystem wie in der BRD konnte es so nicht geben.

Darüber ließe sich natürlich auch ein Buch mit 400 Seiten schreiben. Es würde trotz aller Mängel, die subjektiv verschuldet, objektiv bedingt oder uns durch den politischen Gegner und die Unerbittlichkeit des kalten Krieges aufgezwungen waren, die haushohe Überlegenheit des sozialistischen deutschen Rechtsstaates im Vergleich mit dem durch Prof. v. Arnim skizzierten Herrschaftssystem der BRD offenbaren.

Die Frage nach dem deutschen Unrechtsstaat darf also getrost weitergereicht werden.

Werner Feigel, Chemnitz

## Wissenstest für Eingeborene:

Seit wann gibt es die Bundesrepublik Deutschland?

- A) 2. Juni 1948: Ende der Londoner Sechsmächte-Konferenz (Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande und Vereinigte Staaten von Amerika), die den Beschluß zur Bildung eines Staates aus den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands faßte.
- B) 20. Juni 1948: Mit Einführung der D-Mark in den drei westlichen Besatzungszonen wird das künftige Staatsterritorium als Währungs- und somit Wirtschaftsgebiet vom restlichen Deutschland abgegrenzt.
- C) 1. September 1948: Der Parlamentarische Rat tritt zu seiner Konstituierenden Sitzung in Bonn zusammen.
- D) 8. Mai 1949: Der Parlamentarische Rat verabschiedet das Grundgesetz mit 53 gegen 12 Stimmen.
- E) 12. Mai 1949: Die drei westlichen Militärgouverneure genehmigen mit fünf Vorbehalten das Grundgesetz.
- F) 23. Mai 1949: Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird verkündet.
- G) 24. Mai 1949: Um 0.00 Uhr tritt gemäß Artikel 145 Absatz 2 das Grundgesetz in Kraft.
- H) 14. August 1949: Die Wahl zum ersten Bundestag findet statt.
- I) 21. August 1949: „Rhöndorfer Konferenz“. Im Privathaus Konrad Adenauers am Zenigsweg einigen sich 24 Persönlichkeiten aus CDU und CSU darauf, eine Koalition aus CDU, CSU, FDP und DP zu bilden sowie Konrad Adenauer zum Bundeskanzler und Theodor Heuss zum Bundespräsidenten zu wählen.
- J) 7. September 1949: Bundestag und Bundesrat führen in Bonn ihre Konstituierenden Sitzungen durch.
- K) 12. September 1949: Die Bundesversammlung wählt Theodor Heuss (FDP) zum ersten Bundespräsidenten.
- L) 15. September 1949: Der Bundestag wählt Konrad Adenauer (CDU) zum ersten Bundeskanzler.
- M) 20. September 1949: Vereidigung der ersten Bundesregierung.
- N) 21. September 1949: Das Besatzungsstatut tritt in Kraft.

Mit welchem der aufgeführten Ereignisse war die Bundesrepublik Deutschland eigentlich offiziell gegründet?

Warum wurde und wird in der Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu vielen Staaten der Tag der offiziellen Staatsgründung weder als Feiertag begangen noch in den Schulen als historisches Datum gelehrt?



# Konkretes zu einer Bildungsoffensive

## Der Bundespräsident blieb ganz allgemein

In seiner Berliner Rede gebrauchte Bundespräsident Horst Köhler das Wort „Bildungsoffensive“. Attackiert er etwa Deutschlands zurückgebliebenes Bildungswesen? Will er eine gründliche Reform des deutschen Schulsystems? Aber nein doch! Seine Sätze sind durchaus moderat, verträglich, allgemein. So zieht er sich auf hohle Phrasen wie diese zurück: „In Sachen Bildung läßt sich für alle mehr tun und von allen mehr erwarten.“ Oder: „Wir sollten ... beherzt vorangehen auf dem Weg, der sich als richtig erwiesen hat.“

Welche Schritte auf welchem richtigen Weg meint er denn? Im Grunde genommen will er gar keine Veränderung.

Dabei liegt das deutsche Schulwesen arg danieder. Das bestätigen nicht nur die PISA-Studien. Jeder weiß es: viele geschlossene Schulen, ständige Unterrichtsausfälle, Spaziergänge statt Sportunterricht, weil Turnhallen baufällig sind, lange und ermüdende Fahrten mit dem Bus. Schule ist inzwischen für Eltern teuer geworden. Über 1000 Euro pro Schuljahr bezahlen sie an zusätzlichen Leistungen rund um die Bildung, die eigentlich kostenlos sein soll, konstatierte Grit Strietzel in der Zeitung „Freie Presse“.

In dieser prekären Situation bieten sich Privatschulen mit modernen, aber auch höchst umstrittenen Konzepten an. Ihr offensichtlicher Nachteil liegt auf der Hand: Sie verlangen Schulgeld, von 50 bis 150 Euro pro Kind und Monat, manchmal sogar weit mehr. Wer kann das bezahlen? „Der Staat versagt offensichtlich“, stellte Bianca Brieke in demselben Blatt fest.

Wer ein wirklich neues Schulsystem aufbauen will, muß das alte beseitigen. Dessen mehrgliedrige Struktur ist nämlich hoffnungslos veraltet. Es wird vom Gymnasium beherrscht, das auf die Universität vorbereitet. Die Gymnasialzeit beginnt mit dem 5. Schuljahr. Nur bis dahin lernen die Kinder in der Grundschule gemeinsam. Die nun folgende Selektion hebt die Gymnasialschüler von den Realschülern und den sogenannten Hauptschülern ab. Entscheidend sei – so behaupten die Anhänger des alten Systems – die Förderung „Begabter“. Aber zeigen sich in so frühem Alter Begabungen für wissenschaftliches Arbeiten, praktische, soziale oder künstlerische Tätigkeiten?

Das ist selten der Fall. Bei der Wahl der fortbildenden Schulen bestimmen die Eltern, manchmal auch Zensuren und Prüfungen. Das Kind ist Objekt, nicht Subjekt seines Handelns. Der Entschluß der Eltern und deren sozialer Status entscheiden seine künftige Schulbahn. Das zielt auf eine Elitenbildung der herrschenden Klasse. Privatschulen, ja auch private Universitäten dienen allein dem Ziel dieser Exklusivität. Es handelt sich um eine Spaltung der Gesellschaft schon im Kindesalter. Schüler

aus sogenannten bildungsfernen Schichten sind im Nachteil.

Was fordert eine echte Offensive? Eine Schulreform müßte längst auf der Tagesordnung stehen.

Folgendes sollte durchgesetzt werden:

1.) Alle Kinder lernen gemeinsam bis zur 9. oder 10. Klasse. Ihnen wird ein Allgemeinwissen vermittelt. In dieser Zeit werden auch Begabungen, Talente oder spezielle Wünsche der Kinder in Kursen und Arbeitsgemeinschaften gefördert. Für Kinder von Ausländern müssen besondere Kurse eingerichtet werden, in denen sie die deutsche Sprache beherrschen lernen – mit Hilfe ihrer deutschen Klassenkameraden. Danach erst entscheiden die Schüler selbst, ob sie in einem Gymnasium den Weg zur Hochschule beschreiten oder als Berufsschüler Facharbeiter werden möchten. Auch andere Wege stehen ihnen offen. Ein Hochschulstudium muß auch ohne Abitur möglich sein. Die sogenannte Hauptschule gibt es dann nicht mehr. Die Chancengleichheit aller Kinder ist die Voraussetzung für einen hohen Bildungsstand der Nation. Alle Bildung ist kostenlos, angefangen vom Kindergarten bis zur Universität. Schulbücher sind als Frei- oder Leihexemplare erhältlich. Ein billiges oder gar kostenloses Mittagessen ist zu garantieren.

2.) Ein Schulgesetz nennt die Ziele der Erziehung. Die allgemeine Floskel „freiheitlich-demokratisch“ genügt nicht. Es geht um Verantwortung des einzelnen für die Allgemeinheit, das selbständige Denken, die Liebe zu Heimat und Natur

und schließlich das Eintreten für die Erhaltung des Friedens. All das sind Forderungen eines neuen Schulgesetzes. Es bestimmt den Aufbau des Schulwesens und seine Inhalte, die Lehrpläne.

3.) Schule und Kirche sind getrennt. Religionsunterricht ist Sache der Religionsgemeinschaften und wird auch in deren Räumlichkeiten erteilt. Es gibt kein gegenseitiges Hineinreden und keine Kontrolle.

4.) Das Schulgesetz muß für ganz Deutschland gültig sein. Die Bildungsautorität der Bundesländer ist ein fast mittelalterliches Relikt. Es behindert den Aufbau der Strukturen, die bundesweite Anerkennung der Schulabschlüsse, den Übergang in eine andere Schule beim Wohnungswechsel, die Herausgabe preisgünstiger Lehrbücher und anderes mehr.

Das derzeitige Schulsystem ist nicht global, nicht europäisch, nicht einmal gesamtdeutsch.

Die hier genannten Faktoren hätte der statt dessen in Allgemeinplätze flüchtende Bundespräsident mit seiner Forderung nach einer Bildungsoffensive zweifellos in Rechnung stellen müssen.

Ich wünsche mir den Schulerschluß aller progressiven Kräfte, Lehrer, Wissenschaftler und Eltern für eine wirkliche Bildungsoffensive.

Übrigens: Fast alles hier Eingeforderte gehörte in der DDR-Schule zum Alltag.

Joachim Weise, Hohenstein-Ernstthal

## Niedriglöhne stürzen ab

Minus 13 Prozent bei den Stundenlöhnen in sechs Jahren – preisbereinigt. So die Bilanz für die Beschäftigten im unteren Viertel der Einkommenspyramide. Die durchschnittlichen Stundenlöhne sanken von 7,23 Euro im Jahr 2000 auf 6,84 Euro 2006. Selbst das „obere Viertel“ der Beschäftigten konnte sich über die Jahre nur leicht verbessern, im Schnitt um gut zwei Prozent – unter Berücksichtigung der Inflation.

„Der Aufschwung kommt bei den Menschen an.“ Sagt Kanzlerin Merkel. Bei einigen stimmt das auch: Die Gewinne und Vermögenseinkommen sind um 45 Prozent gestiegen, preisbereinigt um über 30 Prozent.

Die immer krassere soziale Spaltung der Gesellschaft ist politisch gewollt: Rot-

Grün und Schwarz-Rot machten den Weg frei für immer mehr Leiharbeit, Befristungen, Minijobs, Ein-Euro-Jobber und sozial ungesicherte Scheinselbständige. Durch Hartz IV mit Fortfall des Zumutbarkeitsschutzes wird Lohndrückerei vorangetrieben. Für Unternehmen und Vermögende dagegen gab es großzügige Steuersenkungen.

Schon 22 Prozent der Beschäftigten müssen im Niedriglohnbereich arbeiten. Der Trend zu immer mehr Lohndumping muß gestoppt werden. Vor allem durch einen gesetzlichen Mindestlohn, der von 7,50 schrittweise auf 9 Euro steigt.

Aus: ver.di Wirtschaftspolitik  
Aktuell, Nr. 17

# Steinmeiers Stallgeruch

## Zum neuerlichen Rechtsruck in der SPD

In der SPD hat sich schon bald nach dem Hamburger Parteitag, bei dem aus Furcht vor einem weiteren Erstarken der Linkspartei etwas Rouge aufgelegt und wenigstens die Rückkehr zu den Positionen von Bad Godesberg angedacht worden war, ein neuer scharfer Rechtsruck vollzogen. Die Getreuen des längst in Monopolkreisen als Gleicher unter Gleichen aufgenommenen früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder spannten ihre Fallstricke und hoben die Grube für den zwar blassen, in einigen Fragen aber etwas vorsichtiger rechnenden bisherigen SPD-Vorsitzenden Kurt Beck aus. Der eher gemütliche Pfälzer schlug sich sofort in die Büsche und warf die Flinte ins Korn. Er ist kein tapferer Zinnsoldat und für den innerparteilichen Machtkampf zu weich. Die gegen den Vorsitzenden verbündeten Parteintriganten aber sind harte Politprofis, die wohl nicht weiter links stehen als der berüchtigte Seeheimer Kreis der SPD. Ihnen geht es um die Rückkehr zur Agenda 2010. Mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, dem sozialdemokratischen Lieblingsgespielen unserer Kanzlerin, steht der CDU wieder ein verlässlicher Partner zur Verfügung, der keine Skrupel kennt. Sein Mitspieler ist der sich neuerdings halblinkig gebende, aber eindeutige Parteirechte Frank Walter Steinmeier, der

2009 als Konkurrent etwa gleicher Farbe gegen Angela Merkel antreten soll, weshalb er jetzt aus Wahlkampfgründen Kreide frißt und seine Pranken mit Mehl bestäubt. Er ist übrigens nicht der BRD-, sondern der BND-Außenminister. Eine Unterstellung? „Architekt“ der Schröder'schen Agenda 2010 – des Generalangriffs auf die soziale Grundsicherung in diesem Land – war Steinmeier jahrelang Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieser Job keinem Außenseiter oder Neueinsteiger von der Straße anvertraut wird. Stünde dieser „Sozialdemokrat“ nach den Bundestagswahlen im September 2009 an der Spitze der Exekutive, dann wäre der wichtigste Regierungsposten mit einem BND-Schlapput besetzt. Und da reden gewisse Leute noch immer von der „Allmacht der Stasi“! Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Der neue massive Rechtstrend der SPD, die unter Schröder bereits ein Drittel ihrer Mitglieder und einen großen Teil der Wählerschaft verloren hat, wird dieser längst in der bürgerlichen Normalität

angekommenen früheren Arbeiterpartei weiter Wasser abgraben. Das aber dürfte auf die Mühlen der PDL geleitet werden, der sich Mitglieder und Funktionäre der SPD und der Gewerkschaften in Scharen zuwenden. Spätestens bei den saarländischen Landtagswahlen kommt die Stunde der Wahrheit. Oskar Lafontaine, Spitzenkandidat seiner Partei in Saarbrücken, dürfte dann punkten, gibt es doch in der deutschen Sozialdemokratie nicht wenige Genossen der Basis, denen der Rechtsdrall ihrer Führer, die Beck zu Fall gebracht haben, gegen den Strich geht.

Konrad Strehl



Aus „Economist“, London

## Holterdiepolter

### Wie sich ein „Linkspolitiker“ aus M-V in den moralischen Abgrund stürzt

Vom „Stern“ wurde in dessen Dauerserie „Was macht eigentlich ...?“ der einstmalige Arbeitsminister und Vize-Premier Mecklenburg-Vorpommerns Helmut Holter interviewt (36/2008).

Auf die Frage, was seine Partei – die aus der PDS hervorgegangene PDL – tun müsse, um an die Regierung zu kommen, antwortete Holter: „Die ‚Linke‘ muß nachvollziehen, was die PDS schon hinter sich hat. Sie muß sich glaubhaft und eindeutig zu ihrer Geschichte positionieren und dem, was das SED-Regime ausgemacht hat: Terror, Mord, Repression.“

Nun weiß man spätestens seit dem um drei Viertel gekürzten Interview Thomas Roths mit dem russischen Ministerpräsidenten Putin zur Aggression Georgiens, oft fälschlich als Konflikt ausgegeben, was Pressezensur und -manipulation in unserem Land bewirken können. So hätte es ja durchaus sein können, daß Holters Aussage „redaktionell bearbeitet“ worden ist.

Dazu gibt es zwei Auffassungen. Die einen meinen, Holters Antwort sei „aus dem Zusammenhang gerissen“ worden, andere bestätigen, daß es sich um ein vom „Links-politiker“ persönlich abgesegnetes und damit authentisches Interview gehandelt habe.

Wenn die Zweifler Recht hätten, wäre ein geharnischter Protest Holters im „Stern“ zu erwarten gewesen. Doch in den Nachfolgeausgaben suchte man vergeblich danach. Also muß man der zweiten Gruppe glauben, die von der Echtheit der ungeheuerlichen Worte des Befragten überzeugt ist. Das macht die Bestürzung noch größer.

Ein Mann, der einstmal selbst zu den Fahnenschwenkern des „SED-Regimes“ gehörte und die Moskauer Parteihochschule absolvierte, versucht Millionen Menschen in den Schmutz zu ziehen. Damit spielt er solchen Mächtegernhistorikern und notorischen Brunnenvergiftern wie Birthler, Knabe und Gauck direkt in die Hände, die über alles in der DDR das Tuch der Ver-

dammnis legen wollen. Er bedient Leute vom „Kaliber“ eines Westerwelle, der mit Schaum vor dem Mund in der Talkshow Anne Wills einmal mehr seinen Haß auf Kommunisten, Sozialisten und andere konsequente Linke abgelassen hat.

Ich bin für eine realistische, sachliche, kritische Aufarbeitung der Geschichte von DDR und SED. Es hat wahrlich genug innere Gründe gegeben, die zum Untergang des Sozialismus in der Sowjetunion und bei uns beigetragen haben. Die historische Rolle der DDR aber zu negieren, die Leistung ihrer Bürger und alles Positive, Unternehmenswerte zu vergessen, widerspricht jeglichen Regeln des Anstands und der Objektivität.

Holters unsägliches Interview ist um so schmerzlicher, weil es aus den Reihen der Linkspartei kommt und offensichtlich dadurch motiviert ist, eigene Zukunftsabsichten abzustecken, indem man sich dem Gegner anbiedert.

Dr. Hans-Jürgen Audehm, Schwerin

# Gewerkschafter haben im „RotFuchs“ das Wort

Gepfefferte Kommentare und gekonnte Karikaturen aus „ver.di News“

## Fischer im Trüben

Abgewählte Spitzenpolitiker müssen in Deutschland bekanntlich nicht zur Arbeitsagentur, sondern können ihre im Amt erworbenen Kenntnisse weiter gewinnbringend nutzen: Erst steigt z. B. Altbundeskanzler Gerhard Schröder ins russisch-deutsche Gasgeschäft ein, nun heuert sein Vize Josef Fischer in den USA als Unternehmensberater an – bei seiner ehemaligen Kollegin Madeleine Albright. Die Außenministerin in der Regierung unter Präsident William Clinton hat nämlich eine Firma aufgemacht, die Kapitalisten berät, wie sie auf den „sich entwickelnden Märkten“ dieser Welt einen schönen Extraprofit erwirtschaften können. Interessant, mit welchen Informationen die Firma (ausweislich der Website [www.thealbrightgroupllc.com/Who\\_We\\_Are.htm](http://www.thealbrightgroupllc.com/Who_We_Are.htm)) ihren Kunden den alten Schlawiner Fischer (Senior Strategic Counsel) anpreist: zum Beispiel, daß er als Außenminister den ersten aktiven Kriegseinsatz Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg (in Jugoslawien) und den Einsatz deutscher Truppen am Hindukusch unterstützt habe.

Henrik Müller

## Sarrazins Gurke

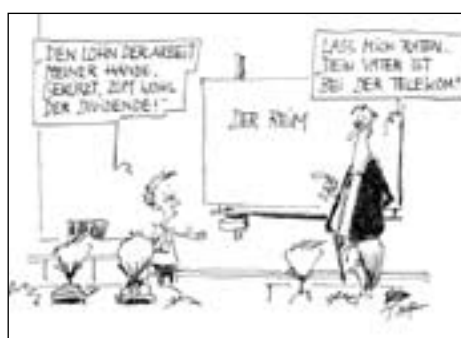
Daß er den Hartz-IV-Regelsatz von 347 Euro im Grunde für zu üppig hält, hat uns Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) ja schon oft genug wissen lassen. Nun hat er nachgelegt. Von der einen Scheibe Käse (0,25 Euro) bis zu der halben Gurke (0,30 Euro) hat er akribisch durchgeplant, was ein Hartz-IV-Empfänger am Tag so alles essen und trinken kann, und wie er mit 3,98 Euro noch unter dem Regelsatz von 4,25 Euro für Ernährung bleibt. Wie das? Zu den 125 g Spaghetti, die der Senator zu Mittag empfiehlt, gibt es nicht einmal ein Gläschen Mineralwasser, da muß es Leitungswasser tun. All das ist widerlich genug. Daß aber Sarrazin für seinen jüngsten Tritt nach unten auch noch Applaus bekommt, macht erst richtig klar, wie verkommen die Republik mittlerweile ist. Martin Lindner, Berliner FDP-Fraktionschef, lobte Sarrazins Berechnungen aus vollem Halse. Nun sei erwiesen, daß die Hartz-Sätze nicht nur reichten, sondern sogar gekürzt werden könnten. Auf daß ihm nicht nur die nächste Tiefseegarnele im Halse stecken bleibe.

Maria Kniesburges

## „Soziale Marktwirtschaft ist toll!“

Diese Botschaft will die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) mit der Internetplattform [www.SoMaWist-toll.de](http://www.SoMaWist-toll.de) jungen Menschen vermitteln. „Die soziale Marktwirtschaft gibt jedem die Chance, aus eigener Kraft seine Ideen und Ziele in Freiheit und eigenverantwortlich umzusetzen. Sie bietet gerade auch jungen Menschen die meisten Wahlmöglichkeiten für ihre Lebensplanung ...“ Jetzt glauben Sie, liebe Leserinnen und Leser, das sei mißlungene Satire vom Zwischenrufer, was Sie da gerade mit wachsender Verwunderung zur Kenntnis genommen haben. So zynisch, aber auch so bestuift, werden Sie sagen, können die von der INSM doch gar nicht sein. Doch, doch, das ist ein Originaltext des neoliberalen Agitprop. Die Wirklichkeit übertrifft mitunter die schärfste Satire.

Henrik Müller



Am **8. November um 10 Uhr** findet im Saal des Kabarets Breschke & Schuch, Wettiner Platz 10, in **Dresden** eine gemeinsame Festveranstaltung der sächsischen RF-Regionalgruppen zum

### 90. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands

statt. Festredner ist der Historiker **Günter Judick**, Velbert.

Das Programm gestalten der Schauspieler Reinhold Stövesand, der Singeclub „Ernesto Che Guevara“ und die Kabarettisten Breschke & Schuch.

**Mitglieder, Leser, Freunde und Sympathisanten sind herzlich eingeladen.**

# Aus Klassenkämpfern wurden zahnlose Tiger

## Unsere Darstellung des Kapitalismus stimmte, die des Sozialismus war oft geschönt

Beim Lesen des September-RF fiel mir eine Geschichte ein, die meine Frau vor einigen Jahren aus ihrer Schule mitbrachte. Als sich Kollegen über die Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems beklagten, meinte ausgerechnet der Religionslehrer: „Aber Herrschaften, das war vorauszu sehen. Wir wußten doch aus dem Parteilehrjahr ganz genau, wie es im Kapitalismus aussieht. Nur ...“ – und hier machte er eine Pause – „was uns über den Sozialismus erzählt wurde, stimmte leider nicht mit der Realität überein.“

Ich frage mich, warum es uns eigentlich nicht gelungen ist, die sozialistische Idee besser umzusetzen. Dieses „besser“ bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß wir ja auf einem guten Weg gewesen sind. Kapitalisten und Großgrundbesitzer waren entmachtet, die Ergebnisse der Arbeit der Werktätigen kamen jetzt denen zugute, welche die Werte schufen. Volksbildung und Gesundheitswesen entwickelten sich vorbildlich.

Was haben wir also falsch gemacht?

Für die in den 80er Jahren auftretenden Probleme in der Volkswirtschaft der DDR allein oder überwiegend der UdSSR die Schuld zu geben und für den zunehmenden Verlust der ideologischen Hoheit lediglich Gorbatschow verantwortlich zu machen, greift meiner Ansicht nach zu kurz.

In einem Telefonat mit Dr. Fritz Welsch, dem Verfasser des in derselben RF-Ausgabe erschienenen Beitrags „Kleinbürgerlicher Mief“ habe ich mir mit der Bemerkung, die Partei habe dieses Land ruiniert, Luft gemacht.

Natürlich ist das falsch. Oder doch nicht? Ich war ja auch die Partei.

Meiner Meinung nach haben wir viel zu lange zugelassen, daß der Apparat immer allmächtiger wurde. Nicht wenige seiner Mitarbeiter traten nach dem Motto auf „Ich bin die Partei“. Nicht nur um sich Vorteile zu verschaffen, die ihnen nicht zustanden. Sie erhoben sich vielfach auch über die gewählten Leitungen und bestimmten letztendlich sogar darüber, wer in den Grundeinheiten Funktionen bekleiden sollte. Ich habe es mehrfach erlebt, daß ihnen Instruktoren die Namen der zu wählenden Genossen oder der in Betracht kommenden Delegierten zu Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen überbrachten. Ob das immer dem Wunsch des zuständigen Sekretärs der übergeordneten Leitung entsprach und ob der Auftrag vom gewählten Sekretariat überhaupt sanktioniert war, sei dahingestellt. Mit innerparteilicher Demokratie hatte das natürlich nichts mehr zu tun.

Wir Genossen der Basis waren diesen Manipulationen gegenüber machtlos. Parteidisziplin war angesagt, und natürlich hatten die leitenden Genossen sowieso den besseren Überblick. Verweigerten sich da drei oder

vier Mann, sprach man schnell von Fraktionsbildung. Das aber war parteischädigend. Aussprachen folgten. Das Ergebnis: Asche aufs Haupt und Reue zeigen. Anderenfalls drohten Parteiverfahren, die oft das Ende der politischen oder beruflichen Laufbahn bedeuteten.

Ich erinnere an den Leserbrief von Genossen Kierstein im August-RF: Als man den Kreissekretär nach einer ehrlichen Einschätzung der Lage vor die Alternative stellte, seinen



Bericht zu schönen oder abgelöst zu werden, wählte er den für ihn bequemeren Weg. Schaden nahm die Partei.

Als sich die wirtschaftliche Situation immer mehr zuspitzte, wäre es höchste Zeit gewesen, dem Volk, wie in Kuba üblich, reinen Wein einzuschenken und gemeinsam mit ihm nach Wegen zur Veränderung der Lage zu suchen. Dazu hatte die Parteiführung offensichtlich nicht den Mut. Für mich wird damit auch klar, daß sie kein hinreichendes Vertrauen zu den Massen besaß. Sie war ja nicht einmal bereit und willens, das Millionienheer der Genossen zu mobilisieren.

Statt dessen wurden die Journalisten angehalten, ständig neue wirtschaftliche und politische Erfolge zu verkünden. Das kostete die Partei endgültig die Hoheit auf dem Gebiet der Ideologie. „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht.“

Diese alte Volksweisheit bestätigte sich erneut. Wir verloren jeden Tag ein Stück mehr Vertrauen. Ich habe die verzweifelt Staatsbürgerkunde-Lehrer erlebt, die von ihren Schülern verhöhnt wurden, weil sie gegen besseres eigenes Wissen Positionen vertreten sollten, die längst nicht mehr der Wirklichkeit entsprachen.

So büßten wir unsere Glaubwürdigkeit ein. Dies, vor allem aber auch die geschickte

Arbeit der imperialistischen Massenmedien, von denen wir täglich vorgeführt wurden, leiteten Wasser auf die Mühlen der kleinbürgerlichen Elemente in unserer Gesellschaft.

Jahrelang schwelende Konflikte brachen auf. Bei den einen war es die Wut über die Einführung der Intershops, wodurch die Gesellschaft in D-Mark-Besitzer und Nichtbesitzer zerfiel. Sie hatten zwar Marx und Engels auf ihrer Banknote, konnten sich dafür aber weder Meister Propper noch eine Marken-Jeans kaufen.

Andere reagierten mit Unmut auf die Einführung der Exquisit- und Delikat-Läden, in denen die Besserverdienenden (zu denen auch viele Funktionäre gehörten) qualitativ hochwertigere Artikel zu entsprechenden Preisen erwerben konnten. Hinzu kam, daß auch dort vieles gar nicht erst über den Ladentisch ging.

Die Massenflucht vor allem junger Menschen, denen in der DDR buchstäblich alle Möglichkeiten offenstanden, war das letzte Signal an die Partei, verkrustete Strukturen endlich aufzubrechen und die innerparteiliche Demokratie wiederherzustellen.

Diese wahrlich revolutionäre Aktion hätte von unten kommen müssen. Es erwies sich als ein verhängnisvoller Fehler, das Feld dem Gegner zu überlassen. Doch leider waren wir in den 80er Jahren oftmals zu zahnlosen Tigern geworden. Wir hatten zu kämpfen verlernt, woran die Genossen des Politbüros nicht ganz schuldlos waren.

Günter Glante, Gera

Auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe im **Chemnitzer Rothaus**, Lohstraße 2, spricht am **29. November um 10 Uhr** der Vorsitzende der GRH e. V. **Dr. Hans Bauer**, Berlin, über das Thema

**Menschenrecht – Klassenrecht**

Einer der Mitbegründer des „RotFuchs“, der ehemalige Buchwaldhäftling und Pressechef der Volkskammer der DDR,

**Herbert Thomas**

vollendet am 29. November sein 96. Lebensjahr.

**Wir grüßen den treuen Kommunisten und liebenswerten Menschen in Freundschaft und Solidarität.**



# Vorpommern als Endlager

## Strahlende Zukunft statt „blühender Landschaften“

Mir wurde seinerzeit ziemlich mulmig, als der den „Vater der deutschen Einheit“ gebende Bundeskanzler Kohl 1991 im MDR-Fernsehen den vormaligen DDR-Bürgern im Brustton der Überzeugung versprach, „daß wir in den nächsten drei bis vier Jahren in den neuen Bundesländern blühende Landschaften gestalten werden“.

Ich stieß mich weniger an der Blütenidylle, die Kohl malte – Politikergeschwätz ist erfahrungsgemäß selten zu trauen. Was mich jedoch aufschreckte, war der Zeitrahmen, mit dem Kohl hantierte. Der nämlich weckte schlimme Erinnerung in mir – an eine Zeitvorgabe, die ich als Schuljunge vernahm. Damals hatte ein sich noch als Reichskanzler bezeichnender Amtsvorgänger Kohls dem deutschen Volk verkündet: „Gebt mir vier Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen.“ Das war Hitler. Man ließ ihm nicht bloß vier, sondern ein Dutzend Jahre. An deren Ende stand dann tatsächlich die totale Veränderung: „Großdeutschland“ war erheblich geschrumpft, seine Städte lagen in Trümmern, man zählte viele Millionen Kriegstote, nahezu ganz Europa war verwüstet und der deutsche Name weltweit mit Schande bedeckt.

Obwohl davon ausgegangen werden konnte, daß Kanzler Kohl vergleichbares Unheil nicht über „Deutschland, einig Vaterland“ zu bringen gedachte, stand von Beginn an fest: Die von ihm zugesagten „blühenden Landschaften“ würden eine Fata Morgana bleiben. Und in der Tat: Nach Ablauf der Terminzusage befand sich dort, wo zuvor das Industrieland DDR existierte, statt der von Kohl versprochenen Idylle eine flächendeckende Industriebrache. Der falsche Prophet aber, dessen Verheißung sich als ungedeckter Scheck erwiesen hatte, stand nun als Lügner vor den Betrogenen, die ihm auf den Leim gegangen waren.

Dabei hätte Kohl das gar nicht riskieren müssen. Er wurde, was seine damalige Wortwahl angeht, möglicherweise nur schlecht beraten. Denn wenn er, statt „Blüten“ unters Volk zu streuen, eine „strahlende Zukunft“ in Aussicht gestellt hätte, könnte ihm heute niemand den Vorwurf der Unaufrichtigkeit machen. Denn schon damals befaßte man sich, wenn auch klammheimlich mit Konzepten, die dem Osten Deutschlands eine solche Perspektive zudachten. Jetzt, zwei Jahrzehnte später, soll sie Realität werden. Zwar in anderer Form als ursprünglich beabsichtigt, jedoch nicht minder folgenreich. Denn bei den Strahlen, die dieser Zukunft ihren „Glanz“ geben sollen, handelt es sich um jene hochgefährlichen, die bei der Nutzung von Kernkraft entstehen.

Doch der Reihe nach: Per Zufall bekam ich ganz persönlich Tuchfühlung mit dieser „Perspektive“. Wie das seinerzeit vielen erging, endete das Berufsleben auch für mich abrupt mit dem Übergang in den sogenannten Vorruhestand. Angeblich nicht

mehr gebraucht zu werden und auf karge Vor-Rente angewiesen sein, das war schon bitter. Doch plötzlich erhielt ich ein überraschendes Angebot. Mir wurde ein fester und „hochdotierter“ Arbeitsplatz in Aussicht gestellt. Übermittler dieser verlockenden Offerte war ein Mann, den ich im Präsidium des Anglerverbandes kennengelernt und mit dem ich einst so manchen Hecht gefangen hatte. Jetzt ging der darauf aus, mich an den Haken zu bekommen: Er könne mich für eine „Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsar-



beit“ anheuern. Die habe im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts des BRD-Energiekonzerns PreussenElektra und des (damals noch existenten) DDR-Kraftwerksanlagenbaus die Aufgabe, unter den Bewohnern des Ostens „die richtige Stimmungslage“ für ein 50-Milliarden-DM-Vorhaben zu schaffen: Bei dem gehe es darum, sämtliche künftigen Neubauten von Kernkraftwerken auf DDR-Territorium zu errichten. „Drüben“, in der alten Bundesrepublik, sei das nämlich wegen des Widerstandes der Bundesbürger politisch nicht mehr durchsetzbar.

Meine Antwort bestand in einer Frage: Ob der Emissär der Atomlobby schon mal den Namen Tschernobyl gehört habe? Und falls das zuträfe, ob er dann begreifen könne, daß ich selbst bei noch so lukrativem Gehaltsangebot nicht bereit sei, beim Ausliefern meines bisherigen Staates an diese Kernkraftmafia mitzuwirken. Der neuerliche „Angler“ beschimpfte mich wütend, wir schieden in Unfrieden.

Seitdem sind fast 20 Jahre vergangen. Der Neubau irgendwelcher Atommeiler in der BRD – ob in West oder Ost – ist endgültig passé. Wenn auch mit etlichen Kompromissen nur und langwierig angelegt, ist der Atomausstieg hierzulande Gesetz. Obwohl die Kernkraftlobby, insbesondere von CDU-Kreisen unterstützt, immer wieder Versuche unternimmt, gesetzliche Festlegungen wie Laufzeiten der Meiler auszuhebeln, dürfte es kaum möglich sein, eine bundesdeutsche Kernkraft-Renaissance durchzusetzen. Der Widerstand der Öffentlichkeit ist einfach zu groß. Was jedoch bleibt, ist das Problem, für die Hinterlassenschaft der Atomwirtschaft – hochradioaktives Material – eine Lösung zu finden. Anders gesagt: den Atommüll mittels sicherer Lagerung zu entsorgen.

In Lubmin, wo sich früher das große DDR-Kernkraftwerk befand, war zu diesem Zweck ein Zwischenlager eingerichtet worden. Es sollte ausschließlich zur Auf-

nahme von Kernbrennstoffen dienen, die aus den stillgelegten DDR-KKW Lubmin und Rheinsberg anfielen. Vom Bundesamt für Strahlenschutz war die Genehmigung mit der Zusage verbunden worden, daß es in Lubmin keine Lagerung atomarer Brennelemente aus den alten Bundesländern oder gar hochradioaktiver Glaskokillen aus der Wiederaufarbeitung geben werde. Doch inzwischen hat eine Kumpanei aus altpolnischen Kernkraftpolitikern und deren hiesigen Komplizen Schritt für Schritt aus Lubmin eine Annahmestelle für atomare Müll aus ganz Deutschland gemacht. Nachdem die SPD/CDU-Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern der Einlagerung radioaktiv belasteter Großteile aus Atommeilern anderer Bundesländer schon zugestimmt hatte, sollen nun – voraussichtlich ab 2009 – bestrahlte Brennstäbe aus den bundeseigenen Forschungszentren Karlsruhe und Geesthacht folgen. Vorgesehen sei u. a., eine „hochradioaktive und sehr gefährliche Suppe“, abgefüllt in 130 Glasblöcke in Edelstahlbehältern (Castoren), in Lubmin zu deponieren – zwecks Endlagerung.

Experten von Umweltschutzorganisationen wie Robin Wood warnen vor den Sicherheitsrisiken, die das heraufbeschwört. Im Falle einer Brandkatastrophe könnten die eingelagerten Castoren „durchknallen“ und verheerende Folgen nach sich ziehen, schlimmer noch als das Desaster von Tschernobyl.

All das ficht die politisch dafür Verantwortlichen offenkundig nicht an. Die im Besitz des Bundes befindlichen Kernbrennstoffe und -abfälle sollen, wie zu vernehmen ist, in Lubmin konzentriert werden. Vorpommern würde damit das „Atomklo“ Deutschlands. Symptomatisch für die „Resteverwertung“ der DDR und die Mißachtung der in der Region lebenden Menschen. In der Schweriner Staatskanzlei aber legt man größten Wert darauf, Mecklenburg-Vorpommern als das Urlaubsland anzupreisen. Welche Anziehungskraft für potentielle Feriengäste jedoch von der Aussicht ausgehen dürfte, in der Nachbarschaft einer Atommüllkippe die Beine ins Ostseewasser stecken zu müssen, liegt auf der Hand.

Wolfgang Clausner

Am 18. November um 16 Uhr spricht Prof. Dr. Christa Luft im Kulturhaus der Stadt Bitterfeld-Wolfen (Ortsteil Wolfen) auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe über das Thema

Einige Aspekte und Hintergründe der gegenwärtigen Finanzkrise

# Kampf um die Freie Heide

## Über Leute, die den Möchtegern-Bombenwerfern die Zähne zeigen

Als die UdSSR – Partner des 4+2-Abkommens – ihre Soldaten, die zuvor den Status einer Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) besessen hatten, im August 1992 vom vormaligen DDR-Gebiet heimholte, leistete sie einen einseitigen Beitrag zur militärischen Entspannung in Europa. Die Sowjetarmee räumte auch ihre Übungsgebiete. Zunächst träumten die Anwohner der malerischen Heidelandschaften davon, ihre Tourismus- und Erholungsreviere nun für zivile Zwecke nutzen zu können.

Doch sie hatten die Rechnung ohne den neuen Wirt – die NATO und die Bundeswehr der BRD – gemacht, die das entstandene Vakuum sofort für ihre Osterweiterung nutzten. Damit begann die neue Phase des Widerstands gegen die nunmehr imperialistische Obrigkeit. Waren die Menschen zu DDR-Zeiten mit häufigem Gefechtslärm und rigider Abriegelung nicht glücklich gewesen, so sahen sie sich jetzt einer völlig anderen Gesellschaftsordnung gegenüber. Von diesem Zeitpunkt an wurde es ihr Ziel, die Colpitz-Letzlinger und die Kyritz-Ruppiner Heide statt der militärischen einer friedlichen Nutzung zuzuführen. Beide Gegenden sind Regionen mit unwiederbringlichen Naturschätzen. Die Colpitz-Letzlinger Heide ist das größte unbewohnte Gebiet Deutschlands mit einem

geschlossenen Lindenwald, den es sonst nirgends in Europa mehr gibt. Das aber stört die jetzigen Machthaber in keiner Weise. Diese Heide soll mit einem 1,3-Milliarden-Euro-Aufwand zum modernsten Truppenübungsplatz der NATO ausgebaut werden. Das neu gebildete Netzwerk Friedenskooperative hält dagegen. Sein Ostermarsch-Motto 1999 lautete: „Für uns gehört der Widerstand gegen alle Formen der Militarisierung, der Rüstung und gegen Kriege unlösbar zum sozialen und antifaschistischen Widerstand.“

Am 23. August 1992 entstand in der Kyritz-Ruppiner Heide die Bürgerinitiative FREIEHEIDE. Pfarrer Benedikt Schirge ist ihr Pressesprecher und erhielt für sein Engagement als Bombodrom-Gegner sogar den Brandenburgischen Verdienstorden. Mehrere Initiativen, u. a. Rosa Heide, Aktionsgemeinschaft Freier Himmel, Unternehmervereinigung Pro Heide zwangen die Landesregierung und den Landtag in Potsdam sowie den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern mit ihren ständigen Protestaktionen zu dem Bekenntnis, sich für die friedliche Nutzung dieses Gebiets einsetzen zu wollen. Mit mehr als 20 Klagen wehren sich die anliegenden Gemeinden bisher erfolgreich, daß auf dem 144 Quadratkilometer großen Gelände Bombenabwürfe trainiert werden. Den BRD-„Verteidigungsministern“

– von Rüge bis Jung – zeigt solcherlei hartnäckige Entschlossenheit die Grenzen ihrer Macht.

Eine bemerkenswerte Gastansprache hielt zur 23. Protestwanderung am 4. September 1994 in der Kirche Flecken Zechlin der Templiner Pfarrer Horst Kasner. Unter Bezugnahme auf die Wahnsinnsbehauptung, Kriegsübungen dieser Art gehörten nun einmal zur Normalität, sagte der Geistliche: „In der Politik steht eine Wende an. Um des künftigen Friedens willen in der Welt brauchen wir nicht Bomben, sondern Brot. Dieser ehemalige ‚Kriegsschauplatz‘ in der Kyritz-Ruppiner Heide muß wieder eine normale Landschaft werden. Wer das fordert, ist normal. Und wer hier Bomben abwerfen will, ist wahnsinnig.“

Pfarrer Kasner gelangte zu der den Nagel auf den Kopf treffenden Aussage: „Für die heute fälligen politischen Entscheidungen ist ein hohes Maß an Intelligenz erforderlich. Dem sind Politiker in der Regel nicht gewachsen. Ihr geistiger Horizont ... ist begrenzt. Sie sind mehr Macher als Denker. Und vor allem verstehen sie sich auf die Macht.“ 14 Jahre nach dieser Rede kann man Kasners Feststellung als geradezu prophetisch bezeichnen: Der Kampf um die FREIEHEIDE geht weiter.

Manfred Holfert, Löbau

# Schreibtischregenten und Vorbilder

## Ergänzendes zum Beitrag Walter Ruges

Der Beitrag des von mir sehr geschätzten Genossen Walter Ruge im September-RF hat mich durchaus beeindruckt. Ich versuche hier einige Ergänzungen, die Selbsterlebtes einbringen.

Zur Frage des „mangelnden Eigentümerbewußtseins der Werktätigen“: Das gab es tatsächlich, und zwar in nicht geringem Maße. Ich möchte Beispiele aus meiner Tätigkeit als Brigadier und LPG-Vorsitzender nennen: Landeinbringer, die am Jahresende je nach Höhe der erzielten Erträge für ihre in die LPG mitgebrachten Flächen sogenannte Bodenanteile ausgezahlt bekamen, hatten in der Regel ein weitaus stärkeres Interesse an der Ertragssteigerung als Arbeiter oder solche LPG-Mitglieder, die ohne Land eingetreten waren. Leiter, welche durch ihre Vorbildwirkung andere im Arbeitselan mitrissen, erzielten meist größere Erfolge in ihrem Betrieb als solche, die nur vom Schreibtisch aus „regierten“.

Wenn Walter Ruge allerdings das Überziehen der Mittagspause oder das Einkaufen während der Arbeitszeit „ethisch“ und „humanistisch“ zu begründen sucht, dann habe ich aufgrund eigener Erfahrungen dafür kein Verständnis. Ich lernte selbst Leiter kennen, die mit

schlechtem Beispiel vorangingen. Sie mußten sich dann nicht wundern, wenn Traktoren ins LPG-Büro hineinplatzten und ein Betriebsauto verlangten, um in der nächsten Stadt während der Arbeitszeit Einkäufe zu machen, wie es ihnen der Vorsitzende Woche für Woche vormachte.

Natürlich gab es auch immer Genossen, Mitglieder der anderen Blockparteien und Parteiose, die sich – ohne materielle Vorteile zu erwarten – wie wirkliche Kommunisten verhielten und mit Idealismus vorangingen! Soll ich auch noch von denjenigen sprechen, welche ein Parteibuch in der Tasche hatten, mitunter aber eine Arbeit verweigerten? Einen Genossen aus der Maurerbrigade bat ich, mit seinen Kollegen eine Stallseite einzurüsten, weil die Dachrinne repariert werden mußte. Er antwortete mir auf sächsisch: „Mir sein Mäuer.“ Was sollte ich tun? Vom Rat des Kreises und der Kreisleitung der Partei erhielt ich nur eine Empfehlung: „Du mußt sie eben erziehen!“

Hier komme ich noch kurz auf das „Neue ökonomische System der Leitung und Planung der Volkswirtschaft“ zu sprechen, welches damals von Erich Apel entwickelt und von Walter Ulbricht gefördert wurde. Weniger

Direktiven von „oben“, mehr Eigenverantwortung sowie eine stärkere materielle Interessiertheit der Werktätigen gehörten zu seinen Kernpunkten. Uns kam das sehr entgegen, und wir haben manches davon eingeführt.

Doch was war das Ende vom Lied? Genosse Apel ging von selbst, Walter Ulbricht wurde mit Hilfe Moskaus abgelöst.

Was ich noch nicht erwähnt habe, sind die Diebstähle. Ich hatte einen Schwager, der in der Schmiede des Fortschritt-Werkes beschäftigt war. Wenn er mal nicht mit dem Betriebsbus zur Arbeit fuhr, sondern mit seiner Seitenwagenmaschine, dann hatte das stets nur einen Grund: Da war wieder etwas mitzunehmen. So wurden Gartenzäune, PKW-Anhänger und anderes aus „organisierendem“ Material daheim hergestellt und privat verkauft. Eigentümerbewußtsein? In vielen Fällen Fehlanzeige!

Fazit: Wir haben unzweifelhaft in den 40 Jahren DDR viel geschaffen und dazu beigetragen, den Weltfrieden zu erhalten. Wir hätten aber noch mal 40 Jahre gebraucht, um die Menschen im sozialistischen Sinne zu verändern.

Werner Döring, Hohnstein

# Jungs Militärpresse fordert Kriegsvölkerrecht

## Wertewandel in der Bundeswehr?

Jedem bleibt überlassen, wie er sein Urteil über Werte unserer Zeit zu artikulieren gedenkt. Major d. R. Klaus Schiele neigt nicht zu Umschreibungen. In der Bundeswehrzeitung „Y“ kommt er direkt zur Sache: „Deshalb sollten wir vor dem Krieg eine klare, verständliche und deutliche Sprache verwenden und von Kriegsvölkerrecht anstatt von humanitärem Völkerrecht sprechen. Egal, wer den Krieg führt, er ist nicht human.“

Im gleichen Blatt erhält ein Mann der BAT-Stiftung (British American Tobacco) das Wort zum Thema „Wertewandel“. Er zaubert ein urgroßmütterliches Luftschloß: „Lieber glücklich als reich.“ Der Berater der Bundesregierung Prof. Horst W. Opaschowski vollendet dessen wertewandelnden Gedanken: „Für die meisten Bundesbürger heißt das: Mit Familie und Freunden in Frieden und ohne Sorgen leben zu können.“ Du lieber Gott, seit Jahrhunderten überantworten Eltern ihren Kindern den frommen Wunsch: „Ihr sollt es einmal besser haben als wir!“ Egal, ob Kaiser oder Kanzler. Der Alte Fritz machte sich einen Namen mit: „In meinem Staate kann jeder nach seiner Fassung selig werden“, worauf das Volk spöttelte: „Glaubt, was ihr wollt, aber zahlt, was ihr sollt!“ Kriege!

Hitlers Wahnvorstellungen vom deutschen Volk ohne Raum: „Was der Güte verweigert wird, hat eben die Faust sich zu nehmen.“ Kriege!

Kanzlerin Merkel: „Krieg ist immer das Versagen der Diplomatie.“ Wollte sie sich nicht „unserer eigenen Werte vergewissern“?

Übrigens: Die „Verteidigungsausgaben“ werden im Haushaltsjahr 2009 auf rund 31,1 Mrd. € angehoben. Dies entspricht einer Steigerung von rund 1,6 Mrd. € bzw. von mehr als 5 % gegenüber dem Haushalt 2008. Wozu? Zum Beispiel für die Anschaffung von 5500 neuen Kraftfahrzeugen (MAN TGA 18.360. + Mercedes Axor 1829 A) zum Stückpreis von etwa 65 000 Euro. Dafür „überläßt die Bundeswehr den irakischen Streitkräften Fahrzeuge und Material im Gesamtwert von 7,5 Millionen €“. Hinzu kommt die Bezahlung von 73 geordneten Transportflugzeugen des Typs A 400 M mit einem geschätzten Gesamtpreis von 8,6 Milliarden €. Die Bundeswehrzeitschrift „Y“ triumphiert: „Für eine aktiv gestaltende deutsche Sicherheitspolitik ist eine leistungsfähige Bundeswehr unverzichtbar. Dafür braucht sie eine angemessene materielle Ausstattung. Hier hat der Minister eine Trendwende erreicht.“ Gemeint ist Jung, mit dem der Frieden alt aussieht.

Auch innenpolitisch wird stillschweigend aufgerüstet. Stichwort: „Zivil-militärische Zusammenarbeit“.

„Bis Mitte 2007 sind in den Bundesländern 16 Landeskommandos der Bundeswehr in Dienst gestellt worden. Gleichzeitig wurden in den Kreisen, kreisfreien Städten

und Regierungsbezirken entsprechende Kommandos der Bundeswehr eingerichtet“, berichtet die Bundeswehrzeitung „Aktuell“. Um zwischen all den innenpolitisch aufrüstenden Einheiten kommunizieren zu können, wurde ab zweites Halbjahr 2008 für „circa 23 Millionen € das Mobile Kommunikationssystem Bundeswehr an die Truppe ausgeliefert“.

Wie der Herr, so's Gescherr! Unsere „westlichen Werte“ müssen die Afghanen erst lernen: mit Polizisten und Soldaten. „Knapp 6000 OEF-Soldaten (Operation Enduring Freedom) sind ausschließlich mit Militär- und Polizeiausbildung betraut.“ Getarnt als „Entwicklungshilfe“, wird dieser Ausgabeposten allein für Afghanistan jährlich erhöht, auch im Haushalt 2009.

Überdies entwickle sich „der Staatsbürger in Uniform zu einem Exportschlager“, vermeldet „if, die Zeitschrift für Innere Führung“ der Bundeswehr. Nur so versteht es sich, daß Militärfarrer Thomas Hartmann (Wiesbaden) für den künftigen Export Sorge trägt und ein „Recht auf Killerspiele“ am PC fordert: „Wenn Jungen nicht mit Waffen spielen dürfen, macht das die Welt nicht automatisch friedlicher.“ Bislang sind fast 200 „Aufbauhelfer“ der internationalen „Friedenstruppe“ ums Leben gekommen. Alt-Bundeskanzler Schmidt krächte unlängst bei der Rekrutenvereidigung vor dem Reichstag: „Ihr könnt Euch darauf verlassen: Dieser Staat wird Euch nicht mißbrauchen.“ Immerhin stellt Minister Jung schon Orden für neue

weltweite Heldentaten „unserer Jungs“ in Aussicht!

Welche Energie verwendet die derzeitige Bundesregierung auf ihre grundgesetzwidrigen Auslandseinsätze! Werden wir deshalb durch höhere Energiepreise abgezockt, an denen der kriegführende Staat mitverdient? Aber da gibt es doch in den Aufsichtsräten der vier Energie-Monopolisten – Vattenfall, e-on, EnBW und RWE – „Arbeitnehmer“vertreter, deren Vergütung keine Bagatelle ist. Manche früheren Gewerkschaftsführer – so Klaus Zwickel und Franz Steinkühler – vergaßen plötzlich ihre Herkunft und stolperten über lukrative „Nebenposten“. Im Internet läßt sich z. B. unter „RWE-Aufsichtsrats-Tantiemen“ die Bemerkung finden: „Darüber hinaus haben Mitglieder des Aufsichtsrats Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften in Höhe von 194 000 Euro erhalten.“ Wie wäre es, wenn die Gewerkschaftsführer den Mut aufbrächten, in den Aufsichtsräten gegen jede weitere Erhöhung der Preise den Aufstand zu proben? Wie wäre es, wenn sie die ihnen vertrauenden Mitglieder und Sympathisanten einfach gegen die Preistreiberei der Energiekonzerne auf die Straße riefen? Und wie wäre es, wenn sie gegen die Kriege und Kriegsbeteiligungen, die aus den hohen Energiekosten mitfinanziert werden, endlich Front machen würden?

Das wird wohl nicht geschehen. Deshalb gilt auch für 2009 die Parole: Weiter Strammstehen für die Bundeswehr.

Hans Horn

## In eigener Sache Eine Gänsekeule für den „RotFuchs“?

Wenn es heute im rabenschwarzen deutschen Fürchtewald einen durch die Finsterlinge nicht ins Bockshorn zu jagenden „RotFuchs“ gibt, dann ist das einer einzigen Tatsache geschuldet: der seit fast elf Jahren unablässig geübten Solidarität der großen Schar seiner Freunde und Sympathisanten. Sie allein haben das kleine rote Blatt mit der großen Ausstrahlung, das über keinerlei finanzielles Hinterland verfügt, in schwerer Zeit über Wasser gehalten. Wir danken allen für dieses hohe Maß materieller und/oder moralischer Unterstützung!

Der „RotFuchs“ ist in der politischen Landschaft der monopolkapitalistischen, von faschistoiden Tendenzen immer mehr durchzogenen Bundesrepublik für den

politischen Kampf unverzichtbar. Damit er seine Stimme auch in Zukunft für die Zusammenführung von Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschaftern, linken Sozialdemokraten, fortschrittlichen Christen, einstigen Aktivisten aller Blockparteien und anderen aufgeschlossenen Demokraten noch lauter erheben kann, bitten wir Euch zu prüfen, ob Ihr dazu willens und in der Lage seid, unserer/Eurer Zeitschrift auch in diesem Jahr zu Weihnachten eine symbolische Gänsekeule zu spendieren. Wir brauchen wie eh und je Eure Hilfe, damit wir auch im 12. Jahr des RF-Bestehens die Kapitalistenbande, ihre Regierer und Kumpane wie bisher kraftvoll attackieren können.

Eure Redaktion

# Von der Palastschändung zur Schloßlüge

## Einziges Ziel: Die DDR vergessen machen

Am 7. Juli erfolgte der Auftakt zur letzten Etappe der endgültigen Beseitigung des Palastes der Republik. Zwei riesige Autokrane waren zur Demontage des ersten der 100 Tonnen schweren Träger der Dachkonstruktion über dem ehemaligen Großen Saal aufgeboden worden. Neben vielen

Schaulustigen gab es auch einen großen Medienauflauf. Außer anderen Sendern berichtete sogar die ARD in ihren Abendsendungen in Wort und Bild. Ich hatte den Eindruck, triumphierend.

Aus diesem Anlaß scheint es mir angebracht, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, welche Entstellungen – bis hin zu lügenhaften Behauptungen – es hinsichtlich der Nutzung des Palastes der Republik als „Haus des Volkes“ gab und noch immer gibt.

Da behauptet z. B. ein Klaus-Rüdiger Landowsky, ehemaliger Generalsekretär der Berliner CDU und früherer hautstädtischer Fraktionsvorsitzender dieser Partei, daß zum Palast der Republik nur etwa 25 Prozent der „DDR-Privilegierten“ Zugang hatten. Nur diesen wäre es möglich gewesen, überhaupt hineinzukommen.

Auf der Rückseite der Hülle einer von Icestorm 2007 herausgebrachten DVD „Palast der Republik“ begegnet man der Formulierung, daß „dieser Prachtbau den Bürgern der DDR gewidmet sein sollte“. Hier wird mit dem Wort „sollte“ bereits angedeutet, was mit dem Begleittext bezweckt wird. Ein Palast des Volkes „sollte“ es nur sein, war es aber angeblich nicht. Im Zusammenhang mit Veranstaltungen im „Großen Saal“ wird dann auf den gesamten Palast bezogen suggeriert – und Unwissende fallen darauf herein – daß es gar nicht so einfach gewesen sei, ins „Volkshaus“ vorzudringen. Danach wörtlich: „Nur mit einer Eintrittskarte, einer heiß begehrten, zu einer der kulturellen Veranstaltungen gelangte man ins Wunderwerk der Architektur.“

Der im vorigen Jahr ins Leben gerufene Freundeskreis „Palast der Republik“ wird in vielfältigster Art und Weise die Erinnerungen an das Haus des Volkes wachhalten.

Er führte von Juli bis September am Spreeufer gegenüber der Palastabrißbaustelle vielfältige Zeitzeugen-Interviews für ein

größeres Filmprojekt. Ein interessanter Nebeneffekt waren die deutlich zu vernehmenden Erläuterungen auf den vorüberfahrenden Ausflugsschiffen. Oftmals konnte man dabei den Kommentar vernehmen, die DDR-Oberen hätten das Hohenzollern-Stadtschloß sprengen lassen. Eine Lüge. Jeder

einigermaßen mit der Materie Vertraute weiß, daß nicht das Schloß, sondern dessen Ruine gesprengt wurde. Das Schlimme an dieser ganzen Sache ist, daß nicht nur Berliner Stadtbilderklärer diese Mär – mitunter im Gassen-Jargon „Ulbricht hat das Schloß gesprengt“ – verkünden, sondern auch weitaus ernster zu nehmende Leute. So der Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums, Prof. Dr. Hans Ottomeyer, der in der Sendung „Kunst und Krempel“ des Bayerischen Rundfunks behauptete, das Berliner Schloß sei von den DDR-Machthabern aus dem Wege geräumt worden, „um Platz für Aufmärsche zu schaffen“.

Was ist die geschichtliche Wahrheit? Das Schloß wurde am Ende des 2. Weltkrieges von anglo-amerikanischen Bombern zerstört. Die Mauern der Ruine brannten fünf Tage und Nächte. Das Gebäude war mit einem derartigen Vernichtungsgrad kaum wieder aufbaufähig. Selbst wenn die Möglichkeit – mit einem riesigen Aufwand verbunden – bestanden hätte, muß doch wohl die Feststellung gestattet sein, daß in einer so schwierigen Zeit wie der nach dem 2. Weltkrieg andere Aufbauprioritäten gesetzt werden mußten als ausgerechnet die der Wiedererrichtung des Stadtschlösses.

Demnach war die Zerstörung dieses historischen Bauwerkes letztendlich ein Ergebnis des vom Hitlerfaschismus entfesselten 2. Weltkrieges.

Die Ankündigung der Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlösses ist eine propagandistische Irreführung der Menschen, die auch noch zu Spenden dafür aufgerufen werden. Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee (SPD) hat Bürger zur finanziellen Unterstützung des vorerst mit insgesamt 552 Millionen veranschlagten Baus des Humboldt-Forums in Berlin ermuntert. Behauptet wird, Tiefensee habe appelliert, für den Wiederaufbau des Stadtschlösses zu

spenden. Richtig ist, daß nicht das Schloß wiedererrichtet werden, sondern ein Humboldt-Forum als modernes interkulturelles Funktionsgebäude entstehen soll. Mit dem einstigen Hohenzollernschloß wird es im Prinzip nur gemeinsam haben, daß es dessen äußeren Grundmaßen entspricht. Auch der Palast der Republik mußte dafür weichen, obwohl er ohne weiteres – und dazu noch mit seinem hohen technischen Komfort und manchen Raffinessen – in diesen Neubau entsprechend hätte integriert werden können. Aber das durfte ja nicht sein. Nichts darf mehr an die DDR erinnern.

Aber noch einmal zurück zur propagandistischen Mache „Wiederaufbau des Berliner Schlosses“. Zumindest an drei Seiten des Humboldt-Forums soll die rekonstruierte historische Fassade des ehemaligen Schlosses angebracht werden. In die Gesamtkosten des neuen Baues sind 80 Millionen Euro für die Fassade einbezogen. Daß diese Summe – vor vielen Jahren einmal kalkuliert – durch die Zeit längst überholt ist, interessiert die „Schloßbefürworter“ nicht. Sie werden ihr blaues Wunder (nicht zu verwechseln mit der bekannten Dresdner Brücke) noch erleben.

Dieter Lämpe, Hoppegarten



**Der Freundeskreis Walter Womacka e.V.**  
(Tel. 030/22 41 58 69, [www.FKWW.de](http://www.FKWW.de))  
macht auf eine wichtige Ausstellung der  
**Galerie im Palais am Festungsgraben**  
**Berlin-Mitte** aufmerksam.

**Walter Womacka**  
– Menschen und Meer

Sie ist bis zum 22. 12. zwischen  
Mittwoch und Sonntag bei freiem Eintritt  
von 13 bis 19 Uhr geöffnet.

Am 19. November ist **Dr. Lothar Schröter**, Militärgeschichtler, bei den  
**Potsdamer „RotFüchsen“** zu Gast.  
Er spricht im Sternzeichen,  
Babelsberg, Galileistraße 37,  
zum Thema

**60 Jahre NATO**

Achtung: Beginn ist diesmal 16 Uhr.



# Impressionen einer Reise nach Santiago

## Chiles Luis Corvalán läßt deutsche Genossen grüßen

Nach 13stündigem Flug von Madrid landete ich zum ersten Mal seit 25 Jahren wieder auf dem Flugplatz von Santiago de Chile. Ein neues großzügiges Airport-Gebäude und eine langwierige gründliche Einreisekontrolle zählten zu den Eindrücken am Beginn. Auf der Fahrt in die Stadt zeigten mir Freunde Straßen, die ich noch nicht kannte, und viele Gebäude, welche in den letzten Jahren errichtet worden sind. Ich spürte bei ihren Erklärungen einen gewissen Stolz auf das, was sich im Land inzwischen getan hat. Im Zentrum Santiagos ist mehr oder weniger alles beim alten – im Unterschied zu anderen Stadtteilen. Die Kathedrale, das Hauptpostamt, der Nationalkongreß und die Moneda als Sitz des Präsidenten wirkten vertraut.

Am nächsten Tag fuhr ich in das Barrio Alto – den Oberbezirk –, also dorthin, wo sich früher die Botschaft, unsere Handelspolitische Abteilung und die Schule der DDR befanden. Auch wir lebten in dieser Gegend. Erstaunt sah ich, daß alles auffallend anders geworden ist. An der Stelle unser einstigen Bauten stehen jetzt riesige Hochhäuser. Ein imposanter Glaspalast, umgeben von anderen Meisterwerken der Architektur, läßt den früheren Standort unserer Vertretung nur noch vermuten.

In ganz Chile, besonders in der Metropole, gibt es seit Jahrzehnten einen beachtlichen Bauboom. Der finanzielle Aufschwung, durch einen langfristig hohen Weltmarktpreis für Kupfer und andere Bergbauprodukte, den Handel mit Rohstoffen und Nahrungsgütern, nicht zuletzt aber durch den Tourismus bedingt, hat Chile eine erstaunliche Konjunktur beschert. Vermehrt einfließendes ausländisches und mächtiger gewordenen nationales Kapital haben Infrastruktur und Bauwesen spürbar gestärkt.

Im Barrio Alto herrscht eine Atmosphäre gekünstelter Vornehmheit, die im scharfen Kontrast zur bescheidenen Lebensart der meisten Chilenen steht. Trotz sehr entwickelter Produktionszweige, einer prosperierenden Landwirtschaft und Fischerei sowie eines gestärkten Handelsnetzes sind die Haupttriebkraft in einer überhitzten Geldzirkulation und im unablässig einfließenden „Heuschrecken“-Kapital zu suchen. Die maßlose Privatisierungswelle in allen Bereichen hat es angelockt. So bildete sich eine teils autonome, aber auch abhängige Klasse chilenischer Kapitalisten heraus, die von ausländischen Finanzkonsortien und Geldströmen flankiert wird. Sie treibt die Konjunktur künstlich an. Hiervon profitieren überdies die in Chile immer schon einflußreichen Mittelschichten und – am Rande – auch einfache Leute.

Unter den geschilderten Bedingungen – ihre forcierte Herbeiführung war sicher auch ein später Reflex auf die Ära Allende – sind die konsequenten Linkskräfte zu einer zahlen- und einflußmäßig kleinen Gruppe

geschrumpft. Die einst kampfstarke Kommunistische Partei Chiles, die bei Wahlen fast immer etwa 20 Prozent der Stimmen erhielt, liegt jetzt als Teil eines Bündnisses bei knapp einem Viertel davon. Innere Zerwürfnisse, Probleme in Strategie und Taktik, unerfahrene Kader und Subjektivismus wurden mir als Gründe für die derzeitige Schwäche der Linken genannt. Die zeitweilige Niederlage des Sozialis-



Luis Corvalán im Sommer 2008

Foto: Rudolf Herz

mus in Europa, besonders in der DDR, wo viele chilenische Emigranten gelebt haben, hat Hoffnungen geschmälert. Das früher ungekannte Streben nach Befriedigung persönlicher Bedürfnisse – durch die hochgezüchtete Kommerzialisierung herausgefordert – hat bei vielen früheren Anhängern der Unidad Popular, die sich im Exil solide Kenntnisse aneignen konnten und heute vor allem als Mitglieder der Sozialistischen Partei in einflußreichen Positionen auch auf Regierungsebene zu finden sind, politische Irritationen hervorgerufen. Die maßlose Manipulation der Chilenen durch die bourgeoisen Medien treibt diesen Prozeß voran.

Der wirtschaftliche Aufschwung beruht vor allem darauf, daß Chile über mehr als ein Drittel der Weltkupfervorräte verfügt, wodurch dem Staat enorme Gewinne zufließen. Bezieher chilenischer Exporterzeugnisse sind vor allem Japan, China, Südkorea „auf der anderen Seite“ des Pazifik. Die relativ kurzen Transportwege per Schiff begünstigen den Warenaustausch.

Allerdings registriert man auch in Chile eine Tendenz zur Verknappung von Rohstoffen und Grundnahrungsmitteln, was erhebliche Preissteigerungen nach sich gezogen hat. Diese wird sich fortsetzen.

Innenpolitisch bietet Chiles Regierung der „concertacion“ mit einem „Mitte-links-Image“ allerdings noch die Gewähr mittelfristiger Stabilität. Für „komplizierte Situationen“ steht das auf dieser Strecke erfahrene Militär notfalls bereit. Unter General Pinochet hat es ja schon einmal gezeigt, wozu es fähig ist.

Von der Erkenntnis, daß die Ausbeutung der nationalen Ressourcen vor allem den einheimischen und ausländischen Finanzmagnaten zugute kommt, sind die meisten Chilenen bewußtseinsmäßig noch weit entfernt. Dennoch gab es beachtliche Proteste, z. B. gegen die Lage im Bildungswesen, und erste Streiks der Kupferbergleute für bessere Arbeitsbedingungen. Massenaktionen gegen die Verteuerung – vor allem auch von Treibstoff und Energie – gehörten zum Bild des insgesamt noch schwachen Widerstands. Die von den bürgerlichen Medien weiter angeheizte Konsumpsychose und der relativ hohe Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten machen die Gewinnung der Chilenen für gesellschaftsverändernde Kämpfe schwer.

Luis Corvalán, den 92jährigen legendären Führer der chilenischen Kommunisten in den 70er und 80er Jahren, besuchte ich gemeinsam mit der in Santiago lebenden RF-Leserin Margot Honecker. Wir fanden ihn guten Mutes. Er verwies auf Entwicklungen in China, Kuba und einigen Ländern Lateinamerikas. Es sei noch zu früh, überall bereits vom künftigen Triumph des Sozialismus zu sprechen, doch gehe es trotz ernster Rückschläge insgesamt voran. Als besonders bedeutsam bezeichnete Genosse Corvalán die Tatsache, daß den USA der uneingeschränkte Einfluß auf die politische Entwicklung in wichtigen Ländern der westlichen Hemisphäre entzogen worden sei. Die Kommunisten brauchten jetzt Geduld und einen klaren Kopf.

Den „Zorro Rojo“ – den „RotFuchs“ – bezeichnete der kampfgeübte chilenische Genosse als eine interessante Initiative, die den derzeitigen Bedingungen in der BRD Rechnung trage. Luis Corvalán ließ alle Mitstreiter des RF grüßen und regte an, geeignete Inhalte aus der Zeitschrift auch in Chile zu verbreiten.

Rudolf Herz

Im RF 126/Extra, S. II, wurde im Artikel von Prof. Dr. Georg Grasnick über „Menschenrechtsimperialismus“ der Name des russischen „Oppositionspolitikers“ Garri Kasparow versehentlich mit Karpow angegeben. Wir bitten um Entschuldigung.

# Die Republik in der Axarquia

## Spanien: Ein KP-Bürgermeister sorgt für Furore

Die Straße zum Haus von José Antonio Poncé ist voller Schlaglöcher, das letzte Stück ungeteert. Poncé ist der Bürgermeister der Tausend-Seelen-Gemeinde El Borge in der Axarquia, einem kleinen Dorf, das sich zwischen die Naturparks Montes de Málaga und Sierra de Tejada y Almijara geklemmt hat. „Die Auffahrt zu meinem Haus wird als allerletzte repariert. Ich will nicht, daß irgend jemand behaupten kann, daß der Bürgermeister zuerst an sich denkt“, erklärt Poncé. Und solange die übrigen Straßen nicht gerichtet sind, muß er eben warten. Der schlanke junge Mann ist seit 15 Jahren Stadtvorsteher von El Borge. Kaum etwas liegt ihm mehr am Herzen als seine Gemeinde, wo er vor gut 40 Jahren geboren worden ist. Nur vielleicht Adler Atila und Papagei Kiki. Poncé hat beide von Bekannten bekommen, die sich nicht um die exotischen Haustiere kümmern konnten. Seitdem ist der Bürgermeister mit dem Adler auf dem Arm in den schmalen Straßen des Dorfs und in seinem Büro kein ungewöhnlicher Anblick. Den Papagei muß er aber zu Hause lassen, denn er krächzt zu laut und schreit nach seinem Herrchen, wenn er ihn im Rathaus doch mal allein lassen muß.

José Antonio Poncé ist Kommunist und Republikaner. In seinem Büro hängt kein Porträt des spanischen Königs, wie es hierzulande üblich ist, und er hat sein Dorf schon mal dazu aufgerufen, in einem Referendum die Dritte Republik zu fordern. Die Gemeinde ist sein Lebensprojekt, hier will er seinen Traum einer besseren Gesellschaft in Miniaturformat umsetzen. Schritt für Schritt will Poncé aus dem Dorf von Landwirten eine kommunistische Bastion machen. Daß sein Projekt schnell an die lokalen Grenzen stößt, ist ihm klar, aber weiter will er auch nicht kommen. Allerdings hat er vor einem Jahr die Präsidentschaft des Landkreises Axarquia übernommen. „Ich will vor allem transparente Politik machen und im Interesse der Bürger sprechen.“ Wenn dieser Satz aus dem Mund von Poncé kommt, klingt er so, als könne man ihm das auch glauben. Bei der letzten Wahl hat die konservative Volkspartei gerade mal fünf Stimmen erhalten, die Sozialisten hat Poncé wieder mit zehn Stimmen knapp auf die Oppositionsbank geschickt. „Ich würde nichts machen, was die anderen Dorfbewohner nicht gutheißen“, will Poncé klarstellen. Regelmäßig setzt er sich mit den Dorfbewohnern zusammen, er redet sowieso jeden Tag mit ihnen. Die politischen Entscheidungen werden nicht allein im Gemeinderat getroffen. Bürgerbeteiligung gehört für den eigensinnigen Bürgermeister ganz selbstverständlich zur Politik. Die Bürger dürfen

Anfragen persönlich bei ihm vortragen, die Wartelisten sind lang. El Borge hat eine Schwestergemeinde auf Kuba. Die Insel ist das große Vorbild für den Bürgermeister. Als das Dorf vor ein paar Jahren feierlich die Hauptstraße auf den Namen Che Guevara umtaufte, waren ein paar Genossen aus dem Karibikstaat angereist. Poncé selbst ist oft in Cuba unterwegs, mit Fidel Castro hat er schon einmal persönlich gesprochen. Mit den vielen Restriktionen ist er natürlich nicht einverstanden, deshalb glaubt er auch mehr an seine eigene Republik. Aber nicht nur die Politik der Insel faszi-



niert ihn, vor kurzem hat er sogar einen Dokumentarfilm über kubanische Straßenmusiker gedreht. Geschichten erzählen ist eine andere große Leidenschaft des umtriebigen Bürgermeisters. Ein Buch mit Artikeln hat er letzters veröffentlicht, „Mit erhobener Faust“ heißt es. Zusätzlich zu dem offiziellen Radio- und Fernsehsender, der jeder Gemeinde per Gesetz zusteht, hat Poncé noch einen zweiten gegründet. Hier macht er persönlich mit ein paar engagierten Jugendlichen das Programm. Aber Poncé will nicht nur Geschichten erzählen, sondern auch selbst Teil der Geschichten sein. Und er hat ein Händchen dafür, wie er die Medien nach El Borge holt. Als er die Dorfstraße nach dem Hel den der ewigen Revolution benannt hat, kamen Reporter aus dem ganzen Land in die Axarquia. Noch medienwirksamer als die Straßentaufe war das Referendum gegen den Neoliberalismus. Da nahm sogar ein Journalist aus England den Weg nach El Borge auf sich, das Dorf

war schließlich das erste auf der Welt, das sich offiziell gegen diese politische Entwicklung aussprach. „Die Dorfbewohner haben vorher natürlich wenig davon gewußt“, gesteht Poncé ein. Aber er brauchte nicht lang, die Bürger für seine Sache zu gewinnen. Er hielt Vorträge, schrieb Flugblätter und schaffte es, daß mehr als 90 Prozent der Einwohner an die Urnen gingen. Die Einwohnerzahlen des kleinen Dorfs steigen ständig, nicht weil sich Immigranten in die strukturschwache Gegend verirren oder weil Impfungen in der Gemeinde gratis sind. Das Wohnungsbauprogramm von Poncé hat schon mehr damit zu tun. Er hat mit der Landesregierung ausgearbeitet, daß Jugendliche günstig in El Borge Kredite für Bauland bekommen, wenn sie hier mit eigenen Händen ein Haus errichten, Baumaterialien inklusive. „Man kann manchmal mehr erreichen, wenn man keine Kompromisse eingeht.“ Bestimmt nicht jeder Bürgermeister hat so viel Verhandlungsgeschick wie José Antonio Poncé.

*Aus der spanischen Zeitung „Sur“ (Deutsche Ausgabe) vom 12. Juni 2008. Eingesandt von unserem in Andalusien lebenden Leser Hans-Georg Ponesky*

Der Historiker **Günter Judick** (Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal) spricht am **6. November um 18 Uhr** im **Leipziger Liebknecht-Haus**, Braustraße 15, auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe über das Thema

### Die Machtfrage und die Novemberrevolution 1918

Leser, Freunde und Sympathisanten sind herzlich willkommen.

Am **23. November um 10 Uhr** spricht **Prof. Dr. Götz Dieckmann**, stellv. Vorsitzender des RF-Fördervereins, auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe **Frankfurt/Oder** in den Räumen der Volkssolidarität, Fürstenwalder Straße 24, über das Thema

### Die Qual der Wahl

# Großartiges Grenzlandtreffen in Mala Upa

## Rote Fahnen wehten auf dem Kamm des Riesengebirges

Wie in jedem Jahr kamen auch diesmal am letzten Augustwochenende Kommunisten, Sozialisten und andere Linksgesinnte aus der Tschechischen und der Slowakischen Republik, aus Polen und der BRD zum traditionellen Grenzlandtreffen nach Mala Upa.

Wir Chemnitzer reisten mit mehreren PKWs bereits am Freitag an. In unserer



Plakat der KP der Tschechoslowakei zum Parteitag im Jahre 1946

Unterkunft in Trutnov gab es schon am Abend vor dem großen Ereignis herzliche Begegnungen.

Am Sonnabend starteten wir dann mit einem Autobus hinauf nach Mala Upa. Die Genossen der KSCM aus Trutnov hatten die improvisierte Rednertribüne auf dem liebevoll vorbereiteten Veranstaltungsplatz mit roten Fahnen eingerahmt. Sitzreihen für etwa 200 Teilnehmer, eine Lautsprecheranlage und reichlich Sonnenschein gehörten zum äußeren Bild des Treffens.

Vor der Eröffnung des Meetings konnte man viele innige Begrüßungen unter Genossen beobachten. Unsere deutschen Teilnehmer kamen u. a. aus dem ostsächsischen Raum, aus Leipzig, Baden-Württemberg und Berlin. Viele schwenkten Fahnen. Ein junger tschechischer Genosse bat einen bereits ergrauten deutschen Arbeiterveteranen um dessen Thälmannbanner und stellte sich damit vor die Tribüne.

Die Redner aus den in Mala Upa vertretenen Ländern berichteten anschaulich von ihren politischen Kämpfen. So widersetzten sich die tschechischen Genossen entschieden der Errichtung einer amerikanischen Radaranlage auf ihrem Territorium, die mit den in Polen stationierten Raketen synchronisiert werden soll. Die Kommunistische Partei Polens, die sich vor einigen Jahren neu gegründet hat, ringt um ein höheres Maß an gesellschaftlicher Akzeptanz. In allen Reden wurde hervorgehoben, daß die imperialistische Globalisierung den großen Konzernen enorme Profite verschafft, während jene, welche die Gewinne erarbeiten, immer weniger bekommen. Bedauerlich ist vor allem, wie die Werktätigen verschiedener Nationen gegeneinander ausgespielt werden. Mit Produktionsverlagerungen in andere Länder erpressen die Konzerne ihre Beschäftigten, die dann zu immer neuen Zugeständnissen – weniger Lohn, längerer Arbeitszeit – gezwungen werden.

Mit ernster Besorgnis verwiesen mehrere Redner auf die vom Imperialismus nach der Niederlage sozialistischer Macht- und Eigentumsverhältnisse in Europa angezettelten bewaffneten Konflikte. Aggressionskriege werden wieder als probates Mittel betrachtet, um Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu behaupten oder zu erobern. Die Medien der Bourgeoisie spielen bei der Manipulation der Menschen in allen Teilnehmerländern des Treffens eine entscheidende Rolle. Ein polnischer Genosse berichtete, wie Sender und Zeitungen seines Landes den Überfall Georgiens auf Südossetien nutzten, um die antirussische Hysterie hochzupeitschen. Ähnlich verhielt es sich bekanntlich auch bei uns.

Die Redner von Mala Upa forderten die Kundgebungsteilnehmer auf, überall für die Zusammenführung linker Kräfte tätig zu werden, um der imperialistischen Globalisierung wirksamen Widerstand entgegenzusetzen zu können. In einem zweiten Teil des Meetings trat der bekannte und beliebte Dresdner Singeklub „Ernesto Che Guevara“ auf. Die Künstler trugen Kampflieder der internationalen Arbeiterbewegung vor. Nicht wenigen älteren Genossinnen und Genossen standen dabei die Tränen in den Augen. Ein bewegender Abschluß der Veranstaltung war der gemeinsame Gesang der Internationale.

Nach der Manifestation bestiegen einige Teilnehmer mit ihren Fahnen die Schneekoppe.

Am Abend hatten wir Sachsen noch ein freundschaftliches Treffen mit Genossen aus Tschechien und Baden-Württemberg. Wir tauschten Erinnerungsgeschenke aus, sprachen über aktuelle Entwicklungen in unseren Ländern und zogen die Bilanz des diesjährigen Treffens. Dabei stellten wir fest, daß sich leider kein repräsentativer Vertreter der Linkspartei in Mala Upa

eingefunden hatte. Immerhin waren aus Polen und Tschechien Parlamentarier und führende Funktionäre der linken Parteien zugegen. Wir möchten an dieser Stelle den Vorständen in Dresden und Berlin empfehlen, im kommenden Jahr die internationale linke Bewegung durch ihre Anwesenheit in Mala Upa zu unterstützen.

Am Tag nach der Begegnung auf dem Riesengebirgskamm besuchten wir im Grenzort Kralovec jenen Platz, auf dem Ernst Thälmann 1927 zu den Teilnehmern des Proletariattreffens dreier Länder gesprochen hatte. An einer Hauswand befindet sich hier eine Tafel, auf der in tschechischer und deutscher Sprache an die denkwürdigen Stunden vor 81 Jahren erinnert wird. Bevor unsere Gruppe die Heimfahrt antrat, begaben wir uns noch zum Grab des legendären tschechischen Kommunisten Bruno Fišer. Nicht zuletzt ihm ist es zu verdanken, daß nach den konterrevolutionären Ereignissen der Jahre 1989/90 das Grenzlandtreffen wiederbelebt worden ist. Einige von uns kannten Genossen Fišer persönlich. Er blieb seinen Idealen bis zuletzt treu und war ein großartiger Patriot und proletarischer Internationalist.

**Manfred Porstmann, Chemnitz**

Der legendäre Spanienkämpfer und Shoa-Überlebende

### Fritz Teppich

aus Berlin – Staboffizier der spanischen Volksarmee im Kampf gegen Hitler,

Mussolini und Franco – begeht am 26. November seinen 90. Geburtstag. Der profilierte Journalist und angesehene Buchautor ist dem „RotFuchs“ von Anbeginn fest verbunden.

Unser Kollektiv übermittelt dem gestandenen Freiheitskämpfer von ganzem Herzen freundschaftliche und revolutionäre Grüße.

**Wir trauern um unseren lang-jährigen Leser und eindrucksvollen Autor, den proletarischen Berliner Schriftsteller und kommunistischen Klassenkämpfer**

**Karl Mundstock**

**der am 31. August 93jährig verstorben ist.**

# Dorn im Auge Washingtons: Paraguays Lugo

## USA wühlen gegen Lateinamerikas linke Staatschefs

Die frühzeitigen Hinweise des paraguayischen Präsidenten Fernando Lugo zu ersten verschwörerischen Schritten gegen ihn offenbaren ein neues Phänomen: Die USA-Machthaber sind derart in Bedrängnis geraten, daß sie beschlossen haben, keine weitere unabhängige Regierung in der westlichen Hemisphäre zu ertragen.

Um gegen Venezuelas Präsidenten Hugo Chávez zu konspirieren, benötigten sie drei Jahre. Sein Mandat begann am 2. März 1999. Danach versuchten sie es bei Boliviens Evo Morales, dessen Mannschaft am 26. Januar 2006 antrat. Hier hielten sie es nur noch zehn Monate aus. Der Ekuadorianer Rafael Correa, der die Präsidentschaft am 15. März 2007 übernahm, mußte neun Monate warten, um den ersten Konspirationsversuch gegen sich zu bemerken.

Drei Jahre, zehn Monate, neun Monate. Dem Armenpriester Fernando Lugo, Volkspräsident von Paraguay, gönnten seine Feinde kaum drei Wochen.

Es handelte sich nicht allein um gewissermaßen unvermeidliche Militärverschwörungen, sondern um einen ganzen Komplex von Aktivitäten. Undurchsichtiges diplomatisches Abtasten, finanzieller Druck, verlockende Angebote, halb geheime Machenschaften im Rahmen des Freihandelsabkommens TLC, kurz alles, was zur Wiederherstellung ihrer Macht in der Hemisphäre führt, gehört dazu. Washingtons früherer Außenminister Henry Kissinger, der über Verschwörungen genauestens Bescheid weiß, definiert sie als „eine an die Globalisierung angepaßte Strategie mit vielfacher Wirkung“.

Die jüngsten Vorgänge in Paraguay enthüllen einerseits den Grad der Schwäche mafioser Gegner eines Umbruchs, die in den alten Strukturen

des Landes stecken, und zeigen andererseits das Ausmaß der Sprachlosigkeit, die diesen die Dreistigkeit erlaubt, die neue Regierung vom ersten Tag an herauszufordern. Sie nutzen das Fehlen einer mächtigen politischen und sozialen Bewegung aus, die Lugo zu verteidigen imstande wäre. Ihr Ziel heißt deshalb, ihn von Beginn an zu destabilisieren.

In Venezuela mußten sie so lange warten, bis Chávez im September 2001 von den „Gesetzen zur Vertiefung der Revolution“ sprach, mit denen das gesellschaftliche Recht auf Grund und Boden, auf Nationalisierung des Erdöls und andere für sie äußerst häßliche Dinge Gestalt annahmen. In den drei vorangegangenen Jahren setzte man sich zum Ziel, den Präsidenten zu kaufen, zu korrumpieren und im übrigen abzuwarten. Ich erinnere mich an die erhellende Erklärung von Pedro Carmona, dem Boß des venezolanischen Unternehmerverbandes, der noch im Juni 1999 erklärte: „Dieser Mann soll doch mit seiner bolivarianischen Verfassung und seinen aufrührerischen Reden machen, was er will, solange er das Erdöl nicht antastet und dieses Land nicht in Tumulte versetzt.“ Diese beiden Ängste führten dann zum Putsch vom 11. April 2002, bei dem Carmona für ganze anderthalb Tage zum Präsidenten Venezuelas aufsteigen durfte. Jetzt haben venezolanische Generäle ein neues Komplott angezettelt. Aber sie sind in Haft.

Für Boliviens Evo Morales begann die gefährliche Situation, die ihm im November 2006 die erste Verschwörung einbrachte, genau an dem Tage, an dem er das Erdgas nationalisierte. Es war nicht nur die Antwort der betroffenen multinationalen Konzerne mit Brasiliens Petrobras an der Spitze, sondern vor allem auch der Schreck, der die Gouverneure von Santa Cruz und anderen erdgasreichen Pro-

vinzen im Süden traf. Sie begriffen, daß Evo darauf hinarbeitete, ihnen die Kontrolle über diese Bodenschätze zu entziehen. Fünf Monate später, als sie sich bereits mit Agenten der US-Botschaft trafen, suchten sie Verbündete im Militär und bei der Kirche sowie die technische Unterstützung nordamerikanischer „Hilfsorganisationen“ und der CIA. Bald darauf wurde der USA-Botschafter zur persona non grata erklärt und ausgewiesen.

Bei Ekuadors Rafael Correa brach der Wutanfall seiner Gegner im von der Opposition beherrschten Parlament aus, dessen Widerstand ihn fast zur Entlassung von vier Ministern gezwungen hätte. Dieser wuchs mit der Entscheidung des Präsidenten, den U.S.-Stützpunkt Manta im Jahr 2009 zu schließen und infolge seines Willens, wie Chávez ein „Sozialist des 21. Jahrhunderts“ zu sein. Nach dem Angriff der Truppen des USA-hörigen kolumbianischen Präsidenten Uribe auf ekuadorianisches Gebiet stellte sich heraus, daß Correas Geheimdienstapparat mit CIA-Leuten durchsetzt war, von denen das kolumbianische Militär ständig mit internen Informationen versorgt wurde, was letztlich den Militärschlag gegen Ekuador ermöglichte.

Die Erinnerung an mehr als 300 imperialistisch gesteuerte Putsche, die im 20. Jahrhundert in Lateinamerika unternommen wurden, ruft uns den aufschlußreichen Satz in Erinnerung, daß die Geschichte „keine Lücke duldet – entweder sie schreitet voran, oder sie wird rückläufig“.

**Modesto Emilio Guerrero**

*Unser Autor ist ein venezolanischer Schriftsteller und Journalist. Er veröffentlichte u. a. die Biographie: „Wer erfand Chávez?“*

*Übersetzung: Isolda Bohler*

## Siegeschancen für die FMLN

### Vor Linkserfolg auch in El Salvador?

Das weitere Anwachsen der Gruppe linksregierter oder zumindest nicht weiter rechtslastiger Staaten Zentral- und Südamerikas bereitet Washington immer mehr Sorgen. Seitdem in Venezuela, Bolivien, Ekuador, Nicaragua und Paraguay Präsidentschaftsbewerber als Wahlsieger hervorgegangen sind, die soziale Umgestaltungen oder tatsächliche Reformen auf ihr Banner geschrieben haben, ist Kuba aus seiner bedrohlichen Isolierung befreit worden. Hinzu kommt, daß in den größten Staaten Südamerikas – Brasilien, Argentinien und Chile – bürgerliche Demokraten zu Präsidenten gewählt wurden. Dem Kabinett des Brasilianers Lula da Silva gehört sogar ein Kommunist an, wenn auch nur als Sportminister.

Jetzt zeichnet sich auch für den kleinsten mittelamerikanischen Festlandsstaat El

Salvador die Eventualität eines Linkssieges bei den im März 2009 anstehenden Präsidentschaftswahlen ab. Für die in eine politische Partei umgewandelte Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN), die aus einer langen Geschichte bewaffneten Kampfes gegen die Reaktion hervorgegangen ist, der mit dem Friedensabkommen von 1992 sein Ende fand, tritt diesmal der bekannte Journalist Mauricio Funes an. Der FMLN-Kandidat, der für ein demokratisches und antiimperialistisches Regime im derzeit durch rechte Parteien der Bourgeoisie und der Latifundistas verwalteten El Salvador kämpft, wird von den Kommunisten unterstützt.

Der gegenwärtige Präsident Antonio Saca gilt neben seinem mexikanischen Amtskollegen Felipe Calderón derzeit als der am meisten

USA-hörige Staatschef in der Region. Funes, der als Favorit gehandelt wird, hat bereits ein Regierungsprogramm vorgelegt, das von 31 Spezialteams ausgearbeitet worden ist. Seine Umsetzung soll das grassierende Elend im ärmsten Land Mittelamerikas schrittweise überwinden und die in den letzten Jahren um 56 % zurückgegangene Kaufkraft der Bevölkerung durch Verringerung der Arbeitslosigkeit wieder anheben. Kein leichtes Unterfangen, wenn man bedenkt, daß derzeit 58 % der Salvadorianer unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben. Jahr für Jahr sind deshalb 720 000 Menschen dazu gezwungen, ihr Brot weiter nördlich zu verdienen, während 70 % der Daheimgebliebenen von den Überweisungen dieser „Gastarbeiter“ leben.

**R. F., gestützt auf Radio Havanna**



# Julius Rosenberg, standhafter Kommunist und kühner Kundschafter

## Hinrichtung wegen Atomspionage war ein Justizmord

In diesem Sommer – am 19. Juni – jährte sich zum 55. Mal der Tag, an dem die amerikanischen Antifaschisten Ethel und Julius Rosenberg trotz weltweiter Proteste auf dem elektrischen Stuhl des New Yorker Staatsgefängnisses Sing Sing hingerichtet wurden. Es handelte sich zweifelsfrei um einen Justizmord, den USA-Präsident Dwight Eisenhower nicht durch einen Gnadenbeweis abzuwenden bereit gewesen war. Julius Rosenberg hatte nur ganz peripher mit der Erkundung des Geheimnisses der USA-Atombombe durch die Auslandsaufklärung der UdSSR zu tun gehabt, seine Frau Ethel war lediglich bei einigen Gesprächen mit ihrem im USA-Kernwaffenentwicklungszentrum Los Alamos in durchaus nachgeordneter Funktion und ohne Zugang zu Geheimdokumenten tätigen Bruder David Greenglass zugegen.

Um es aber gleich vorwegzunehmen: Der zutiefst von der Richtigkeit des Marxismus-Leninismus überzeugte amerikanische Kommunist Julius Rosenberg leitete tatsächlich einen in den Vereinigten Staaten erfolgreich operierenden Kundschafterring, der schon während des Zweiten Weltkriegs wichtige Informationen aus der USA-Rüstungsindustrie an die Rote Armee weitergeleitet hatte. 1944 war der Funkcode der sowjetischen Botschaft in Washington vom amerikanischen Geheimdienst OSS im Rahmen des sogenannten Venona-Projekts geknackt worden. Durch die anschließende Dechiffrierung Tausender Funkprüche gelangten die USA-Organen auf die Spur der in Los Alamos tätigen Kernphysiker Klaus Fuchs und Ted Hall, von denen die entscheidenden Informationen an Moskau weitergegeben wurden. Etliche von der sowjetischen Botschaft übermittelte Nachrichten deuteten zugleich auf die Existenz einer Gruppe von Aufklärern hin, die für den kriegswichtigen Kampf gegen den deutschen Faschismus nützliche Details übermittelten. Doch erst die Verhaftung des sowjetischen Kuriers Harry Gold, der den Kontakt zu Klaus Fuchs zu halten beauftragt war, ermöglichte dem OSS-Nachfolger CIA auch die Enttarnung von Julius Rosenberg. Ethel, gegen die bis zuletzt nichts Verwendbares vorlag, wurde am 11. August 1950 – also knapp zwei Monate nach ihrem Mann – festgenommen.

Im spektakulärsten Prozeß des Kalten Krieges – er lief parallel zur USA-Aggression in Korea – wurden die Rosenbergs wegen angeblicher Übermittlung der Atombombenskizze an die Sowjetunion zum Tode verurteilt. Die Beweisführung des Anklägers hatte sich ausschließlich

auf Aussagen des zum Verräter gewordenen Rosenberg-Schwagers David Greenglass und dessen auf die gleiche



Abschiedskuß vor der Hinrichtung

Linie gebrachter Frau Ruth gestützt. Die Exekution erfolgte nach Ablehnung wiederholter Begnadigungsangebote für den Fall ihrer „Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Behörden“ durch

die beiden Verurteilten, die bis in den Tod schwiegen. Übrigens: Nicht zufällig erfolgte die Hinrichtung nur zwei Tage nach dem konterrevolutionären Putschversuch vom 17. Juni 1953 in der DDR, durch den die Weltöffentlichkeit hinreichend abgelenkt war.

Auf den Mord an Sacco und Vanzetti und viele andere Willkürurteile war ein weiteres makabres Verbrechen der USA-Justiz gefolgt. Doch die Wahrheit kam dennoch ans Licht. Schon vor zehn Jahren gab der inzwischen 86jährige David Greenglass in einem Interview zu, vor Gericht aus Angst gelogen zu haben.

Erst in diesem Jahr wurden die Akten mit 36 von 46 Zeugenaussagen vor jener Grand Jury freigegeben, die zwischen August 1950 und März 1951 getagt hatte und am Ende der Staatsanwaltschaft gefolgt war, eine Anklageerhebung im Falle der Rosenbergs zuzulassen.

Fazit: Julius Rosenberg war in schwerer und bewegter Zeit ein beherzter Kundschafter der UdSSR in den Vereinigten Staaten. Mit dem „Raub der Atombombe“ hatte er indes nichts zu tun. Auch Ethel hat sich als Heldin des anderen Amerika erwiesen. Wir gedenken beider mit Wehmut, Wärme und Stolz.

Eldridge R. Jackson, New York

### Den Genossinnen und Genossen, die im November besondere Jubiläen begehen, gilt unser herzlicher Gruß.

**80 Jahre** alt werden **Ursel Held** (13. 11.) aus Neu Darchau, der kommunistische Aktivist **Kurt Nobst** (23. 11.) aus Blumberg und **Herbert Gamlich** (28.11.) aus Berlin.

Zum **75. Geburtstag** beglückwünschen wir **Jürgen Bewersdorf** (7. 11.) aus Rostock.

Ihr **70. Lebensjahr** vollenden **Peter Schellenberger** (8. 11.) aus Marienberg, **Erika Tippelt** (14. 11.) aus Berlin und **Anne Beck** (18. 11.) aus Salzwedel.

**65 Jahre** alt werden **Bernd Reicherdt** (11. 11.) und **Doris Faust** (29. 11.), beide aus Halle/Saale.

Unter die **60jährigen** reihen sich ein **Wolfgang Betz** (7. 11.) aus Wilkau-Haßlau und RF-Aktivist **Achim Kreuzer** (10. 11.) aus Weimar.

Allen Jubilaren übermitteln wir unsere aufrichtige Gratulation.

## „Meisterplan“ des Pentagons gegen China und Rußland

# Die Einkreisungsstrategie

Die Wirtschaftskrise, die heute von den Vereinigten Staaten nach Europa übergreift und die dollarhörige kapitalistische Weltordnung zu zerstören droht, verlangt drastische Gegenmaßnahmen, wenn ein neuer Krieg als Materialschlacht unvorstellbaren Ausmaßes verhindert werden soll.

Krieg war seit jeher der letzte Ausweg verzweifelter Schurkenstaaten, wie es seinerzeit Europas Imperialisten und Faschisten bewiesen. Inzwischen handeln Bush, Cheney und ihre neokonservative Mafia im Pentagon genauso, und der republikanische Präsidentschaftsbewerber McCain hat sich bereits durch grobe Ausfälle gegen Rußland bemerkbar gemacht. Sein außenpolitischer Berater Randy Scheuneman unterhält übrigens seit langem enge finanzielle Beziehungen zu Georgiens Präsident Saakaschwili und ist als dessen Lobbyist in Washington tätig.

Der „Meisterplan“ der Pentagon-Strategen besteht in der Einkreisung Rußlands und Chinas. Seit dem Ende der Existenz der UdSSR gibt es amerikanische Basen in Zentralasien, Washingtons Agenten provozieren Revolten in der Mongolei, in Sikiang und Tibet. NATO-Truppen kämpfen in Afghanistan gegen radikale islamische Gegner, die noch vor kurzem von der CIA mit Waffen und Geld gegen die Sowjetunion unterstützt wurden. Damals galten sie in den Augen der USA keineswegs als Terroristen.

Es geht nicht nur um Zugang zu Öl- und Gasquellen, sondern auch um die totale Kontrolle über sie. Die Absicherung Georgiens als Transitgebiet westlicher Interessen wie der neuen Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline ist daher nur ein Faktor in dieser Strategie. Ebenso wichtig ist dessen Rolle als Sprungbrett zum Ölreichtum des gesamten kaspischen Raumes. Berichte über die Anwesenheit von israelischem Militärpersonal lassen darauf schließen, daß Georgien zugleich als Ausgangspunkt für einen Luftschlag gegen Iran auserkoren worden ist.

Moskau hat in den letzten zwei Jahren wiederholt auf das aggressive antirussische Potential des sogenannten Raketen-Verteidigungssystems in Polen und Tschechien hingewiesen, dessen Installationen

unmittelbar mit dem Atomarsenal der USA verbunden sind.

Laut Francis A. Boyle, einem amerikanischen Kernwaffenspezialisten par excellence, ist die Einkreisung Rußlands Teil eines Konzepts, das einen Erstschlag und die Vernichtung von 99 Prozent der russischen Atomstreitmacht für den Fall vorsieht, daß sich Moskau nicht dem Diktat Washingtons beugt und keinen freien Zugang zu seinen Bodenschätzen gewährt.

Eine ähnliche Einkreisungsstrategie verfolgen die USA auch gegenüber der Volksrepublik China, deren konkurrenzlose Produktionskraft die westliche Hegemonie im Welthandel überflügelt und daher aus Sicht maßgeblicher Kapitalzentren entweder kontrolliert oder zerstört werden muß, damit die enormen Gewinne nicht einer kommunistischen Regierung in Beijing, sondern der westlichen Finanzoligarchie als Profite zur Verfügung stehen.

Am 15. August, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation Japans im Jahre 1945, wiederholte Premierminister Yasuo Fukuda Tokios Absage an eine eigene Kriegführung und kündigte statt dessen aktive Bemühungen um einen dauerhaften Weltfrieden an. Kaum zwei Wochen später trat er von seinem Posten ab, wobei er von Leuten hart bedrängt wurde, die nicht gerade für Friedfertigkeit bekannt sind. Die USA-Stützpunkte in Japan seien im Falle einer Konfrontation mit China unerlässlich, hieß es jetzt wieder. Ließ sich Fukuda nicht darauf ein?

Moskau wandte sich mit gutem Grund gegen die Anwesenheit modernster US-Marineeinheiten mit dem Kriegsschiff „Mount Whitney“ im Schwarzen Meer. Angeblich hatte es nur humanitäre Hilfsgüter für Georgien an Bord, die es in Poti löschen wollte.

Rußland sieht sich gezwungen, das Vorgehen der Amerikaner gebührend zu kontern. Bereits als Staatschef hatte Putin angedeutet,



Die Matroschkas in der amerikanischen Politik: Unter McCain verbirgt sich ein gewisser Texaner ...

Aus „Solidaire“, Brüssel

daß die geplante Errichtung von Raketen-Systemen in Polen und Tschechien nicht unbeantwortet bleiben würde. Presseberichten zufolge beabsichtigt Moskau jetzt, zwischen dem 10. und 14. November gemeinsam mit der venezolanischen Marine Seemanöver in der Karibik durchzuführen. Vier russische Kriegsschiffe mit insgesamt 1000 Mann Besatzung werden daran teilnehmen. Und Präsident Hugo Chávez, Washingtons mutiger Gegenspieler in Lateinamerika, fügte hinzu: „Rußland ist wieder eine Großmacht!“

Dr. Vera Butler, Melbourne

## Beijing schafft Schulgeld ab

Bisher galt im Rahmen der in China landesweit bestehenden neunjährigen Schulpflicht eine Zweiteilung: Die Eltern der Kinder und Jugendlichen, von denen die Grundschule und die daran anschließende Oberschule besucht werden, hatten auf dem Lande das Privileg, keine Schulgebühren zahlen zu müssen, während für 28,2 Millionen in den Städten Lernende ein Obolus zu entrichten war.

Ab Herbst 2008 ist das Schulgeld in ganz China abgeschafft worden. Das wurde unlängst vom Erziehungsministerium in Beijing bekanntgegeben. Für Schulbücher und landesübliche Schulkleidung ist indes weiter durch die Eltern aufzukommen.

Derzeit besuchen 150 Millionen junge Chinesen die Elementar- und Oberschulen der Volksrepublik. Obwohl das bisher in den Städten geforderte Schulgeld nicht sonderlich hoch war, stellte es doch eine Belastung für Familien mit geringem Einkommen dar. „Wir arbeiten an einem umfassenden System, Kindern aus armen Familien zu helfen. Dazu werden in Zukunft auch Stipendien und andere Vergünstigungen gehören“, erklärte ein Funktionär der Beijinger Bezirksverwaltung gegenüber der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua.

R. F., gestützt auf Xinhua

Am 14. November wird der Prediger für Frieden und Völkerverständigung

**Pfarrer i. R.**

**Dr. Dieter Frielinghaus**

aus Brüssow – ein standhafter Kämpfer für die kommunistische Sache – **80 Jahre** alt.

**Eine herzliche Umarmung und alle guten Wünsche für den lieben Freund und Genossen.**

# Reime für den „RotFuchs“

## Demokratie 2008

Sie faseln von zwei deutschen Diktaturen,  
sie mischen sich in fremder  
Staaten Rechte ein,  
dabei sind sie nur feige Kreaturen,  
vom Kapital gekauft,  
um an der Macht zu sein.

Sie dienen Börsen, Banken, Stahlmagnaten,  
sie stecken ins Gefängnis,  
die vor Folter fliehn,  
sie schicken frech in alle Welt Soldaten  
und beuten andere Länder  
aus wie Kolonien.

Von Klassen darf nicht mehr  
gesprochen werden,  
die Redefreiheit gilt auch für  
den kleinen Mann,  
die DDR war der verbrecherischste  
Staat auf Erden,  
das wird uns eingebleut, so oft man kann.

Der Fußball ist das Tor zum Nationalen,  
die Fahnen flattern wieder uns voran,  
man schön die Arbeitslosenzahlen,  
Deutschland ist wieder mächtig,  
wie man sehen kann.

Macht eure Augen auf,  
und laßt euch nicht verblenden  
von Medienpropaganda weit und breit.  
Wacht auf, es liegt in unser aller Händen,  
den Sozialismus zu erkämpfen.  
Noch ist Zeit!

*Dr. Eva Ruppert*

## Von der Leber an die Nieren

Von der Leber an die Nieren  
Poesie schmeckt meist wie Honig,  
manches Mal wie Medizin.  
Sieben Treppen aber wohn ich  
hoch im Osten von Berlin.

Schreibe hier mir von der Leber,  
was mir an die Nieren geht,  
träume Heines schles'sche Weber –  
und ihr Fluch kam nie zu spät.

Hab die Sorgen wie beim Fächer  
in den Falten aufbewahrt.  
Langsam heben sich die Dächer,  
von der Wirklichkeit genarrt.

Mich erinnernd an den Honig,  
schmeck ich bittere Medizin.  
Sieben Treppen noch da wohn ich.  
Das war einst auch mein Berlin.

*E. Rasmus*

## Afghanistan

Jetzt wird geschossen, spricht der General.  
Menschenrechte? Die sind ihm egal.  
Männer, Frauen, Kinder mit der Waffe töten,  
da ist keine Menschlichkeit vonnöten.

Der Laptop ist mein NATO-Wortgeschütz,  
spricht der Journalist am sicheren Tisch.  
Längst hat er die Wahrheit umgebracht,  
die Fakten aber sind alle erdacht.

Afghanistan ist fern, geht mich nichts an,  
spricht ein gewöhnlich deutscher Mann.  
Dieser Krieg ist so unendlich weit von mir.  
Was wäre, wenn er plötzlich  
pocht an seine Tür?

„Haut die Feinde!“ spricht der Imperialist  
und spielt am Sonntag frommer Christ.  
Kriegsprofite sucht er in Afghanistan.  
Dafür will er dein Geld, dein  
Blut und freie Bahn.

*Leonhard Helmschrott*

## Freiheit

Uns wird suggeriert, die Freiheit allein,  
würde das Maß aller Dinge sein.  
Freiheit. Was immer dies auch sei.  
Sicherlich, die Gedanken sind frei,  
solange man sie für sich behält. Doch  
wehe dir, sie verändern die Welt!  
Freiheit ist die Freiheit anders Denkender?  
Mit dieser Losung kommt heute daher,  
wer konservativ seine Pfründe beschützt  
und dazu die fünfte Kolonne benützt. Hat  
man endlich und überall die Macht, wird  
Andersdenkenden der Prozeß gemacht.  
Freiheit nützt nicht für sich allein.  
Menschenfreundlich muß das Leben  
sein. Nicht Theorien, zurechtgebogen,  
nicht Ideologien, dahergelogen,  
nur von Humanismus erhellt ist  
die erstrebenswerte Welt.  
Es ist, Verzeihung für den Vergleich,  
in unserem Lande, das einstmals sehr  
reich und Vorbild war in Kunst und  
Kultur, eine Schande. Ich nenne sie nur:  
Millionen ringen mit der Verwaltung  
für sich um artgerechte Haltung.

*Richard Georg Richter*

## Hans im Glück in Ostdeutschland

Ein Klumpen Gold war einst der Preis  
für eines Knaben Arbeitsleiß.  
Die goldene Last war ihm zu schwer,  
er gab sie für ein Rößlein her.  
Für eine Kuh gab er sein Pferd,  
die Kuh war ihm ein Schweinchen wert.

Oh, der glücklich dumme Hans  
gab hin das Schwein für eine Gans.  
In seines seltenen Glückes Rausch  
macht er nun seinen letzten Tausch.  
Gab hin die Gans für einen Stein;  
nun glaubt er endlich frei zu sein.

Jedoch zu allem Überdruß  
warf er den Stein in einen Fluß.  
Das war der Habe letztes Stück.  
Nun war er froh – ein Hans im Glück

Wie aber ist die Wirklichkeit?  
Gibt's das nicht auch in unserer Zeit?  
Wer nicht erkennt des Lebens Sinn,  
dem schwindet schnell das Glück dahin.

Der deutsche Hans im Osten gar  
gab auf sein Glück in einem Jahr.  
Aus Trümmern schuf er einst sein Land  
als seines Glückes Unterpfand.

Nun warf er's fort wie Hans den Stein  
und glaubte, endlich frei zu sein.  
Er gab es hin in kurzer Zeit  
sein Haus und die Geborgenheit.

Er tauschte ein manch gute Rechte,  
aus freien Menschen wurden Knechte.  
Was er geschaffen, gab er auf,  
nahm Arbeitslosigkeit in Kauf.

Was hier entstand in großen Müh'n  
gab er für ein paar D-Mark hin.  
Gab hin der Werte Stück für Stück  
Ist er nun froh, wie Hans im Glück?

*Horst Rocktäschel*

## Ermütigung

nachgeboren sind die Sternen folgen  
mit gestirnten Stirnen mit gestirnten Herzen  
deren Blut aus den zerschossnen Leibern  
floss in Dublin, am Jarama,  
in Chiapas, Genua ...  
auf diesem Stern der Sterne braucht

Trauer durchheult meine Nacht  
wie ein Schakal Ein Kind ohne Trost  
Es führt kein Weg zu Anderen als  
deiner – geh! – Und wärst du noch  
so einsam dort und fändest nie heraus  
aus deinem finstern Wald und keinen  
Stern der leitet Dein Herz dein Atem  
deine Pulse wissen – denen trau! –

*Christa Müller*

# Chancenloser Mineralsekretär

## Über einen nicht ungefährlichen russischen Freund

Man muß trinken, um alle Menschen lieben zu können“, schreibt Oskar Maria Graf 1934 in seiner „Reise nach Rußland“.

Er trifft damit wohl den Nagel auf den Kopf, denn ein kräftiges Wässerchen, genannt Wodka, steht seit Jahrhunderten für das Aufbrechen der russischen Seele, für die russische Tafel mit all ihren Köstlichkeiten und damit für eine jahrhundertealte Tradition. Sie konnte auch der Mineralsekretär Gorbatschow mit seinem ZK-Beschluß „Wider die Trunksucht“ nicht ausradieren. Im Gegenteil. Er rief damit die Falsch- und Eigenbrenner auf die Bühne, die Tausende Tote zu verantworten hatten. Gorbatschow wurde von Speichelleckern besonderer Art ergänzt. Sie ließen z. B. in der Republik Moldova jahrhundertealte Weinberge abholzen, um so den Alkoholismus zu besiegen. Aus einer der reichsten Sowjetrepubliken, die vom Weinexport lebte, wurde über Nacht eines der ärmsten Länder Europas.

Jeder normal denkende Mensch weiß, daß ein großer Unterschied zwischen gepflegter Trinkkultur und Alkoholmißbrauch besteht. Alkoholismus ist eine Krankheit und überwiegend gesellschaftlich bedingt.

Wodka soll das erste Mal 1496 in einem russischen Kloster destilliert worden sein. Schon etwas früher will ein griechischer Geistlicher in der Nähe von Kiew mit Getreide experimentiert haben. Schriftliche Belege gibt es dafür nicht, statt dessen aber den Streit zwischen Russen und Polen, wer denn der erste in der Herstellung gewesen sei.

Wodka war in Rußland immer Massengeränk und Teufelwasser zugleich. Er gehört auf jede Tafel. In Maßen genossen, löst er die Zunge sehr schnell.

Damit keine Langeweile am Tisch entsteht, soll das erste Glas bis zum Grund geleert werden.

Die Legende berichtet von Zar Peter I., der Wodka in großen Mengen vertragen haben soll. Er habe sogar einen bis zum Rand gefüllten Stiefel ausgetrunken, heißt es. Dieser ist heute noch in der Petersburger Ermitage zu besichtigen. Mit Wodkaplaketten zur kostenlosen Einkehr in den Kneipen zeichnete der Zar besonders verdienstvolle Handwerker und Untergebene aus. Die Geehrten waren nach einiger Zeit so bekannt, daß sie ihre Plaketten nicht mehr zeigen mußten, sondern nur noch an den Hals tippten – eine Geste, die sich bis heute erhalten hat.

Zar Iwan Grosny ließ seine Gäste in Alexandrowsk mit über 60 Gängen bewirten und so lange Wodka trinken, bis sie auf dem Boden lagen und ins Bett getragen werden mußten.

Wie muß nun ein guter Wodka beschaffen sein?

Rein, mehrfach destilliert, aus Getreide hergestellt. 40 Prozent sollte er haben. Einige meinen, Wodka gehe an der Leber vorbei, weil sie ihn nicht sehen würde, aber das ist nur Selbstbetrug. Doch er hilft bei Erkältungen, wenn man ihn mit einem Teelöffel echten Honigs anrührt oder ein paar Tropfen zur Nacht auf der Brust verreibt.

Zum Wodka gehört immer ein kräftiges Essen, Speck und Zwiebel, saure Gurken, marinierte Pilze, Oliven, Tomaten, Wurst, auch Brot – aber nie andere Alkoholika. Wer Wodka mit Bier, Wein oder anderem Schnaps mischt, hat danach einen schweren Tag oder zählt schon zur Kaste der wenig kulturvollen Trinker. Der Russe nennt das Ergebnis solcher Mischung „Jorsch“. Das ist ein alkoholisches Durcheinander. Kopfschmerzen, Brechreiz und Herzrasen sind die Folge.

Im vergangenen Jahr wurden in der Russischen Föderation 1,9 Milliarden Liter Wodka getrunken! (Das entspricht einem Verkaufswert von 11 Mrd. Euro.)

85 % der russischen Männer, so besagt die Statistik, trinken regelmäßig und werden deshalb im Schnitt auch nicht älter als 59 Jahre. Eine traurige Bilanz!

Die Statistiker haben errechnet, daß 2007 insgesamt 210 Mio. Liter weniger konsumiert worden sind, allerdings bei enorm gestiegenem Biergenuß. 11 Mrd. Liter Bier wurden in die Kehlen gegossen. Es fließen also nicht nur 17 Liter reinen Alkohols durch jeden Bürger, sondern auch noch fast 100 Liter Bier.

Die Zahl der Alkoholtoten ist allerdings von 40 000 im Jahre 2005 auf 19 000 im Jahre 2007 gesunken. Auch das wirkt noch erschreckend genug.

Offensichtlich vollzieht sich in Rußland ein schleichender Wandel der Trinkgewohnheiten. Neuerdings werden auch andere Wässerchen entdeckt. Eau de Cologne, wie zu Perestroika-Zeiten, wird allerdings nicht mehr hinuntergespült.

Der Import hochprozentiger Getränke stieg von 2006 zu 2007 um 11,7 % auf 349 Mio. Liter, davon 11 Mio. Liter Whisky, 0,72 Mio. Liter Gin, 18 Mio. Liter Cognac und 2 Mio. Liter Rum. Das sind jene Getränke, welche angeblich die „große weite Welt“ ins Land bringen sollen. Sie gelten als Markenzeichen der berüchtigten „neuen Russen“, die – woher auch immer – stets über das nötige „Kleingeld“ verfügen und damit signalisieren, wer vom Wandel zum Kapitalismus profitiert.

Von Anton Tschechow ist hinterlassen: „Der Wodka wird mir mit jedem Tag mehr zuwider.“ Er schrieb es und begann, fortan nur noch Champagner zu trinken. Wer aber kann sich solches leisten?

Der in Havanna bestattete deutsche Arbeiterdichter Georg Weerth, der sicher den Wodka noch nicht kannte, schrieb 1844 an seinen Bruder Wilhelm: „Ein gutes Getränk verschönert das Leben, ist auf Reisen und daheim zu gebrauchen und gibt der armen, sonderbaren Seele des Menschen manchmal einen gewissen Schwung, der sie für Augenblicke der Alltätigkeit entrückt.“

Dr. Hans-Jürgen Audehm

### Wie sich die Bilder in Rußland und der BRD gleichen



„Ich arbeite für den Chef.“  
„Und ich für die Apotheke.“



Die Medikamentenpreise sind unerschwinglich.

Aus: Sowjetskaja Rossija, Moskau



# Strafsache Harbart

## Wie ich nach 51 Jahren an den Güstrower Bahnmord erinnert wurde

Der Ablauf der Ereignisse am 3., 4. und 5. Januar 1957 steht mir noch plastisch vor Augen. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe: Erstens ereignete sich in den fünf Jahren meiner Tätigkeit als junger Staatsanwalt im Kreis Güstrow – er hatte damals etwa 80 000 Einwohner – nur ein einziger Mord! Das ist für heutige Bürger der durch explodierende Schwerstkriminalität belasteten Bundesrepublik Deutschland eine völlig unvorstellbare Zahl, zumal die DDR in jener Zeit noch ein armes Land mit tausend ungelösten und vielen zunächst auch unlösbaren Problemen war. Zweitens hatte sich das Verbrechen unter besonders abscheulichen Umständen und bei unerhörter Grausamkeit des Täters zugetragen.

Was war geschehen?

Am Kilometer 115,7 der Strecke Rostock – Berlin war am 4. Januar jenes Jahres von einem Streckenläufer

die enthauptete Leiche einer jungen Frau gefunden worden. Sie hatte augenscheinlich auf dem Gleis gelegen und war vom D-Zug buchstäblich geköpft worden. Nach dem äußeren Bild, welches sich den Kriminalisten der Transportpolizei (Trapo) und dem sie begleitenden Staatsanwalt an Ort und Stelle bot, konnte es sich um einen Unfall, ein Verbrechen oder einen Selbstmord handeln. Bei der Inspektion des Geländes wurden dann Feststellungen getroffen, die als Indizien für ein Tötungsdelikt dienen konnten: Man entdeckte aus dem Wald zum Bahnkörper führende Fuß- und Schleifspuren und fand später einen schlecht versteckten Regenschirm, der bei der Tat eine Rolle gespielt haben konnte, zumal sich dessen Schlaufe am Arm der Toten befand. Am Tag danach suchte das Volkspolizeikreisamt über den Stadtfunk nach Zeugen zur Ermittlung der Identität des vermutlichen Opfers. Es meldete sich der Gastwirt des Lokals „Zur Post“, dessen 26jährige Hausangestellte Elfriede Fietz von ihm vermißt wurde. Die junge Frau hatte mit dem 28jährigen Mitropakellner Erich Harbart, der wiederum in zweiter Ehe mit der sechs Jahre älteren Elisabeth H. verheiratet war, ein außereheliches Kind. Durch die Aufforderung des VPKA mobilisierte Zeugen sagten aus, sie hätten Harbart am Tag des Verschwindens von Elfriede Fietz vor deren Arbeitsstelle, wo sie auch wohnte, gesehen. Es wurde bekundet, daß Elisabeth H. wegen der parallelen Liebschaft ihres Mannes mit der jungen Hausangestellten diesem wiederholt schwere Eifersuchts-szenen gemacht habe.

Bereits am 5. Januar wurden der Verdächtige und dessen Frau, von der berichtet worden war, sie habe aus den genannten Gründen massiven Druck auf Erich Harbart ausgeübt, einer ersten Vernehmung unter-



Die damaligen Volkspolizei-Räte Wolfgang Wünsche und Heinz Blauert im März 1957 in Güstrow-Priemerburg

zogen. Gemeinsam mit Trapo-Offizieren verhörte ich beide. Wir suchten Harbart zu einem Geständnis zu bewegen. Der aber leugnete hartnäckig. Da die Beweislage zu diesem Zeitpunkt noch nicht auszureichen schien, kamen die in dieser Materie allesamt unerfahrenen Vernehmer zu dem Ergebnis, die Indizienkette sei noch nicht hinreichend geschlossen, so daß man keinen richterlichen Haftbefehl erwirken könne. Unsere Fehleinschätzung der Lage führte zur einstweiligen Freilassung der beiden Verdächtigen.

Indes wurden die Ermittlungen fortgesetzt. Nachdem zunächst die Mordkommission der BDVP Schwerin tätig geworden war, ohne fündig zu werden, wurde sie durch Spezialisten der Berliner Trapo-Zentrale – die Genossen Wolfgang Wünsche, Heinz Blauert und Leo Vollmüller – ersetzt. Diese nahmen Erich Harbart fest und lieferten ihn in die Güstrower Untersuchungshaftanstalt ein. Nach einigem Zögern gestand der Beschuldigte, Elfriede Fietz unter dem Vorwand eines Eheversprechens in den Wald bei Priemerburg gelockt, dort mit dem Schirm niedergeschlagen, gewürgt und dann tot oder bewußtlos auf die Schienen geschleppt zu haben, wo er den Kopf so über das Gleis legte, daß ihn der herannahende D-Zug vom Körper abschneiden mußte. Vor den Offizieren der Trapo-Mordkommission sagte Harbart aus, seine Frau habe ihn immer wieder zur Tat aufgefordert, bis er selbst dazu bereit gewesen sei. Unmittelbar nach dieser Einlassung nahm ich Elisabeth Harbart in der Gärtnerei, wo sie arbeitete, fest.

Lange Zeit leugnete sie hartnäckig. Erst in der Verhandlung vor dem Bezirksgericht Schwerin, die am 23. Mai 1957 stattfand, war sie geständig, ihren Mann zur Begehung des Tötungsverbrechens angestiftet zu haben. Beide Angeklagten erhielten lebenslänglich. Zur lückenlosen Überführung der Täter hatte besonders auch das detaillierte und exakte Gutachten des Berliner Gerichtsmediziners, Prof. Dr. Otto Prokop, beigetragen.

Ich hätte die Geschichte – es handelt sich um einen zwar in der DDR-Verbrechenschronik seltenen, in der BRD aber beinahe alltäglichen Kriminalfall – nicht für die RF-Leser aufgeschrieben, gäbe es da nicht noch einen Nachtrag, den ich nicht unterschlagen möchte: Mitte August 2008, also mehr als 51 Jahre nach dem Güstrower Bahnmord, erhielt ich einen völlig unerwarteten Anruf. Es meldete sich Oberstleutnant a. D. Wolfgang Wünsche. Er war als stellvertretender Abteilungsleiter

in der MfS-Zentrale für die Absicherung des Eisenbahnwesens verantwortlich. Er fragte, ob ich gewisse gemeinsame Erlebnisse aus unserer Jugendzeit „gespeichert“ hätte. Immerhin wären wir doch im Winter und Frühjahr 1957 – er als Verantwortlicher einer Trapo-Sonderkommission und ich als Kreisstaatsanwalt – in der Sache Harbart tätig geworden. Sofort war ich im Bilde. Wenige Tage später trafen wir bei der Thälmann-Kundgebung in Ziegenhals, auf der ich diesmal die Rede zu halten hatte, zusammen. Genosse Wünsche übergab mir einige Materialien zum Fall Harbart, darunter Fotos meiner beherzten, leider schon vor etlichen Jahren verstorbenen Sekretärin Uschi Podlech, die bei der Tatrekonstruktion in dem abgeriegelten Waldstück am Kilometer 115,7 dem Mörder als dessen „Modell“ gedient hatte.

All das ist ferne Vergangenheit. Lebendige Gegenwart aber bleibt, daß ich meinen Mitstreitern von einst Wolfgang Wünsche und VP-Oberst a. D. Heinz Blauert – er war zuletzt Leiter der für die Eisenbahnsicherung zuständigen Abteilung des DDR-Innenministeriums – nach mehr als einem halben Jahrhundert wiederbegegnet bin (Leo Vollmüller lebt nicht mehr). Das Treffen mit den beiden Genossen fand unter den denkbar erfreulichsten Umständen statt, stehen wir doch wie einst auf derselben Seite der Barrikade.

P. S.: Wolfgang und Heinz haben inzwischen um Aufnahme in den „RotFuchs“-Förderverein gebeten.

Klaus Steiniger

# Ästhetik des Widerstands

## Antwort auf eine Umfrage

**M**eine gesamte schriftstellerische Arbeit steht im Zeichen des Kampfes gegen Ungerechtigkeit, Unterdrückung, faschistische Machtentfaltung, Imperialismus und Krieg. Jedes Wort, auch wenn es sich mit den persönlichsten Problemen befassen sollte, ist mit diesen großen, vorrangigen Themen verbunden. Wenn ich über Beziehungen zwischen Menschen nachdenke, wenn ich Erlebnisse aus der Vergangenheit beschreibe, wenn ich versuche, Kunstwerke zu analysieren, oder wenn ich mir zu den verschiedensten Vorgängen kleine Notizen mache: Hinter allem spüre ich unaufhörlich die Welt, in der ich gegenwärtig lebe, und dies ist eine Welt der härtesten Antagonismen.

Die Kraft des Fortschritts, die Kraft, die zur sozialistischen Veränderung der Gesellschaft strebt, steht der Gewalt der Reaktion gegenüber, und diese Gewalt ist immer noch bestialisch.

Es gibt überhaupt keine Ausflüchte. Heute Bücher zu schreiben oder Stücke oder Bilder herzustellen, und zu glauben, man könne sich frei halten von den Konflikten, die die Welt zerreißen wollen, ist nicht nur Illusion, sondern gewollte Blindheit.

Als denkende Menschen stehen wir mitten in einer Auseinandersetzung, bei der es um Tod und Leben geht.

Wohin ich meinen Blick wende: Kampf um Befreiung, Kampf gegen Tyrannei, gegen Ausplünderung, Tortur und Raubmord. Und ringsum die Suche nach Verbündeten.

Das Wissen, daß Freunde, Genossen überall am Werk sind. Die Beweise, daß es hier und dort glückt, die Ausbeutung abzuschütteln, zu vernichten.

Die Freude über die Siege, die Befürchtungen beim Aufkommen neuer Gefahren. Kunst in dieser Zeit?

Ist es überhaupt möglich, sich mit Kunst zu befassen? Ist es nicht eine Vermessenheit, in Anbetracht der Getretenen, Gefangenen, Hungernden, Leidenden, der Millionen, die nicht fähig sind, zu lesen, zu schreiben? Es ist möglich.

Aber nur, wenn Kunst Anteilnahme ist. Wenn Kunst Bestandteil ist der Anstrengung, nach Lösungen, nach Verbesserungen zu suchen. Wenn Kunst Waffe ist im Kampf gegen die Erniedrigung, die Brutalisierung, die wahnsinnige Zerstörungssucht.

Deshalb kann meine Ästhetik nur eine Ästhetik des Widerstands sein - so heißt auch mein neuer Roman.

Peter Weiss (1976)

*Eingesandt von Christine Hemmann, Werdau*



Linolschnitt von Prof. Rudolf Sitte. Der bekannte Künstler sandte dem „RotFuchs“ einen signierten Abzug.

## Frielings „Zeitzeugen“-Wettbewerb

### Wo Herr Schönbohm die Jury anführt

**A**ngeregt wurde ich zu dieser kurzen Zusammenfassung meiner direkten Erlebnisse mit dem Zeitzeugenthema durch einen Beitrag im Septemberheft des RF. Nachdem ich mich schon einmal an einer entsprechenden Ausschreibung des ständig auf Autorensuche befindlichen Berliner Frieling-Verlags beteiligt hatte, erhielt ich auch für den Zeitzeugenwettbewerb 1960 bis 1970 eine Einladung. Ich teilte dem Verlag sowohl hinsichtlich des vorgegebenen Rahmens für den Bericht als auch zu einer Jury unter Vorsitz des sattsam bekannten brandenburgischen CDU-Innenminister Schönbohm meine Bedenken mit. Zum Inhalt der erwarteten Beiträge hatte der Verlag u. a. gefordert: „... persönliche Erlebnisse, individuelle Eindrücke und Erfahrungen. Ob der Überfluß einer neuen Wohlstandsgesellschaft oder die Planwirtschaft, ob lange Wege zur Arbeit, weil durch die Mauer direkte Verbindungen unterbrochen waren, ob Transitverkehr oder Ostblocktourismus“. Und dann gab es noch andere „Anregungen“, die auf eine Diffamierung des Lebens in der DDR hinausliefen. Ich entschloß mich

dennoch teilzunehmen, um die Veranstalter nicht in dem Irrglauben zu lassen, es gäbe nur noch Gegner der DDR. Meinen Beitrag stellte ich unter die Überschrift: „Trotz alledem – 1960 bis 1970: Teil der glücklichsten Zeit meines Lebens“.

Bei meiner Entscheidung erinnerte ich mich an Auseinandersetzungen in der alten KPD: Soll man sich an Parlamentswahlen beteiligen oder nicht? Man soll, aber mit klarem Ziel.

Da ich mir nicht vorstellen konnte, daß sich Schönbohm und Co. die Chance der Jury-Macht eines 100%igen Urteils zugunsten der Anti-DDR-Propaganda entgehen lassen würden, stellte ich diesen Leuten meinen Klassenstandpunkt entgegen. So war ich nicht überrascht, daß mein Beitrag keinen Preis erhielt. Ich lehnte die Teilnahme an der Auszeichnungsfeier für die Prämierten mit Schönbohm als Redner im Berliner Rathaus ab, schickte dem Verlag die Ehrennadeln für die Teilnahme an zwei Wettbewerben zurück und schrieb den Veranstaltern der Zeitzeugen-Show u. a.: „Der Frieling-Verlag könnte sich mit seiner Anthologie an einem

Wettbewerb über Beiträge zur Verwirklichung der Losung eines einstigen FDP-Justizministers beteiligen, der bekanntlich die ‚Delegitimierung der DDR‘ gefordert hat. In der Bilanz künftiger Historiker über unrechtmäßige Handlungen zur Diffamierung der Deutschen Demokratischen Republik wird der Zeitzeugenwettbewerb des Frieling-Verlags nicht fehlen.“

Und noch etwas soll erwähnt werden: Herr Schönbohm erregte sich kurz nach der Ausschreibung darüber, daß ältere DDR-Bürger ihre positiven Ansichten über das Leben in der DDR an jüngere Menschen weitergeben. Ich schrieb dem Frieling-Verlagsleiter in diesem Zusammenhang: „Das tue ich, wo ich nur kann. Und deshalb möchte ich noch so lange wie möglich leben. Das gibt heute meinem Leben Sinn und Inhalt!“

Natürlich muß sich ein CDU-Klassenkämpfer über eine solche Haltung Sorgen machen. Soll er doch!

Helmut Lenz, Berlin

# Das wechselvolle Leben der Inge von Wangenheim

## Schauspielerin, Schriftstellerin, Malerin

Als Arbeiterkind Inge Franke wurde sie am 1. Juli 1912 in Berlin geboren. Ihre frühen Erinnerungen fielen in die Zeit des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik. Die erste Lebenshälfte war geprägt von ihrer Tätigkeit als Schauspielerin bei Erwin Piscator, in der „Truppe 1931“ unter Gustav von Wangenheim. Sie emigrierte in die Sowjetunion, wo sie als Schauspielerin, Journalistin und Redakteurin tätig war und in der Bewegung „Freies Deutschland“ mitwirkte. Nach ihrer Rückkehr 1945 setzte sie sich für eine kulturelle Neugestaltung ein und war Herausgeberin der Zeitschrift „Volksbühne“. Inge von Wangenheim war wieder Schauspielerin, aber auch Regisseurin für Theater und Fernsehen. Besonders nach 1945 wies sie sich als Publizistin aus. Sie ließ nie locker mit ihren bohrenden Fragen, die ihr die Zeit diktierte. Ihre ausgewählte Publizistik aus dreieinhalb Jahrzehnten wurde in dem Band „Mit Leib und Seele“ (1982) vereint. Ihre Arbeiten verraten hohe Sachkenntnis, Lebens- und Kunsterfahrung, aber auch Lust am produktiven Streit.

Inge von Wangenheim begann erst 1950 literarische Arbeiten zu veröffentlichen. Aus ihrer Feder stammen mehr als zwei Dutzend Bücher, die nie lange auf Leser warten mußten und große Resonanz fanden. Ihre ersten beiden Romane „Mein Haus Vaterland“ (1950) und „Auf weitem Feld“ (1954) beinhalten ihre Autobiographie und stehen am Anfang ihrer erfolgreichen schriftstellerischen Tätigkeit. Im ersten Roman erzählt sie von den Erinnerungen eines Berliner Proletariermädchens. Im zweiten

resümiert sie über den antifaschistischen Kampf während ihrer zwölfjährigen Emigrationszeit in der Sowjetunion.

Den Weg eines bürgerlichen Akademikers gestaltete sie in ihrem Roman „Professor Hudebraach“ (1961), während in „Einer Mutter Sohn“ (1958) ein gestrauchelter Nachkriegsjugendlicher auf den Weg ins Leben geführt wurde. „Das Zimmer mit den offenen Augen“ (1965) ging direkt aus ihrem persönlichen Einsatz im Kunstfaserwerk Schwarzta hervor. Inge von Wangenheim zählte seit 1967 auch zu den malenden Autoren. „Erst als ich Gelegenheit hatte, durch Indien zu reisen, spürte ich plötzlich, daß ich etwas mitzuteilen hatte – Farben, Atmosphäre –, was sich kaum in Worte fassen läßt.“ Die literarische Frucht jener Reise „Kalkutta liegt nicht am Ganges“ (1970) versah die Autorin mit 16 farbigen Textillustrationen. Um die literarische und bildkünstlerische Befragung ihrer wesentlichen Lebensstationen ging es in ihrem Buch „Schauplätze – Bilder eines Lebens“ (1983). Prosatexte und 57 Bilder ließen den Leser und Betrachter an dem Selbstfindungsprozeß aus der Retrospektive teilhaben. Ihre stimmungsvollen Aquarelle und Ölbilder aus dem Berlin der 20er Jahre, aus Moskau und Mittelasien, aus dem Thüringer Raum und von Ahrenshoop erweiterten Erfahrungen, ließen teilweise Bekanntes besser sehen. Durch ihre erhellende Leuchtkraft strahlen Inge von Wangenheims Bilder Optimismus und Lebensfreude aus. Sie erlebten mehrfach erfolgreiche Ausstellungen.

In den 70er Jahren wandte sich die Schriftstellerin mehr der Klassik zu. Über ihre

lebenslange Beziehung zu Lessing äußerte sie sich in ihrem vieldiskutierten Buch „Hamburgische Elegie“ (1977). Eine gegenwärtige Liebesgeschichte gestaltete sie vor klassischem Hintergrund in dem Roman „Spaal“ (1979), wobei sie sich auf den Spuren Goethes bewegte. In ihrem Roman „Deutsch und Geschichte“ (1986) ging es ihr um scharfsinnige und polemische Überlegungen zur Rolle der Kunst und des Erbes in der damaligen Zeit. Die drei Bücher reflektierten ihr künstlerisches Ringen um eine angemessene und echte Erberezeption.

In ihren Romanen „Die Probe“ (1973) und „Die Entgleisung“ (1980) zeigte sich die Autorin von anderen Seiten: einerseits mit einer skurrilen und ungewöhnlichen Geschichte, die es in sich hatte, andererseits mit einem Vorfall, der die Gemüter bewegte und zugleich die Leser erheiterte. Nach ihrer Operation in Eisenberg schrieb sie die Erzählung „Station 5 – Romanze einer Genesung“ (1985).

Inge von Wangenheim wies sich als geistreiche Essayistin aus. Als sie im Mai 1986 in Paris aus ihrem Essay „Genosse Jemand und die Klassik“ las, hatte sie zahlreiche Begegnungen mit Persönlichkeiten der französischen Hauptstadt. Ein Jahr später erschien ihr Pariser Reise-Essay „Der goldene Turm“. In diesem verglich sie ihre Erlebnisse als Emigrantin mit neuen Eindrücken vom zeitgenössischen Frankreich.

Ihre Kunst-Essays zeichneten sich durch polemische Schärfe sowie gedankliche und sprachliche Brillanz aus. Sie wurden teilweise zu einer Provokation für die Literaturwissenschaft, da sie eine Vielzahl offener ästhetischer Fragen zur Literaturkritik und Erbpflege aufwarfen.

Inge von Wangenheim lebte von 1961 bis 1975 in Rudolstadt, bevor sie nach Weimar zog. Die Friedrich-Schiller-Universität Jena verlieh ihr am 10. November 1989 die Ehrendoktorwürde. Dieser Bildungsstätte vertraute sie zu Lebzeiten ihren literarischen Nachlaß an. Die Heidecksburg beherbergt den Bilderschatz der Malerin.

Klaus-Dieter Schönewerk äußerte zu ihrem 80. Geburtstag im Jahr 1992: „Inge von Wangenheim versuchte ihr Bestes, mit argumentativen Attacken in Essays, mit der Verführung durch beispielhafte Geschichten, mit Ironie, Witz, Sarkasmus und mit rhetorischem Aufwand (einmal Schauspielerin, immer Schauspielerin).“ Die vielseitige Künstlerin starb am 6. April 1993 in Weimar. Sie wurde auf dem Historischen Friedhof bestattet. Ihre Grabstätte liegt gegenüber der Walther Victors.

Zum Peter-Hacks-Jahr 2008

## Irrtümer

Eine rosarote Katze,  
eine himmelblaue Maus  
treffen sich am Antonplatze  
und erkennen sich durchaus.

Und die Maus will sich verstecken,  
und dann sagt sie: keine Not.  
Nie sah ich das Maul sich lecken  
eine Katze rosenrot.

Und die Katze naht leise,  
bleckt den Zahn und steilt den Bart,  
bis sie ihrer Mittagsspeise  
sonderbares Fell gewahrt.

Und sie läßt die Maus am Leben,  
wiederum auf Grund des Blaus,  
und sie spricht: Das kann's nicht geben,  
eine himmelblaue Maus!

Also wandeln sie vom Platze  
ohne Zwischenspiel nach Haus,  
rechts nach Weißensee die Katze,  
links nach Lichtenberg die Maus.

Geleit:  
Nämlich geht, wenn wir auch irren,  
meistens alles gut, mein Kind,  
weil die Irrtümer der Andern  
immer noch viel größer sind.

Peter Hacks

Eingesandt von  
Dr. Hildegard Harting, Berlin

Dieter Fechner

# Archie im Kaukasus

Am schönsten sind die Erinnerungen, die man vergessen hat“, soll der amerikanische Literatur-Nobelpreisträger Saul Bellow gesagt haben. Das mag für bittere Geschehnisse im Leben zutreffen, aber manchmal auch auf Erlebnisse, die so selbstverständlich schienen, daß man sie nicht mehr besonders erwähnte. Die traurige Jetztzeit läßt manche früheren Eindrücke jedoch in strahlendem Licht erscheinen.

So kommt es Archie vor, wenn er an seinen Aufenthalt in Georgien vor über 35 Jahren denkt. Große Freude erfüllte ihn damals, als er erfuhr, daß er an dem mehrwöchigen Gastspiel des Berliner Ensembles in Tbilissi teilnehmen durfte. Fuhren Dramaturgen mit, mußten sie auch auf der Bühne dabei sein. Und so wurde Archie in den Bettlerzug der „Dreigroschenoper“ eingebaut. Auch im „Coriolan“ kämpfte er in der Schlacht wacker mit. Im Überschwang beging er dabei auch Fehler. Eckehard Schall gab die Warnung heraus: „Vorsicht, Archie spielt auf Sieg!“, was das Stück verändert hätte. So warf er sich in der Schlachtlinie des „Coriolan“ als einziger zu Boden. Seit der Zeit soufflierten ihm seine Nebenmänner jede Bewegung und paßten auf, daß er nicht allein die Festung erstürmte. Das Rustaweli-Theater hatte viel größere Ausmaße als das BE. Man mußte im „Coriolan“ richtig rennen und sprinten, um die Schlacht in Gang zu halten.

Auf dem Rustaweli-Prospekt verlief das Leben eher gemächlich. Wenn zwei durch die Menschenmenge hasteten, waren es sicherlich Ensemblemitglieder, die Historisches besichtigen wollten oder auf der Suche nach Kunstgegenständen waren. Oder einfach nach Schwarzbrot. Auf dem Markt bekam man alles, von A bis Z, von Aal bis Zucchini, nur Schwarzbrot gab es beim Spezialisten. Die Restaurants waren gut besucht, aber es war immer Platz, viel spielte sich im Freien ab. Schaschlik und Rostbrätchen wurden reichlich und preiswert angeboten, dazu süße Backwaren, Obst und Gemüse in Hülle und Fülle, Wein im Überfluß. Arbeitskräfte waren stets gesucht, Vollbeschäftigung eine soziale Selbstverständlichkeit, keine Bettler! Gewiß gab es auch Defizite, z. B. bei der Altstadtsanierung oder im Straßenbau.

Damaliges georgisches Theaterpublikum, hochgebildet und engagiert, füllte Abend für Abend die Säle. Man zählte neun Theater, eine Philharmonie, zehn Hochschulen, zwei Filmstudios, zahlreiche Museen. Vom neuen Hochhaushotel an der Kura hatten die BE-Mitglieder einen Blick über das schöne Tbilissi.

Bei nächtlichen Gesprächen mit georgischen Kulturschaffenden wurde auch die

jüngere Geschichte der Sowjetrepublik erörtert. Einstimmigkeit herrschte stets, wenn es um das Kernland Georgiens ging, wozu ja Abchasien und Südossetien nicht gehörten. Das wurde betont. Man brauchte Russisch als Verständigungssprache, weil beispielsweise Ossetisch zu den iranischen Sprachen gehört, während Abchasisch für die Georgier ebenso unverständlich ist. Georgisch aber – eine sehr alte Sprache – hat sein Alphabet aus dem Aramäischen entwickelt.

Die Abchasen sagten sich 1992 mit Waffengewalt, weil es nicht anders ging, von

lernt. Zwischen den Völkern konnte er nicht oder kaum unterscheiden. In Gori, wo noch eines der letzten großen Stalin-Monumente steht, war die Gastfreundschaft besonders herzlich, mit Stadtrundfahrt und anschließender Tafelrunde.

Jetzt sind die Autobahnen durch Südossetien und die Eisenbahnlinien nach Abchasien teilweise zerstört. Die Menschen stehen sich mißtrauisch gegenüber. Schon 1990 erfolgte eine starke Fluchtbewegung von Südossetien nach Norden, obwohl sich das Land erst ein Jahr später zur Autonomen Republik erklärte.

Man sollte nicht vergessen, daß 1918 unter menschenwärtiger Führung die „Republik Georgien“ ausgerufen wurde, die mit Unterstützung deutscher und britischer Truppen bis 1921 als bürgerlicher Staat bestand. Auch gab es 1956 schon einmal einen Aufstand in Tbilissi.

Das alles war Anfang der 70er Jahre, sehr zu Archies Erstaunen, in den nächtlichen Gesprächen bisweilen thematisiert worden. Jetzt kocht der georgische Nationalismus wieder hoch, um, wie es scheint, die schlechte wirtschaftliche Lage zu kaschieren. 90 % der georgischen Wein-, Tee- und Obstproduktion wurden durch Wegfall des russischen Marktes überflüssig. Die früher so begehrten grusinischen Weine und Spirituosen finden weniger Absatz. Kurzum: Die bekannten kapitalistischen Desaster sind eingetroffen.

Verlogen wird von einem zerstörten georgischen Paradies gesprochen, wenn man die antirussische Kampagne verfolgt und Bilder gezeigt bekommt, die angeblich „die Barbarei Moskaus“ dokumentieren sollen.

Das kaukasische Paradies fand in Wirklichkeit mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sein Ende. Diese Entwicklung hatte auch die Zersetzung der georgischen Gesellschaft zur Folge.

1972 konnte Archie noch in Begleitung kreuz und quer durch tatsächlich blühende Republiken fahren. Das war seit Ende der 80er Jahre nicht mehr möglich. Der bankrotte USA-Präsident Bush und seine Militärberater in Tbilissi haben Georgien keinen guten Dienst erwiesen, indem sie seine derzeitige Führung unter dem CIA-Agenten Saakaschwili dazu aufhetzten, Südossetien durch einen militärischen Überfall zu erobern. Die Südosseten, von denen viele ethnisch Russen sind, haben ein gutes Gedächtnis. Sie wissen noch genau, wann es ihnen und den anderen Kaukasusvölkern am besten gegangen ist. Das war unter der Sowjetmacht. Washingtons Strohmännchen im Präsidentenpalast von Tbilissi aber wird in der Geschichte der Region als eine der übelsten Figuren vermerkt werden.

Manfred Hocke



Mit diesem Cartoon knüpft unser künstlerischer Mitarbeiter Heinz Herresbach an den „Archie“ im September-RF an und grüßt dessen Erfinder Manfred Hocke.

Georgien los. Sie waren schon immer Bürger einer autonomen Republik. Südossetien betrachtete sich gleichfalls als unabhängig, trotzte 1989 dem georgischen Präsidenten Gamsachurdia, der versucht hatte, die Hauptstadt Zchinwali mit Gewalt einzunehmen. Für die kleinen Völker war die Oktoberrevolution von großem Vorteil, den sie sich nicht mehr nehmen lassen wollten, ein positives Erbe der Leninschen Nationalitätenpolitik.

Typisch für Georgien, aber auch für die anderen Republiken, ist die große Tafelrunde, mit der sämtliche Feste gefeiert werden. Unter Vorsitz des Gastgebers wetteifern die Eingeladenen um die besten Trinksprüche, Gedichte, Geschichten und Lieder.

So hat es Archie damals von Abchasien über Georgien bis Südossetien kennenge-



## Leserbriefe an RotFuchs



Ich bin stellvertretender Vorsitzender des Stadtbezirksverbands Leipzig-Südwest der Partei Die Linke. Ich würde meinen Genossen Ihre Zeitschrift gern vorstellen und bitte Sie deshalb, mir ca. 30 Exemplare der aktuellen Ausgabe mit je einer Kurzvorstellung Möglichkeit einer Internetnutzung haben. Als Unkostenbeitrag werde ich Ihrem Verein jährlich eine angemessene Spende zukommen lassen.

Ab sofort möchte ich die Zeitschrift „RotFuchs“ abonnieren. Für die Versandkosten der zusätzlichen Exemplare (Ausgaben ab Januar 2008 und 30 Verteilexemplare) würde ich die diesjährige Spende entsprechend erhöhen. Mit solidarischen Grüßen

**Alexander Fichtner, Leipzig**

Als ich bei den Leserbriefen der jüngsten Ausgabe angekommen war und den Namen Åge Fjeld sah, kamen mir die Tränen. Vor einigen Jahren sah ich eine Zuschrift von ihm im ND, die mir so gefallen hat, daß ich darauf antwortete. Danach erhielt ich mit meinem Mann eine Einladung von der KP Norwegens, Gebiet Moss. Die Genossen boten uns an, in ihrem Parteihaus hoch über dem Oslo-Fjord unseren Urlaub zu verbringen.

Also fuhren wir nach Moss und trafen uns mit Åge. Wir waren von der Freundlichkeit des Empfangs und dem herrlichen Heim überwältigt. Dankbar nahmen wir die Einladung zu einer Versammlung der Partei an und lernten dort auch deren Vorsitzenden kennen. Wir wurden zum Besuch seiner Familie in Fredrikstad eingeladen. Es war, als würden wir uns schon viele Jahre kennen. Seit dieser Zeit fuhren wir jedes Jahr nach Norwegen. Wir fanden dort viele Freunde, und ich bin sehr traurig, daß die Norwegenreisen wegen des Todes meines Mannes vorbei sind.

**Erika Klatt-Marquardt, Frankfurt (Oder)**

Es freut uns, daß nunmehr auch im „RotFuchs“ mit dem Beitrag des erfahrenen Genossen Walter Ruge eine öffentliche Debatte über unser Diskussionsmaterial zum Sozialismus im 21. Jahrhundert eingeleitet wurde. Daß Walter nicht in allen Fragen mit uns übereinstimmt und weitere von uns nicht behandelte Fragen aufwirft, ist ganz im Sinne unseres Materials. Es war immer unser Ziel, zu einer möglichst breiten, vorwärtsweisenden Diskussion über diese Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung anzuregen. Unser Anliegen ist es, im nächsten Jahr möglichst eine gemeinsame diskussionsfähige Position zu erarbeiten und in einer Konferenz die öffentliche Debatte darüber weiterzuführen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn sich der „RotFuchs“ daran beteiligen könnte. Zu einer konstruktiven Zusammenarbeit sind wir gern bereit.

**Die Sprecher der Kommunistischen Plattform der „Partei Die Linke“ des Landes Brandenburg  
Konrad Hannemann, Helmut Pannhausen, Uta Hohfeld, Potsdam**

„Die geringere Arbeitsproduktivität in der DDR war zutiefst human ...“, schreibt Walter Ruge aus Potsdam im September-RF. Soll das ein Witz sein? Die Wirtschaft in der DDR wurde zunehmend zu einer Mangelwirtschaft. Die Ursache dafür lag vor allem in der zu niedrigen Arbeitsproduktivität, weil nicht ständig mehr Gebrauchswerte in der gleichen Zeit bzw. die gleiche Menge an Gebrauchswerten in kürzerer Zeit produziert werden konnten. So ging es den Menschen in der DDR nicht ständig

besser, die Unzufriedenheit wuchs, und schließlich brachen die Wirtschaft und der Staat beim Ansturm der nun überlegenen Konterrevolution zusammen. (auf andere Faktoren soll hier nicht eingegangen werden.)

**Hans-Dietrich Grundmann, Eberswalde**

Seit zwei Monaten befasse ich mich jetzt mit Eurer Zeitschrift, habe in ihr wieder ein politisches Umfeld gefunden, das mir zusagt. Ich habe lange darüber nachgedacht, Mitglied des Fördervereins zu werden. Heute – am 3. Oktober – ist für mich der richtige Tag, den Antrag zu stellen. An einem Feiertag, der nicht der meinige ist, weil ich in diesem Deutschland keine Heimat gefunden habe.

Die ist mir vor 19 Jahren abhanden gekommen – ja, bis eben vor zwei Monaten. Da habe ich online eine Anzeige in der jW von Euch gesehen. Sofort bestellte ich die Zeitschrift. Gestern kam nun das dritte gedruckte Exemplar bei mir an. Ich habe mir inzwischen die Ausgaben von Juni 2006 bis Juli 2008 aus dem Internet heruntergeladen, ausgedruckt und mit Begeisterung gelesen, viele Artikel sogar studiert.

Ein paar Worte zu meiner Person: Ich bin Jahrgang 1961 und wurde in Berlin geboren. Ich hatte die typische glückliche und vor allem sorgenfreie Kindheit im Sozialismus, war 1973 als Thälmannpionier Teilnehmerin an den X. Weltfestspielen in Berlin. Sie zählen zu meinen schönsten Erlebnissen.

Im Juni 1981 wurde ich Mitglied der SED. Von 1990 bis 1994 saß ich für die PDS im Stadtparlament von Neubrandenburg. Dann trieb mich die Arbeitslosigkeit – ich bin allein stehend mit zwei noch kleinen Kindern – nach Mainz in den tiefen Westen.

Ich will mich über gar nichts beklagen, gehöre ich doch zu den wohl inzwischen Bevorzugten. Nicht nur, weil ich Arbeit habe, sondern auch noch eine, von der ich leben kann, nicht üppig und nicht ohne Sorgen, aber immerhin. Politisch bin ich hier zutiefst einsam. Manchmal habe ich wirklich das Gefühl, meine Kolleginnen und Kollegen und ich redeten in unterschiedlichen Sprachen. Natürlich wird auch hier die DDR auf MfS und Mauer reduziert wahrgenommen. Da helfen keine Einsprüche meinerseits. Das einzige, was bisher akzeptiert wird, ist die Tatsache, daß ich eben meine Heimat anders sehe und keine Widerstandskämpferin war, sondern sehr glücklich darüber bin, in der DDR aufgewachsen zu sein. Ich hoffe, in den Förderverein aufgenommen zu werden.

**Jeanette Berger, Stadecken-Elseim**

Oktober 1989. Außerordentliche Mitgliederversammlung in einem Schweriner Großbetrieb. Die Grundorganisation der Partei löst sich auf. „Einstimmig“.

Hatte nicht Lenin davon gesprochen, daß die Partei der Arbeiterklasse an der Basis, also im Bereich der materiellen Produktion, im Betrieb, führen muß? Jetzt aber kapitulierte sie, zog sich zurück, verriet die Klasse.

Überall waren sie zur Gewohnheit geworden – die Montagsdemonstrationen mit und ohne Kerzen. Ich selbst war unsicher geworden. Was tat unsere Partei? Was taten wir als Mitglieder in dieser Situation?

Die Partei sprach nicht mehr mit uns, sie war sprachlos. Ihre einzige Tätigkeit bestand im Einsammeln der Dokumente. Es ging mir an die Ehre, mein Parteibuch einfach so abzugeben. Dem Sekretär der Grundorganisation, der nicht mehr mein Vertrauen genoß, wollte ich es auf keinen Fall ausliefern. Was tat ich also? Ich ging zur Kreisleitung und gab das Dokument dort beim Pförtner ab. Der alte Genosse, der mit dem Herzen zur Partei stand, redete mir ins Gewissen.

Ich wohnte damals in Schwerin-Lankow, mußte also, wie gekommen, mit der Straßenbahn zurückfahren. Jetzt war ich ohne Dokument. Es ging einfach nicht: Auf halber Strecke stieg ich in die Gegenbahn um, zurück zum Pförtner. Der gab mir das Dokument hochoberfreut wieder. Den verräterischen Schweinehund in mir hatte ich besiegt. Heute bewahre ich es in meinem Schließfach auf.

**Harald Weiß, Alt Meteln**

Mit Interesse las ich im RF 127 den Artikel über den tapferen Suhler Kommunisten Fritz Köhler. Ich bin in Suhl zur Schule gegangen, und wir wohnten im besagten „Oberland“, sozusagen zwischen Hoffnung und Harzgasse. In meinem Elternhaus wurde der Name Köhler des öfteren genannt. Auch, weil unser Schuhmacher Köhler hieß. Eines Tages war seine Werkstatt geschlossen. Er war „abgeholt“ worden, wie es hieß. Man vermutete nur, daß er auch ein Widerstandskämpfer war und wahrscheinlich ebenfalls zur genannten Familie Köhler gehörte. Mich als zehnjähriges Mädchen hat dieses Erlebnis sehr beeindruckt und für die Zukunft mit geprägt. Nun endlich erfolgte die Ehrung für Fritz Köhler mit dem „Stolperstein“.

Durch den Artikel erfuhr ich auch, daß Gerhard Kummer noch immer ein aktiver Journalist ist. Ich ging in den Jahren 1953/54 in der Redaktion „Freies Wort“ unter Chefredakteurin Ivonne Freyer und Gerhard Kummer meine ersten journalistischen Schritte. Dann verschlug es mich nach Rostock. Auch heute, mit knapp 75, bin ich ab und zu noch journalistisch aktiv, wenn sich eine Gelegenheit bietet. Beste Grüße an Gerhard Kummer.

**Ursula Rosentreter, Rostock**

Ich bin sehr froh, durch die Vermittlung des Demminer Genossen Behrendt den „RotFuchs“ bekommen zu haben. Danke für das Lese- und Denkgewinn. Eine Mitgliedschaft im Förderverein ziehe ich bereits in Erwägung und stimme den Leitsätzen in allen Positionen zu. Ich gehöre der Linkspartei an. Einerseits bin ich froh, daß es im parlamentarischen System des Kapitalismus eine Kraft gibt, die den Neoliberalen zu schaffen macht, die Hoffnung vieler einfacher Menschen ist und darum mehr und mehr gewählt wird. Andererseits bezweifle ich, daß es gelingt, über Wahlen die Politik in Deutschland nach sozialistischem Verständnis bestimmen zu können. (Regierungsbeteiligungen beweisen das nur allzu gut.) Hinzu kommt, daß es so manche Protagonisten in der Linkspartei gibt, wie z. B. Frau Pau oder Herrn Holter, die mehr auf den Pfaden der SPD wandeln als an kommunistische und sozialistische Prinzipien zu denken. Diese Leute haben ein eigenartiges Verhältnis zur DDR. Außerdem: Der Beitritt vieler ehemaliger Sozialdemokraten zur „Linken“ kann natürlich auch die Kehrseite haben, daß diese eine zweite SPD wird.

**Ingrid Glow, Demmin**

Von ganzem Herzen gönne ich den chinesischen Sportlern ihre dopingfrei errungenen 100 olympischen Medaillen, von denen 51 goldene waren.

**Manfred Becker, Weimar**

Im September-„RotFuchs“ beeindruckte mich u. a. der Beitrag „Hamburgs Justiz deckte die Mörder“ von Jürgen Weise. Das Schicksal von August Lütgens hat mich schon in den 60er Jahren beschäftigt.

Im August 1967 wurde der Seesportschule der Gesellschaft für Sport und Technik (ab 1968 Marinerschule) Greifswald-Wieck der Name „August Lütgens“ verliehen. Von 1958 bis 1972 war ich Leiter dieser Schule. Zwischen 1954 und 1989 erhielten 25 000 vor allem junge maritim begeisterte Bürger der DDR hier eine Ausbildung. An Bord der Schuljachten, Schulboote und Schulschiffe sowie bei Tauchgängen boten wir viele Erlebnis- und Bewährungssituationen.

Das Leben und der Kampf des Seemanns und Kommunisten August Lütgens war Bestandteil unserer Traditionspflege. Ein Greifswalder Künstler hatte ihm ein würdiges Denkmal an unserer Schule geschaffen.

Es ist eine Schande für die Justiz der BRD, daß man von 1945 an 47 Jahre brauchte, um erst nach der Initiative eines französischen Wissenschaftlers und Antifaschisten die Todesurteile der Nazis aufzuheben.

**Dr. Helmut Sieger, Strausberg**

Die Territoriale Arbeitsgruppe der Gesellschaft für Rechtliche und Humanitäre Unterstützung (GRH) und der Lichtenberger Kulturverein e. V. pflegten seit

1995 freundschaftliche Beziehungen. Uns wurden Räume zur Verfügung gestellt. Der erste schriftliche Nutzungsvertrag wurde schon damals abgeschlossen. Zum Zeitpunkt der fristlosen Kündigung bestand ein unbefristeter Vertrag mit der KULTSchule Berlin-Lichtenberg. Am 30. April wurde uns unter Hinweis auf eine Beratung in der Bezirksverwaltung mitgeteilt, daß keine „stasinahen“ Vereine in bezirklichen Einrichtungen zu dulden seien, was es dem Lichtenberger Kulturverein nicht länger ermöglichte, uns weiterhin als Raumnutzer zu betrachten. Am 8. Mai haben wir uns an den Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg und an die Bezirksbürgermeisterin, Frau Christina Emmerich (PDL) sowie weitere Verantwortungsträger der BVV mit der Bitte gewandt, das die Vereins-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit beschneidende Verbot aufzuheben. Daraufhin teilte uns die Bürgermeisterin mit, sie könne und wolle an dieser Entscheidung nichts ändern. Der Lichtenberger Kulturverein habe die KULTSchule vom Bezirk gemietet und könne selbständig entscheiden. Sie sei sich sicher, daß aus der Bezirksverwaltung heraus kein Druck ausgeübt worden sei.

Wir sind der Auffassung, daß es bei der Kündigung nicht vordergründig um juristische Fragen geht, sondern um den generellen Umgang der BVV mit linken Organisationen. Wie bekannt, gibt es ähnliche Vorgehensweisen der sogenannten demokratischen Parteien in Treptow-Köpenick und Pankow-Weißensee. Auch in Lichtenberg sind neue Aktivitäten angekündigt. Trotz zunehmender Angriffe werden wir uns nicht von unserem grundgesetzgemäßen Weg abbringen lassen.

**Horst Münster, Berlin**

Seit geraumer Zeit beschäftigen sich Presseerzeugnisse unterschiedlicher politischer Ausrichtung mit neofaschistischen Aktivitäten in und um das mittelsächsische Städtchen Mittweida. Dabei wird skandalisiert, bagatellisiert und verbogen, aber auch realistisch und warnend (jW) berichtet. Tatsache ist, daß es auch nach dem Verbot der neonazistischen Gruppe „Sturm 34“ immer wieder zu rechtsmotivierten Gewalttaten kommt. Sie richten sich vor allem gegen linke Jugendliche, wobei die Fortsetzung dieser Taten durch Bagatelldelikte begünstigt wird. Angstgefühle unter den Betroffenen sind die Folge. Ein Großteil der Bevölkerung schaut weg. Die auffällig milde Bestrafung der Rädelsführer von „Sturm 34“ durch das Dresdner Landgericht und analoge Entscheidungen von Amtsgerichten veranlaßten Aktivisten des antifaschistischen Spektrums zur Anmeldung einer Protestveranstaltung. Geplant war eine Kundgebung mit anschließender Demo zum Amtsgericht. Sie wurde mit einem empörenden Auflagenpaket genehmigt. Das martialische Polizeiaufgebot übertraf die Zahl der Demonstranten bei weitem. Die hiesige „Freie Presse“ berichtete unter der Überschrift „Antinazi-Protest endet mit Polizeieinsatz“. Dort wurde behauptet, ein Teil der Versammelten habe die Polizei durch eine nichtgenehmigte Spontan-Demo in Richtung Amtsgericht „proviziert“. Daraufhin seien etwa 30 Personen zur Feststellung ihrer Personalien arretiert worden. Nun sage mir einer, wer hier wen proviziert hat. Mir war es nicht möglich, die jungen Antifaschisten von der Spontan-Demo abzuhalten. Ihre Auffassung von der Blindheit der Justiz und der Polizei auf dem rechten Auge versuchte ich nicht zu entkräften.

**Berndt Großer, Hainichen**

Anfang der 70er Jahre war ich in Hamburg Mitglied des Marxistischen Studentenbundes Spartakus, der der DKP nahestand. Gegen ihn führte die studentische Nachwuchsorganisation der CDU ein groß aufgezogenes „Spartakus-Tribunal“ durch. Trotz der zu erwartenden Provokationen stellten wir uns der Diskussion, da viele Studenten sehen wollten, wie wir den antikomunistischen Angriffen zu begegnen imstande seien. Wir haben uns vorbereitet und für die Veranstaltung mobilisiert. Das Audimax war überfüllt, die Atmosphäre gespannt und erregt. Ich stand in einem der Aufgänge direkt neben einem

ZDF-Fernsehteam. (Gerhard Löwenthal, über den der RF berichtete, hatte jahrelang zur besten Sendezeit sein wöchentliches „Mittwochs-Magazin“, das noch rechts von der Bildzeitung angesiedelt war.) Der Kameramann filmte das unruhige Auditorium, und der Reporter sprach von einem Spartakus-gesteuerten Versuch, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken. Plötzlich begann er ohne äußeren Grund, sein Gerät wild hin und her zu schwenken, während der Reporter behauptete, „rote Schlagertruppen“ würden den Kameramann angreifen, um die freie Berichterstattung zu unterdrücken. Davon war keine Rede, hatten wir doch genug Argumente. Als ich dann Löwenthals Mittwochsmagazin ansah, wirkte die Reportage sehr überzeugend. Wie zu erwarten, stiegen die Medien voll auf diese Provokation ein. Selbst an der Uni hat es lange gedauert, bis über den Vorgang sachlich gesprochen werden konnte. Wir lernten daraus, die Manipulationsmöglichkeiten des Gegners realistischer einzuschätzen und nicht mehr in solche Provokationsfallen zu gehen.

**Fritz Dittmar, Hamburg**

Die politische Karikatur von Heinz Herresbach „Wir verteidigen Deutschland am Hindukusch“ im September-RF hat mich zu diesen Zeilen angeregt. Unglaublich: Da hat doch der Herr Oberst Gertz, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes, tatsächlich festgestellt, die 28 toten deutschen Soldaten in Afghanistan seien gefallen. Damit widerspricht er seinem Dienstherrn Minister Jung, der behauptet, sie seien nur ums Leben gekommen. Mit dem Wort „gefallen“ ist doch eindeutig gesagt, daß die BRD am Hindukusch Krieg führt. Weiterzugehen und die Beendigung der Einsätze zu fordern – dazu hat der Mut des Herrn Oberst nicht gereicht. Bleibt die Frage: Was für ein Krieg wird da eigentlich von Deutschland geführt? Ein gerechter oder ein ungerechter? Es ist ein Stellvertreterkrieg im Auftrag der USA, wobei sich das deutsche Interesse im Sinne der BRD-Menschenrechtsauffassungen vor allem auf Rohstoffquellen, Maximalprofit und politischen Einfluß konzentriert. Dafür stehen nicht zuletzt auch die Einsätze der Bundesmarine und die Flüge der AWACS-Aufklärer. Sie alle suchen den Feind, der Deutschland angeblich bedroht und angreifen will. Ist es da verwunderlich, daß der Drang junger Männer, Berufssoldat zu werden, immer mehr abnimmt? Ich bin noch heute stolz auf meine mehr als 30jährige Dienstzeit in der NVA. Wir waren zur Verteidigung der DDR bereit – aber entlang unserer Grenzen und nicht in fremden Ländern.

**Oberstleutnant a. D. Werner Franke, Meißen**

„Wiedersehen mit Ewald“ im RF 128 veranlaßt mich, folgende Begebenheit aufzuschreiben:

Es war in meiner Studentenzeiten in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, als ich davon erfuhr. Eine LPG, die sich auf Viehwirtschaft orientierte, leistete sich eine eigene Maurerbrigade. Die drei Maurer waren Mitglieder der Genossenschaft und wurden nach Arbeitseinheiten entlohnt. Sie bauten Ställe. Der Wert der Arbeitseinheit aber war niedrig. Da verglichen die Maurer den eigenen Lohn mit dem ihrer Berufskollegen im industriellen Bauwesen. Sie empörten sich und liefen zum Vorsitzenden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sei doch angesagt. Sie verlangten den Industrietarif. Der Vorsitzende wollte seine Brigade behalten und gab nach. Die Maurer waren zufrieden. Sie bauten weiter Ställe, das Vieh wurde zahlreicher, und die LPG kam bald aus dem Größten heraus. Ihre Gewinne und damit auch der Wert der Arbeitseinheit stiegen beachtlich. Wieder stellten die Maurer Vergleiche an. Und abermals liefen sie zum Vorsitzenden. Wie die Sache ausgegangen ist, kann sich jeder leicht denken.

**Werner Wüste, Berlin**

Ich lese seit einigen Jahren mit großem Interesse den „RotFuchs“ und konnte auch schon andere Bürger für die Zeitschrift gewinnen. In Nr. 128 schreibt eine Magdeburger Kinderärztin u. a.: Verstärkt Eure Aktivitäten, auch die mittlere und junge Generation aufzuklären. Dem stimme ich vorbehaltlos zu. Einige

Seiten weiter äußert sich der Autor des Beitrags „Drei deutsche Nationalhymnen“ über ein Seminar des Seniorenverbandes BRH. Trotz telefonischer Rückfragen bei älteren Genossen konnte mir keiner diese Abklärung erklären. (BRH stand hier für *Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen, d. Red.*) Meine Bitte deshalb an alle Autoren: Schreibt bitte wenigstens einmal im Artikel verwendete Abkürzungen aus. Die mittlere und junge Generation wird es Euch danken.

**Frank Holfert, Dresden**

Durch eine Vielzahl von Gesprächen, die ich besonders auf Dörfern führe, nehme ich eine ganze Anzahl häufig wiederkehrender Argumente auf. Ich versuche, nach bestem Wissen darauf zu antworten. In der Nacharbeit zu Hause lege ich meine Argumente in Form von Handzetteln oder Flugblättern möglichst logisch und überzeugend dar. Ich nenne sie „Offene Worte“. In diesem Jahr habe ich meinen Gesprächspartnern eine ganze Reihe solcher „Traktate“ übergeben. Dabei ging es u. a. um folgende Themen: Die Wahrheit über das MfS; War die DDR wirtschaftlich fertig?; Von Bastschuhen zur Supermacht, doch am Ende siegte die Konterrevolution ...; Warum entwickelten sich die beiden deutschen Staaten so unterschiedlich; Ratschläge für Arbeitende und Erwerbslose; Der Lissabonner EU-Vertrag; Kinder in der Armutsfalle; Hunger im Überflußland; Zu der verbreiteten Auffassung: Wir können ja sowieso nichts ändern.

Ich unterzeichne meine Schriften nicht mit „RotFuchs“ oder „RotFuchs“-Regionalgruppe, um nicht mit der Tür ins Haus zu fallen. Das für weiterreichende Gespräche notwendige Vertrauen muß sich erst allmählich aufbauen.

**Bernhard Wartke, Strausberg**

Heute fand ich den aktuellen „RotFuchs“ in meinem Briefkasten und habe mich darüber sehr gefreut. Herzlichen Dank für die Zusendung dieses Heftes sowie auch früherer Ausgaben. Mit dem „RotFuchs“ habe ich ein Stück Heimat wiedergefunden. Auch dafür bedanke ich mich. Als Hartz-IV-Opfer kann ich momentan leider noch keinen finanziellen Beitrag für die Zeitschrift leisten. Um so mehr hilft mir der RF in der derzeitigen Situation, weil er zeigt, daß es viele Gleichgesinnte gibt, die sich mit den herrschenden Umständen ebenfalls nicht abfinden wollen. Ihr gebt vielen Halt und Zuversicht.

**Dr. Jörg-Peter Schultze, Potsdam**

Wolfgang Clausners Artikel („Obwohl wir es besser wußten ...“) im September-RF ist sehr aufschlußreich. Zurecht trifft er die Feststellung „Eigentlich verfügte unsere Partei ... sowohl über die Einsichten als auch über die notwendigen Instrumente, um jene fatalen Fehler zu vermeiden, die unser Aus bedeuteten.“ Kritik und Selbstkritik wurden in der Ära Walter Ulbrichts tatsächlich gelebt. Das erfuhr ich selbst, der ich 1952 als Kandidat und 1954 als Mitglied in die Partei aufgenommen wurde. Als Teilnehmer einer Kreisdelegiertenkonferenz war ich Zeuge, wie der 1. Kreissekretär die Konferenz mit den Worten eröffnete: „Wir wollen uns fünf Minuten über unsere Erfolge freuen, dann aber dem zuwenden, was uns hemmt und was verbessert werden muß.“ Und da ist ein Delegierter, Arbeiter in einem Großbetrieb, ans Rednerpult getreten und hat seinen Direktor, ebenfalls Delegierter, auf Mängel und Mißstände hingewiesen, wozu dieser dann vor dem Forum Stellung nehmen mußte.

Doch in der Nach-Ulbricht-Ära wurden zunehmend unter der Parole, „die Einheit und Reinheit der Partei wie den eigenen Augapfel zu hüten“, Kritik und Selbstkritik unterdrückt. Immer mehr setzten sich Schönfärberei und Lobhudelei gegenüber der obersten Parteiführung durch.

**Siegfried Mikut, Georgsmarienhütte**

Mit großem Interesse studierte ich die Ausgabe Nr. 128 und stellte fest: Diese Menschen sind nicht zum Denken, zum Reden und zum Handeln zu müde. Die Beiträge von Karl Schlimme und Dr.-Ing.

Peter Tichauer berührten mich persönlich sehr. Es wächst noch kein Gras auf dem Weg, auf dem wir uns befinden. Das dürfen wir nie aus den Augen verlieren. Als 45jährige gehöre ich zur „Folgegeneration“. Gerade wir haben es heute sehr schwer, unseren erwachsenen Kindern Ideale eines menschenwürdigen Lebens nahezubringen. In dieser Gesellschaft gibt es keine. Nur Seifenblasen.

Ich möchte denen danken, die ihren Idealen treu geblieben sind und heute mehr denn je mit klugem Sachverstand, innerer Ruhe und einem klaren Blick hoffentlich vielen „Nach“denkern endlich die Augen öffnen.

**Ramona Grabow, Boitzenburger Land**

Während der Begriff „politische Klasse“ im RF angemessen kritisiert wurde, stellt Rudolf Krause in seinem sonst sehr klaren Artikel „Auslese der Besten“ den „Elite“-Begriff nur unvollständig dar. Davon abgesehen, wer in der faschistischen Ära darunter gefallen ist und wer nicht – auf jeden Fall handelt die Begriffsbestimmung von Minderheiten „höchsten Werts oder höchster Leistung“ (dtv-Lexikon 1972).

Selbst Bundespräsident Horst Köhler meint in einem FAZ-Interview: „Eliten brauchen wir“, stellt aber fest, diese dürften „sich nicht aus sich selbst rekrutieren“. Anders ausgedrückt: Wer zur Elite gehört, bestimmt diese selbst. Eine Minderheit, reich an Werten und Macht – das war bei den Nazis jener Neuadel aus Blut und Boden.

Übrigens hat Herr Köhler in dem Interview seine Feststellung von den „sich selbst“ rekrutierenden „Eliten“ ein paar Zeilen weiter eingeschränkt: „Ungleichheit gehört zur Freiheit, zur menschlichen Natur und zu jeder offenen Gesellschaft.“ Zum Verständnis müßte man wissen, was hier unter „offen“ gemeint ist.

**Andreas Rösler, Hamburg**

Wie Helmut Syring aus Zerbst im RF 128 zu Recht feststellt, hat Prof. Dr. Meißner in seinem hochinteressanten Artikel zur Revolutionstheorie die Hauptproduktivkraft Mensch tatsächlich außer acht gelassen. Richtig ist, daß sich die Wissenschaft zu einer den Entwicklungsprozess enorm beschleunigenden Produktivkraft entwickelt hat. Unzutreffend ist aus meiner Sicht, daß es keine Verschärfung des Widerspruchs zwischen Produktivkräften (PK) und Produktionsverhältnissen (PV) mehr gibt. Die vom Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise ausgehenden Tendenzen einer gleichzeitigen Beschleunigung und Hemmung der PK erzeugen auch unter den gegenwärtigen Bedingungen eine Blockierung oder Vergeudung von Produktivkräften. Das zeigt sich im massenhaften Einsatz von PK für die Rüstung, in der Brachlegung von Teilen der gesellschaftlichen Hauptproduktivkraft durch grassierende Arbeitslosigkeit sowie im Zurückbleiben des Bildungswesens. Der Prozentsatz der Schüler, die ohne Abschluß ins Leben gehen, hat sich in den USA und der BRD dramatisch erhöht. In den Vereinigten Staaten spricht man derzeit von über 20 Millionen Analphabeten.

**Horst Joachimi, Berlin**

Im September-RF sprach Dr. Dieter Rostowski in seinem Leserbrief bittere Wahrheiten zum offiziellen Umgang mit der Geschichte aus. Wir möchten Euch gerne wissen lassen, was er persönlich zur echten Aufklärung und Wissensvermittlung einbringt. Genosse Rostowski erforschte die Todesmärsche aus den faschistischen Konzentrationslagern, die durch unser Gebiet führten. Er lieferte dazu eine Karte, in der die Greuelstätten markiert sind. Überdies ist er Herausgeber der jährlich erscheinenden „Lausitzer Almanache“. Dabei geht es um Erlebnisse und Sehenswürdigkeiten aus unserer Heimat. Dr. Rostowski veröffentlicht auch Porträts unvergessener und verdienstvoller Persönlichkeiten der Lausitz. Seine Publikations-tätigkeit ist für alle geschichtsbewußten Bürger

der Region von großem Wert. Ihm und seinem Autorenkollektiv ist Anerkennung zu zollen.

**Helge Tietze, Bautzen**

Es gibt viele Gründe, gegen Kriege zu protestieren. Ich selbst habe durch den Zweiten Weltkrieg eine schlimme Jugend gehabt. Meine drei Brüder sind gefallen. Sie waren schon Ende 1939 wie mein Stiefvater zur faschistischen Wehrmacht eingezogen worden. Meine Mutter mußte täglich in den Zeitungen die Todesnachrichten lesen und war ständig in Sorge um das Leben unserer vier Männer. Hinzu kamen die Entbehrungen. Es fehlte an allem. Natürlich auch an Kultur. Mit den Eintrittskarten zum Opernhaus stand ich mit meiner Mutter vor dessen Trümmern. Fast alle Gaststätten waren mit Brettern vernagelt, auf denen zu lesen war: „Wegen Einberufung geschlossen“. Ein Kinobesuch mußte infolge Fliegeralarms abgebrochen werden. Dafür fanden wir uns mit vielen ängstlichen Menschen im Luftschutzbunker wieder. Jährlich gab es eine Kleiderkarte mit 100 Punkten, die bestenfalls für einen Mantel reichten.

Wenn ich an die damals sinnlos Umgekommenen, auch in der eigenen Familie, denke, dann steht eines für mich fest: Ich werde bis zu meinem Lebensende mit vielen anderen Kriegsgegnern gegen die Bedrohung der Menschheit kämpfen und dabei auch jene nicht vergessen, welche heute auf verschiedenen Schauplätzen den imperialistischen Verbrechern erneut zum Opfer fallen.

**Elisabeth Monsig, Hohenfelde**

Wie im März-„RotFuchs“ berichtet, ist in Riesa das Mahnmahl für die Opfer des Faschismus wegen „Platzneugestaltung“ abgerissen worden. Seine Umsetzung wurde vom damaligen Oberbürgermeister Dr. Barth (FDP) zugesagt. Später gewannen andere politische Kräfte, vor allem aus der CDU, weiter an Einfluß. Sie durchkreuzten dieses Vorhaben. Das OdF-Monument verschwand und steht seit acht Jahren in einer fest verschlossenen Scheune. Örtliche Funktionäre der Linkspartei spielten dabei keine gute Rolle. Im November wird in Riesa nun eine „Gedenkstätte für Opfer des Nationalsozialismus sowie des Stalinismus und der kommunistischen Diktatur“ eröffnet. Eine üble Inszenierung.

Wird das OdF-Mahnmahl für ewig im Staub der Scheune verbleiben, wird es zerstört, oder soll es, wie man munkelt, auf dem kirchlichen Friedhof eines Stadtteils entsorgt werden? Andererseits können die Mitarbeiter eines von Bayern nach Riesa verlegten NPD-Verlags ihre neofaschistischen Drukerzeugnisse auch weiterhin landesweit vertreiben. Offenbar will man sie nicht durch ein Symbol des antifaschistischen Widerstandes im Stadtgebiet „irritieren“.

**Arndt Näser, Riesa**

Der Beitrag Manfred Wulfs im RF 128 ist sehr interessant. Stolz sollte man schon auf all das sein, was die DDR gerade auch im Hochwasserschutz und in der Trinkwasserversorgung geleistet hat. Doch die Talsperre Malter kann leider nicht dazugezählt werden. In ihr ging ich schon als Dippser vor 1949 baden, denn sie wurde bereits 1913 in Betrieb genommen. Das schmälert aber keineswegs die übrigen Leistungen auf diesem Gebiet.

**Helmut Holfert, Berlin**

Genossen mit Klassenkampf Erfahrungen und gutem theoretischem Wissen hatten schon 1968 erkannt, daß der „Prager Frühling“ ein konterrevolutionäres Konzept war. Deshalb wurde dessen Umsetzung auch verhindert. Bedauerlicherweise gelang das nicht allein mit politisch-ideologischen Mitteln, was dem Sozialismus weitaus dienlicher gewesen wäre. Ihren wahren Charakter haben die Protagonisten des „Prager Frühlings“ dann während der „samtenen Revolution“ 1989/90 im Praxistest zu erkennen gegeben. Die als Bürgerrechtler, Dissidenten oder Kündler eines „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ ausstaffierten Konterrevolutionäre aller europäischen sozialisti-

schen Staaten zielten allein auf die Irreführung der Volksmassen. Nachdem die Machtfrage zu ihren Gunsten entschieden war, zeigten sie sehr schnell ihre antikommunistische und antisozialistische Visage. Bis heute gibt es Leute, die den konterrevolutionären Charakter des „Prager Frühlings“ leugnen, ja, die ihn noch immer bejubeln und nicht wahrhaben wollen, daß Demokratie, Freiheit und Menschenrechte dem Sozialismus wesenseigen sind, während der sogenannte freiheitliche oder demokratische Sozialismus eine Vokabel zur Volksverdummung ist.

**Hans Schneider, Erfurt**

Im RF 128 werden einige Beispiele von sinnwidrigen bzw. ihrem Ursprung nach anderen Begriffen oder deren Umkehrung ins Gegenteil (Abschaum – Elite) genannt. In letzter Zeit wird die „Friedensmission“ der NATO in Georgien ständig betont. Nun war der Nordatlantiktakt als angebliches Verteidigungsbandnis gegen eine fiktive Bedrohung durch die Sowjetunion nie ein Verteidigungspakt. 1990 und die Jahre seiner Osterweiterung danach bewies das Gegenteil. Wer aber die jedem Kind aus der Schule geläufige Geographie unseres Planeten dahin gehend umstößt, daß er jetzt auch den Nordatlantik bis an das Schwarze Meer erweitert oder Deutschland am Hindukusch verteidigt, hält die Welt für dümmer als seine eigenen Lügen.

**Gerhard Rosenberg, Berlin**

Die Verlängerung von Einsätzen der Bundeswehr geht fast als Formsache über die Bühne des Bundestages. Wer weiß eigentlich noch, an wie vielen Orten der Welt deutsche Soldaten mit modernster militärischer Ausrüstung für den Kampf bereitstehen oder sich mittendrin befinden? Darf das stillschweigend als Normalität hingenommen werden? Ist es nicht die Verantwortung von uns allen, keineswegs nur der Kommunisten, Sozialisten und Friedensbewegten, entschieden zu widersprechen, wenn sich etwas – wie der vor sieben Jahren begründete Afghanistaneinsatz – als falsch und lügnerrisch erweist?

**Roland Winkler, Remseck**

Trotz des Zusammenbruchs der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa muß man die Frage stellen: Existiert eigentlich noch das sozialistische Weltssystem? Wenn wir marxistisch-leninistische Maßstäbe anlegen, besteht es in Asien und Lateinamerika weiter. In der Volksrepublik China, in Vietnam und anderen asiatischen Ländern sowie in Kuba liegt die Staatsmacht in den Händen kommunistischer Parteien, von denen die Geschicke dieser Länder gelenkt werden. Wir dürfen nicht auf die bourgeoise Propaganda hereinfallen, die lediglich von Industriestaaten, Schwellen- und Entwicklungsländern spricht, ohne deren Systemcharakter zu erwähnen. Die ost- und ost-mitteuropäischen Staaten werden von ihr z. B. als „Transformationsgesellschaften“ bezeichnet, in denen „der Umbau von der staatssozialistischen in eine privatkapitalistische Gesellschaft“ erfolge.

Durch den Verrat und die Unfähigkeit bestimmter Leute in Moskau, die geheimgendienstliche Unterwanderung, ökonomische sowie politische Fehler und andere Faktoren wurde der „eurosowjetische Eckpfeiler“ des Weltsozialismus zum Einsturz gebracht. Doch das „Modell“ des asiatischen Sozialismus scheint eine stärkere Überlebensfähigkeit zu besitzen. Auch Kuba konnte sich vor den Toren der imperialistischen Führungsmacht behaupten.

Unsere ganze Hoffnung gilt nun der Volksrepublik China, die als Schwellenland mit industriellem Charakter und sozialistischer Orientierung sogar von den Hauptmächten des Imperialismus hofiert wird. Damit geht allerdings eine militärische Einkreisung Chinas durch USA-Basen einher.

**Udo Hammelsbeck, Drübeck**





Den Gürtel enger schnallen!

Grafik: Klaus Parche

Die RF-Regionalgruppe Harz lädt für den **12. November um 15 Uhr** nach **Halberstadt** in die Gaststätte „Lindenhof“, Spiegelsbergweg 16, zu einer spannenden Veranstaltung ein.

**Rainer Rupp**, einst „unser Mann“ im Hauptquartier des Nordatlantikpaktes, spricht über das Thema

**Die neue NATO-Strategie und ihre Folgen**

*Mitglieder, Leser und Sympathisanten sind herzlich eingeladen.*

Am **21. November um 16.30 Uhr** veranstaltet die RF-Regionalgruppe **Berlin** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, eine Veranstaltung zum

**90. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution**

Es spricht der Historiker **Prof. Dr. Heinz Karl**.

*Freunde und Genossen sind willkommen.*

Am **29. November um 10 Uhr** findet im Brandenburger Hof, Friedrich-Ebert-Straße 33, eine Veranstaltung der RF-Regionalgruppe **Cottbus** statt. Der langjährige Botschafter der DDR in Beijing **Rolf Berthold** spricht zum Thema

**Aktuelle Entwicklungen in der Volksrepublik China**

*Es wird mit regem Interesse unserer Leser gerechnet.*

**IMPRESSUM**

Der im Februar 1998 gegründete „**RotFuchs**“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

**Herausgeber:**  
„RotFuchs“-Förderverein e.V.

**Chefredakteur:**  
*Dr. Klaus Steiniger* (V.i.S.d.P.)  
Rheinsteinstraße 10, 10318 Berlin  
Tel. 030/561 3404  
Fax 030/56493965  
Mail: rotfuchskessel@t-online.de  
(Redaktionsadresse)

**Sekretärin:** *Karin Mory*

**Layout:** *Egon Schansker, Rüdiger Metzler*

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

**Internet:** www.rotfuchs.net

**Internet-Präsentation und aktuelle Ausgabe** (für Sehbehinderte): *Sylvia Feldbinder*

**Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Monats.**

**Autorenkreis:**  
Dr. Matin Baraki  
Rolf Berthold  
Dr. Manfred Böttcher  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Dr. Rudolf Dix  
Ralph Dobrawa  
Dieter Fechner  
Dr. Peter Fisch  
Bernd Fischer  
Peter Franz  
Günter Freyer  
Prof. Dr. Georg Grasnack  
Dr. Ernst Heinz  
Dr. Dieter Hillebrenner  
Manfred Hocke  
Prof. Dr. Hans Heinz Holz  
Hans Horn

Dr. Klaus Huhn  
Dr. Hans-Dieter Krüger  
Rudi Kurz  
Prof. Dr. Hans Lutter  
Wolfgang Mäder  
Bruno Mahlow  
Dr. Bernhard Majorow  
Wolfgang Metzger  
Prof. Dr. Harry Milke  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Richard Georg Richter  
Prof. Dr. Werner Roß  
Walter Ruge  
Karl Schlimme  
Gerhard Schmidt  
Prof. Dr. Horst Schneider  
Joachim Spitzner  
Fritz Teppich  
Dr.-Ing. Peter Tichauer

**Künstlerische Mitarbeit:**  
*Karlheinz Effenberger, Heinz Herresbach, Klaus Parche, Heinrich Ruynat*

**Versand und Vertrieb:**  
*Armin Neumann*  
Salvador-Allende-Str. 35, 12559 Berlin  
Tel. 030/6545634  
arminneumann@ewt-net.de  
*Sonja Brendel, Bruni Büdler, Hans Ludwig, Harry Schreyer, Peter Barth u. v. a. m.*

**Finanzen:**  
*Jürgen Thiele*  
Wartenberger Str. 44, 13053 Berlin  
Tel. 030/981 56 74

**Unser Konto:**  
„RotFuchs“-Förderverein  
Konto-Nr.: 2 143 031 400  
Berliner Sparkasse  
BLZ: 100 500 00

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.